

# In diesem Heft

Editorial 315

## ESSAY

HELMUT WOLFF  
Geschichten aus einem langen Leben.  
Aufgeschrieben von Ulrich Weiß 317

## Gesellschaft – Analysen & Alternativen

ELMAR ALTVATER  
Schwierigkeiten mit der neoliberalen  
»pensée unique«.  
Der Internationale Lelio Basso Preis  
und die Suche nach politischen Alternativen 331

## Internationale Politik

GREGOR SCHIRMER  
Die Charta der Vereinten Nationen und die PDS.  
Eine Betrachtung zum  
Kapitel VII aus völkerrechtlicher Sicht 342

LOTHAR SCHRÖTER  
Von der »NATO I« zur »NATO II« 350

## Die Linke im 20. Jahrhundert

RONALD SASSNING  
Thälmann, Wehner, Kattner, Mielke.  
Schwierige Wahrheiten 362

## Utopie-Geschichte

RICHARD SAAGE  
Das Paradies als Hölle.  
Zu Aldous Huxleys  
»Schöne, neue Welt« (1932) 376

## Konferenzen & Veranstaltungen

JEANETTE DRYGALLA  
Globalisierung und Geschlecht.  
Der Versuch, kein Protokoll zu schreiben 388

THEODOR BERGMANN  
Die Gewerkschaftslinken formieren sich 391

## Lesenswert

ARNDT HOPFMANN  
Monthly Review – im 51. Jahr 395

## Festplatte

WOLFGANG SABATH  
Die Wochen im Rückstau 400

## Bücher & Zeitschriften

Rose-Luise Winkler (Hrsg):  
U istokov formirovanija  
sociologii nauki  
(HUBERT LAITKO) 402

Ilse Spahn, Hubert Spahn, Frank Spahn:  
Der Gordische Knoten.  
Chaos und Chaostheorie –  
versperren sie uns den Blick in die Zukunft?  
(HANS MARNETTE) 403

Heinrich Senfft:  
Die sogenannte Wiedervereinigung  
(JÖRG ROESLER) 405

Eberhard Czichon, Heinz Marohn:  
Das Geschenk.  
Die DDR im Perestroika-Ausverkauf  
(STEFAN DOERNBERG) 406

## Rosa-Luxemburg-Stiftung

Themen, Texte & Termine 408

An unsere Autorinnen und Autoren  
Impressum 416

# Editorial

*Die CDU-Oberen haben sich verständigt: auf das Erfolgsmodell Gysi. Denn sie haben die Geschichte der PDS begriffen. Frau Merkel zur Vortänzerin aufsteigen zu lassen, ist nicht nur klug, es ist auch völlig ungefährlich. Die Partei des demokratischen Sozialismus hat es vorgemacht.*

*Zehn Jahre lang durften die Gregor Gysi, Lothar Bisky, Silvia-Yvonne Kaufmann, Dieter Klein, André Brie, Michael Schumann und so weiter die Karre aus dem Dreck ziehen – in den ihre Vorgänger sie geschoben hatten. Heute ist klar: Ihre Kärnerarbeit beschädigte die Partei nicht; sie wirkt in ihrem Kern unverändert. Das macht den CDU-Oberen natürlich Mut – für das eigene Projekt.*

*1989 hatte sich das Führungspersonal der SED – gemeint sind die durch ihre Aufnahme in Kaderentwicklungspläne als würdige und zuverlässige Politbüroanhänger geadelten Genossinnen und Genossen – zutiefst diskreditiert. Den Delegierten des Außerordentlichen Parteitagess blieb nichts anderes übrig, als die Führung einer Gruppierung zu übernehmen, die es in der SED offiziell gar nicht gab: den antistalinistischen Marxisten. Über vierzig Jahre lang, seit 1948, waren Menschen dieser Denkungsart in der Partei und durch die Partei verfolgt worden. Die wenigen aus dieser Gruppe, die nicht – wie Robert Havemann – hinausgesäubert, die nicht – wie Gerhard Zwerenz – in den Westen vertrieben und die nicht – wie Rudolf Bahro – eingesperrt worden waren, retteten 1989/1990 die Partei. Die Mehrheit ließ ihnen den Vortritt – keineswegs weil sie mit ihnen einer Meinung war, sondern weil sie sie zum eigenen politischen Überleben brauchte.*

*Diese Phase ist zu Ende. Die Partei wurde vor dem Auseinanderfallen gerettet, auch wenn offiziell nur etwa vier Prozent der Mitglieder übrigblieben. Teile der alten Herrschaftseliten haben Wartestellung bezogen – in GBM und ISOR, im Umkreis der »Weissenseer Blätter«, des GNN-Verlages und der bisherigen »jungen Welt«. Die Kommunistische Plattform hat dort und nicht etwa innerhalb der PDS viele ihrer wesentlichen Köpfe – und Bataillone. Die PDS ist halt ein offenes Projekt. Für alle.*

*Mit 20 Prozent Wähleranteil im Osten, mit geordneten Finanzen, mit überschaubaren Eigentumsverhältnissen, mit Wahlprognosen, die der Partei in Ganzdeutschland ein realistisches Ergebnis von acht bis neun Prozent verheißen, haben die Antistalinisten eine ordentliche Arbeit und sich selbst überflüssig gemacht. Nun kann der Laden wieder heruntergewirtschaftet werden.*

Ähnlichen Erfolg erhoffen die CDU-Oberen von Angela Merkel. Sollte sie so gut sein wie Gregor Gysi, hat sie alle Chancen, in einigen Jahren auch als »Eitelbeule« (Gerhard Branstner in der »jungen Welt« vom 14. März 2000) entlarvt zu werden. Ist sie nicht so erfolgreich, wird sie als Ostfrau, von der man ja schon immer wußte, daß sie es nicht bringt, demnächst in einen Aufsichtsrat abgeschoben werden. Die Bahn geht in zwei Jahren an die Börse.

Was der Wirkliche Sozialist Gerhard Branstner unvorsichtigerweise nachlesbar gemacht hat, kann man an der Basis der PDS allenthalben hören – ohne besondere Aufforderung und keineswegs erst seit gestern. Wieweit es sich dabei um eine Mehrheitsmeinung handelt, werden die nächsten Auseinandersetzungen zeigen. Jetzt erst, da die Partei, um den nächsten Tag zu erleben, nicht mehr unbedingt der antistalinistischen Marxisten bedarf, wird sich beweisen, ob sie diese Leute tatsächlich will. Oder waren der 1989 erklärte Bruch mit dem Stalinismus und das Bekenntnis zur Demokratie nur taktische Manöver der Parteitagsmehrheit, um den Kopf aus der Schlinge zu ziehen? Lüge und Täuschung gehören schließlich zum politischen Grundinstrumentarium des Stalinismus.

SPD und Grüne haben als Regierungsparteien wichtige linke Positionen geräumt. Für die PDS öffnete sich im letzten Jahr unverhofft ein Fenster. Heute könnte sie wirklich zu einer gesamtdeutschen linken Partei werden (was jahrelang durchaus zweifelhaft war). Wenn allerdings die Demokratie doch nur als Zwischenstufe zur Revolution und einer neuerlichen Diktatur des Proletariats angesehen wird, braucht man natürlich keine Integration in den Kampf um Mehrheiten – und das Fenster schließt sich wieder.

Gerhard Branstner hat nur ausgesprochen, was drei Leute seit Monaten Abend für Abend in Versammlungen an der PDS-Basis suggerieren: Die PDS sei in die Hände von Verrätern und Kriegstreibern geraten. Es drohe ein zweiter August 1914. Als die modernen Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck inszenieren sich Uwe-Jens Heuer, Michael Benjamin und Winfried Wolf. Für die Rollen von Ebert und Scheidemann müssen Dieter Klein und André Brie herhalten. Den Noske muß der Gysi geben.

Trotz tiefer kultureller Fremdheit sind drei sehr ungleiche Kräfte ein politisches Bündnis eingegangen: einige ehemalige Reformer, die es nicht bis an die Parteispitze geschafft haben und nun ihr Mütchen kühlen wollen, jene Stalinisten Ost, die ihre Niederlage von 1989 nie verwinden werden, und einige versprengte Sektierer West, deren wesentliches Ergebnis von fünfzig Jahren antiimperialistischem Kampf ihre eigene Existenz ist. Schafft die Trojka den Durchmarsch, werden sie sich anschließend gegenseitig erschlagen. Es ist das ewig gleiche Spiel, vor dem man sie nicht schützen kann – es sei denn, man bekämpft sie.

Doch viele Reformer pflegen – einige Regeln von Demokratie mißverstehend – die unausgesprochene Grundhaltung »Toleranz den Intoleranten« – so wie einst der KPD-Gründungsvorsitzende Paul Levi. Am Ende stürzte der sich in einen Berliner Hinterhof.

Für die CDU-Oberen ist der ganze Vorgang natürlich hochspannend. Ein billigeres Experimentierfeld können sie gar nicht finden.

JÖRN SCHÜTRUMPF

# HELMUT WOLFF

## Geschichten aus einem langen Leben. Aufgeschrieben von Ulrich Weiß

### *Ich erzähle gern*

Du meinst also, mein Junge, die Geschichten vom alten Wolff sind interessant. Aber sag doch mal, wer will schon von den Erlebnissen eines einfachen Menschen etwas wissen? Die hinter Sensationen und Geld her sind, doch bestimmt nicht, und die Verbitterten, Perspektivlosen brauchen mich auch nicht. Ich bin zum Glück heil aus dem Krieg gekommen und habe dann fast ein halbes Leben hier in Niederschönhausen meine Aufgaben erfüllt und glücklich gelebt. Und das Ende vom Ganzen? Eine Welt, in der meine alten Ängste alle wieder da sind, und in der ich die Jugend um ihre Zukunft nun wirklich nicht beneide. Statt dessen sollen meine besten vierzig Jahre eine schreckliche Zeit gewesen sein. Denke positiv! heißt es überall. Zu diesem Kasperletheater passe ich nicht.

### *Drei Geschichten, drei Weltanschauungen*

Manchmal denke ich, in mir stecken gleich drei Leben und drei Weltanschauungen. Die erste ist eine christliche. Meine Mutter war eine streng gläubige Baptistin. Sie hat mich damit aber selbst in Widersprüche gebracht, weil ich über sie die Armut kennengelernt habe. Mutter war Solosängerin im Kirchenchor. Sie hat meinen taubstummen Vater geheiratet. Aus Mitleid, aus ihrem Glauben heraus wollte sie helfen. Ihr Mann hat es ihr aber nicht gedankt.

Ich habe auch im Chor gesungen. Professor Hugo Rüdel, der Chorleiter der Staatsoper, war auch unser Chorleiter. So bin ich schon als Kind viel herumgekommen. Wir haben im Film *Brand in der Oper* mit Gustav Fröhlich mitgewirkt, sind nach Norwegen und Schweden gefahren. Dort waren wir bei Leuten in großen Villen untergebracht. So etwas hatte ich noch nicht gesehen. So viel Reichtum und so viel Armut! Dazu sagte Mutter nur immer: »Das ist von Gott gewollt.« Meine Mutter ist bei einem Bombenangriff ums Leben gekommen. Sie tut mir heute noch leid. Was hat sie denn von ihrem Leben gehabt? Dagegen lebten wir im Osten in einer glücklichen Zeit. Meine Frau mußte als Kind in Charlottenburg betteln gehen, damit sie überhaupt leben konnten. So war das.

### *Der eine Kommunist*

Im Friedrichshain, in der Palisadenstraße 5, wohnte die Familie Hampel. Die hatten fünf Kinder, alles Jungs. Der jüngste, der Albert, war mein Freund. Alle Söhne waren im Kommunistischen Jugendverband. Nur einer nicht, der ging zur SA. Da gab es einen

Helmut Wolff – Jg. 1917

fürchterlichen Krach. »Was seid ihr für blöde Hunde«, schrie der SA-Mann immer, »ich habe wenigstens Arbeit.«

Hampels hängten als einzige im Haus auch die rote Fahne aus dem Fenster. Ich weiß noch, wie der Vater einmal vier Groschen nach Hause brachte. Einen legte er auf den Tisch. »Der ist für Muttern, fürs Gas. Und die drei Groschen, die gehen an die Rote Hilfe.« Solche Solidarität habe ich bei den Kommunisten erlebt. Und heute, da wird so getan, als wären das Verbrecher gewesen.

Eines imponierte mir aber bei Hampels überhaupt nicht: das ständige Geschimpfe und Getobe im Haus. Zwar hat auch mein Vater der Mutter, sie war eine uneigennützig, stille Seele, die Hölle heiß gemacht. Das war auch nicht schön, aber diesen ständigen Radau bei Hampels wollte ich auch nicht. Und so habe ich mich dann auch von Albert getrennt.

#### *Der Sozialdemokrat*

Mein Lehrmeister bei der Post, der Albert Mielke, war Sozialdemokrat. Er war für mich so etwas wie ein Ziehvater. Er hatte selbst zwei Kinder und in Hohenschönhausen eine Laube. Dort besuchte ich ihn oft und spielte mit den Kindern. Albert erzählte oft vom Ersten Weltkrieg. Er schwärmte davon, wo er da alles war. »Wir Sozialdemokraten lehnen zwar die jetzige Gesellschaft ab,« das war sein Spruch, »doch wenn wir zu den Fahnen gerufen werden, dann erfüllen wir unsere vaterländische Pflicht. Wir sind nämlich treue Diener des deutschen Volkes, egal, wer gerade an der Regierung ist.« Das erschien mir richtig. Ich wollte auch dem Volke dienen.

Mit den Kommunisten wollte Albert auf keinen Fall zusammengehen, auch dann nicht, wenn nur so noch der Faschismus verhindert werden konnte. »Hitler,« so glaubte auch er, »der muß sich ja auch an die demokratischen Spielregeln halten. Außerdem wirtschaftet er ab. Den Thälmann aber wollen wir auf keinen Fall. Bei dem weiß man nicht, ob er es ehrlich meint.«

Gleich nach dem Krieg sahen wir uns wieder. »Ein Glück Helmut, daß du da bist.« Albert machte sich und seiner Partei bittere Vorwürfe: »Wir haben einen schlimmen Fehler gemacht, als wir nicht mit den Kommunisten Hitler verhinderten.« Das und »Nie wieder gegeneinander«, das waren seine Reden. Und er hatte doch auch wirklich recht. Er trat sofort für die Vereinigung zur SED ein. Heute sind es sogar die Sozialdemokraten selbst, die die Deutschen wieder in Kriege führen. Waren denn die schlimmen Erfahrungen und die ganzen Opfer umsonst?

#### *Ein anderer Kommunist*

Nach dem Krieg hatte ich erst wieder bei der Post angefangen. Dort habe ich Paule Bonnemann kennengelernt. Der war zwölf Jahre im KZ. Ich dachte, ein Mensch, der das erlebt hat, der müßte doch vor Haß triefen auf alle Leute, die an seinem Unglück schuld waren. Das sagte ich ihm auch. Doch Bonnemann dachte ganz anders. »In Deutschland laufen jede Menge Nazis rum. Fast alle haben bis zum Schluß mitgemacht. Aber mit mindestens achtzig Prozent der Leute müssen wir den neuen Staat aufbauen. Andere Menschen gibt es nicht. Wer wirklich Verbrechen begangen hat, der muß ins Gefäng-

nis. Wer aber seine Strafe abgessen hat, der hat wie jeder andere ein Recht auf Arbeit und auf ein Dach überm Kopf.«

Für mich selbst war das auch sehr wichtig. Im Krieg war ich nämlich im Osten. Wir hatten einen Kompaniechef. Er war auch bei der Post, und wir freundeten uns an. Der glaubte tatsächlich, daß er gar nicht sterben könnte. Er stellte sich an der vordersten Linie immer wieder ganz offen hin. Dann, wir waren in einem Kessel, krachte es doch und er fiel um. Wir haben ihn auf eine provisorische Trage gelegt und ihn dann viele Stunden durch den Schnee geschleppt. Er ist tatsächlich mit dem Leben davongekommen.

Dafür habe ich das EK II bekommen, und ich war stolz darauf. Diese Geschichte habe ich in unserer Parteigruppe gleich nach der Wende erzählt. Der junge Hermlin, der André, hatte vorgeschlagen, daß wir uns erst einmal die Geschichten erzählen, die uns belasten.

Nein, Widerstand habe ich nicht geleistet. Ich habe nicht einmal daran gedacht. Wir lagen zum Beispiel einmal lange Zeit auf freiem Feld in den Schützenlöchern. Fast alle hatten Malaria, ich auch. Vor Zittern konnten wir gar nicht schießen. Wir waren völlig fertig und heilfroh, daß die Russen auch still hielten. Da kam ein Major, ein unmöglicher Kerl, der brüllte rum, wieso hier nicht geschossen würde. Er würde uns vors Kriegsgericht bringen. Plötzlich hielt einer von uns die Waffe auf ihn: »Hau ab du, sonst knall ich dich ab.« So etwas wäre mir nie eingefallen. Doch das gab es, und es ist dem Mann nichts passiert. Vergessen habe ich das aber nie.

Obwohl ich kein Nazi war, habe ich mich nach dem Krieg tatsächlich gefragt: Mußt du, weil du ohne Gewissensbisse in den Krieg zogst, weil du für den Gwisdeck das Eiserne Kreuz erhieltst und darauf auch noch stolz warst, muß du dich deshalb als einen Verbrecher ansehen?

Paul Bonnemann hat mir mit seiner Haltung gegenüber der Mehrheit der Deutschen sehr geholfen, mit diesen Fragen fertig zu werden. Ich sagte mir, wenn selbst die Kommunisten, die rechtzeitig vor all dem gewarnt hatten und die als Antifaschisten die ersten und die meisten Opfer gebracht hatten, ihren Haß überwinden und sogar den vielen Nazis eine Lebensperspektive bieten, dann mußst du dich doch nicht als Verbrecher ansehen. Ja, wer nicht direkt Kriegsverbrechen begangen hatte, der muß als Mensch angenommen werden, und wer verurteilt wurde und dann wieder frei kam, der auch. Ich fand das sehr menschlich. Damit konnte ich selbst gut leben und das habe ich mir dann auch zum Prinzip gemacht, wenn ich mit früheren Nazis zu tun hatte.

### *Nie wieder Uniform?*

Im Kriegsgefangenenlager war es uns allen völlig klar: Nie wieder wollten wir Waffen tragen. Doch Paule Bonnemann meinte, wir bräuchten eine neue Polizei und ich gehöre dahin. Es hat eine Weile gedauert, bis ich begriffen hatte, daß Uniform nicht gleich Uniform ist und daß eine Pistole an sich erst mal weder gut noch schlecht ist. Ich hatte gelernt zu fragen, wer wofür und wogegen die Waffen braucht. Es war ja auch bald nicht mehr zu übersehen, daß die wirklichen Faschisten, die Kriegsverbrecher und -gewinnler und die Nazirichter im Westen nicht mehr ernsthaft verfolgt

wurden. Sie kamen bald wieder in führende Funktionen. Dort lebte das Alte doch wieder auf, aus dem das ganze Verbrechen hervorgegangen war. Und nach dem, was meine Frau und ich in der Kindheit und im Krieg erlebt hatten, wollten wir eine neue Gesellschaft, und die entstand eben im Osten. Und für die wollte ich mich einsetzen. So ging ich also zur Polizei. Dort waren viele, die aus dem einfachen Volk kamen und so wie ich bittere Erfahrungen verarbeitet hatten. Ich denke, unsere Polizei ist wirklich eine Polizei des Volkes geworden. Ehemalige Kriegskameraden machten mir Vorwürfe, weil ich wieder eine Uniform angezogen hatte. Doch ich hatte gute Gründe. Überzeugt habe ich sie damit jedoch nicht.

#### *Schwerter zu Pflugscharen?*

Heute ist die Frage nach den guten und den schlechten Waffenträgern völlig sinnlos geworden. Ich meine, man sollte endlich das ganze Soldatsein abschaffen. Es gibt überhaupt keinen vernünftigen Grund, Menschen aufeinander zu hetzen. Obwohl ich kein gewalttätiger Mensch bin, auf den Scharping, der die Deutschen wieder in den Krieg trieb, könnte ich heute mit dem Knüppel losgehen.

#### *1953, 17. Juni*

Da war ein großer Tag im Friedrichstadtpalast. Wir marschierten von dort geschlossen zur Stalinallee. Ich war oft auf den Baustellen in der Stalinallee und im Krankenhaus Friedrichshain. Da gab es überhaupt keine Unzufriedenheit. Es gab nur Funktionäre, die wollten die Normen erhöhen, ohne daß die technischen Voraussetzungen dafür vorhanden waren.

Am Vortag vom 17. Juni kam da einer auf die Baustelle Stalinallee und erklärte: »Die Kollegen vom Friedrichshain werden verhaftet. Da müssen wir hin.« Und so zogen viele Bauarbeiter los. Dann treffen sie auf einmal auf einen Zug, der kam ihnen vom Krankenhaus entgegen. »Wo kommt Ihr denn her,« fragten die, »wir denken, Ihr seid verhaftet?« Dort hatte jemand das gleiche über die Leute von der Stalinallee erzählt. Die Arbeiter gingen trotzdem weiter. Sie wollten nun zu Fritze Selbmann.

Am Ausgang Stalinallee tauchte dann ein Plakat auf Nieder mit der Regierung! »Was soll denn das? Es geht ausschließlich um die Normen,« sagten viele und verließen den Zug. Ich war dort selbst dabei. In Uniform. Das war bei den Bauarbeitern überhaupt kein Problem. Waffen hatten wir aber nicht.

Dann wurde da plötzlich ein Mann mitgeführt, voll mit blutigen Mullbinden eingewickelt. Das seien die Polizisten gewesen, hieß es. Unser Hauptmann Behrend, der den Braten roch, sagte: »Los, den holen wir uns.« Wir haben das auch geschafft und dem Mann die Binden runtergerissen. Da war nichts. Da kippte die Stimmung im Zug um. Manche haben auch die Gerüste verteidigt, als die sie von unten runterholen wollten.

#### *Oberbaumbrücke*

Wir sind dann zur Oberbaumbrücke. Dort rückten Tausende von der Westseite vor. Eigentlich sollten wir an diesem Tag rausfahren zum Schießen in die Seddingraben. Deshalb hatten wir in der



Dienststelle Karabiner. Die holten wir und schossen in die Luft. Nichts rührte sich. Wir standen hier und die drüben. Plötzlich raste ein sowjetischer Kübelwagen mit ein paar Soldaten auf die Brücke. Es änderte sich wieder nichts, bis ein Panzerspähwagen auftauchte. Der Kommandeur rief »Weg Leute, weg!« Dann stieg er langsam aus und zog die Schutzkappe vom Rohr. Da rannten sie weg. So war das an der Oberbaumbrücke.

Woanders kamen sie aber zu Tausenden aus dem Westen und haben Kioske und Autos angezündet, Fensterscheiben eingeschlagen. Das soll dann der Arbeiteraufstand gewesen sein. Die hatten sogar Zettel mit Anweisungen. Wer sich darauf von anderen Ganoven bestätigen ließ, daß er im Osten Sachbeschädigungen begangen hatte, der erhielt im Westen Fahrräder und andere Prämien. Solche Leute haben wir verfolgt. Manche sprangen vor Angst in die Spree. Sowjetsoldaten haben dann Sperrfeuer geschossen, so daß sie wieder zurück mußten. Dann kam eine neue Meldung. Die SED-Kreisleitung Friedrichshain solle gestürmt werden. Da war aber nichts los. Das war dann für mich der 17. Juni.

In den nächsten Tagen bin ich dann in viele Wohnungen gegangen, um mit den Leuten zu reden. Keiner wußte doch, was eigentlich los war. Wir haben dann Fragen beantwortet. Auch da habe ich nie irgendeine Forderung gehört wie »Die Regierung muß weg«.

#### *Niederschönhausen, Grenzgänger*

Später ging es dann immer um die Grenzgänger. Die arbeiteten im Westen und lebten im Osten durch den Umtauschsatz sehr billig. In Niederschönhausen gab es davon jede Menge. Mit solchen Leuten habe ich immer wieder diskutiert. Das waren doch Facharbeiter, die hier dringend gebraucht wurden. »Daß es nicht ewig so weitergehen kann, im Westen zu arbeiten und hier zu wohnen, das weiß ich auch«, wurde mir auch offen gesagt, »aber solange das noch möglich ist, mache ich das. Ich müßte doch dämlich sein.« Daß das nicht lange gut gehen konnte, weil es uns ja kaputt machte, das war doch klar.

#### *Oberst a.D.*

Niederschönhausen war ein alter Beamtenort. So einer wie ich aus Friedrichshain und vom Alex hatte früher nichts in dieser noblen Gegend zu tun. Was es da nicht alles gab: Bankdirektoren, Studienräte, Offiziere, bürgerliche Professoren. Ich bin als erstes hier von Tür zu Tür gegangen, um mich vorzustellen und mit den Leuten zu reden. Nur wenige haben mich abgewiesen. Aber auch mit denen konnte ich mich irgendwann doch vernünftig unterhalten. Ich war hartnäckig. In der Friedrich-Engels-Straße zum Beispiel wohnte ein Oberst a.D. und zwar in dem Haus, an dem dransteht »Gott bewahr dieses Haus vor falschen Freunden und Gefahr«. Der Mann war noch aus der Kaiserzeit, lebte hier hochherrschaftlich mit einer Bediensteten und allem drum und dran. Ich also hin zum Oberst. Das Dienstmädchen meldete mich. »Wer ist denn da?«, hörte ich ihn rufen. »Ein Herr von der Polizei.« »Dienstgrad?« »Leutnant.« Soll rein kommen.« Ich habe mich anfangs sehr gut mit ihm unterhalten. Ich hatte den Eindruck, er fand es völlig richtig,

daß ich mich ihm vorstellte. Auf einmal kriegte der aber mit, daß ich meinen Offiziersdienstgrad nicht wie er auf einer Akademie erhalten habe. Da war ich plötzlich Luft für ihn. Der sagte einfach nichts mehr und guckte durch mich durch. Mir blieb gar nichts weiter übrig, als zu gehen. Das hat lange gedauert, bis ich mich auch mit dem alten Oberst nett unterhalten konnte.

### *Frau Jäger*

In der Grabbeallee wohnte Frau Jäger. Jeder wußte, sie war eine ehemalige Nazisse. Es ist eigenartig, gerade sie wurde später meine beste Freundin. Im Krieg hatte sie Funktionen im Luftschutz. Meine Genossen hatten mich informiert, ehe ich sie zum ersten Mal besuchte.

»Sie werden ja schon wissen, wer ich bin,« meinte sie denn auch, als ich bei ihr auftauchte. »Na, dann kommen Sie mal rein.« So ging das los. Diese Frau hatte keine konkreten Verbrechen begangen, wurde also auch nicht verfolgt. Sie konnte auch ihre Funktion als Hausvertrauensmann behalten. Sie stand loyal zur DDR, und mehr hat auch kein Mensch erwartet.

### *»Sie gefährden die Kinder!«*

1957 habe ich mit einer Sache begonnen, die dann dreißig Jahre lang lief. In Pankow war bei einem Verkehrsunfall ein Kind schwer verletzt worden. Da habe ich mir gesagt: Der Straßenverkehr nimmt zu, es muß etwas getan werden. Die Kinder können am besten geschützt werden, so dachte ich mir, wenn sie selbst erkennen, wo die Gefahren liegen, und selber aufeinander achtgeben. Am Kurt-Fischer-Platz, jetzt Pastor-Niemöller-Platz, war es besonders gefährlich. Dort kommen die Autos aus der Kurve herausgeschossen, und gerade da liefen viele Kinder auf dem Weg zur Schule über die Grabbeallee. Zuerst sprach ich in der früheren Gerhart-Eisler-Schule mit Lehrern und Kindern. Dann besuchte ich die Straßenbahn- und Busfahrer der Linien, die hier fuhren. Auch in Elternversammlungen bin ich mit meinem Vorschlag aufgetreten: Größere Schüler könnten doch morgens für die kleineren den Übergang an der Straße sichern. Ich würde vorher mit ihnen gründlich üben. Gerade die Eltern fanden die Idee gut und ich bereitete alles ordentlich vor. Am Anfang habe ich von meinem Geld weiße Armbinden und Käppis gekauft. Die Kinder mußten für die Fahrer erkennbar sein. Einmal sprach mich eine Frau Professor, die hier um die Ecke wohnte, an: »Komm doch mal mit Deinen Schülern zu mir nach Hause.« Sie hat dann bei den Kindern Maß genommen und von irgendwoher weiße Jacken beschafft. Als wir alles zusammenhatten und die großen Schüler die Sache beherrschten, ging's los: Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft stoppten immer, wenn einige Kinder beisammen waren, den Verkehr und begleiteten die Schülergruppe über die Straße. Die Kraftfahrer akzeptierten die Schülerlotsen. Jeden Morgen zwischen 7 und 7.45 Uhr standen wir an der Grabbeallee.

Auf einmal ging ein großes Theater los. Die Polizeiführung beschuldigte mich, ich würde die Kinder gefährden. Die Schüler seien überfordert. Die Eltern würden sich beschweren, und es sei

überhaupt unverantwortlich, die Kinder morgens bei Wind und Wetter auf die Straße zu jagen. Ich überschritte wieder einmal meine Befugnisse. Dieser Quatsch ging immer weiter, und ich wußte damals nicht, wie das enden sollte. Aber ich habe eben nicht klein beigegeben und einfach weiter gemacht.

Nach einiger Zeit erschien dann in der damaligen CDU-Zeitung *Neue Zeit* ein Artikel. Frau Ulrich, ihr Mann war Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, hatte den geschrieben. Sie berichtete sachlich darüber, was wir wirklich taten, und hob hervor, daß seit langem auf dem Schulweg kein Verkehrsunfall mehr passiert sei.

Auf einmal kamen Leute an und wollten Näheres wissen. Sie waren über die Souveränität der Schüler erstaunt und fanden das alles gut. Plötzlich waren auch die Chefs einverstanden. Nachdem wir drei Jahre lang praktisch gearbeitet hatten, wurde 1960 offiziell eine AG Junge Verkehrshelfer gegründet. Ich war sozusagen vorher inoffiziell tätig. Na und? Jedenfalls wurde bald in der ganzen DDR eine große Bewegung junger Verkehrshelfer organisiert.

### *Sonntag, halb Zehn in die Heide*

In den Fünfzigern und Sechzigern gab es in den Nebenstraßen noch so gut wie keinen Verkehr. Die Kinder spielten auf der Straße. Trotzdem hat es manchmal Unfälle gegeben. Vor allem Motorradfahrer fuhren extra in solche Straßen und drehten voll auf. Ich habe den Kinder hier empfohlen, doch lieber um die Ecke zur Sportgemeinschaft zu gehen. Die meisten waren aber an einem straff organisierten Sport nicht interessiert. Um sie erst einmal von der Straße wegzubringen, habe ich sie eingeladen, mit mir gemeinsam mal in der Heide Fußball zu spielen. Ich könnte doch gar nicht mit ihnen mithalten, meinten sie. Das werden wir ja sehen, so ich, nach einer Stunde liegt ihr mit eurer Karo-Lunge schon längst auf dem Rasen, und ich renne euch davon. Am nächsten Sonntag klingelte es tatsächlich. Unten warteten ein paar Kinder auf mich. Da mußte ich halt ran, und von da an ging das über Jahre so, jeden Sonntag, Punkt halb Zehn. Nach ein paar Wochen hatten wir schon zwei vollständige Mannschaften zusammen, Jungens und Mädchen. Meinem Nachfolger habe ich geraten, das fortzusetzen. Er hat das auch geschafft. Besser konnte ein ABV mit den Leuten im Wohngebiet gar nicht verbunden sein. Nach der Wende habe ich dann auch mal diesen KOB, oder wie das heute heißt, angesprochen. Der stolziert, wenn er hier überhaupt mal zu sehen ist, gewichtig mit einer Mappe unterm Arm rum. Er wollte von mir wissen, wie ich das gemacht habe, daß ich hier so gut klar kam. »Du mußt Dir schon ein bißchen mehr einfallen lassen, als nur irgendwelche Vorschriften zu erfüllen!« Das habe ich ihm gesagt. Doch wer tut denn in der jetzigen Gesellschaft so etwas noch?

### *Ich habe an sie geglaubt, wie an Götter*

Ganz übel wird mir, wenn ich über unsere frühere Führung nachdenke. Ich habe gelesen, was Hans Modrow über unsere ehemaligen Spitzengenossen schreibt. Diese Überheblichkeit, eine solche Borniertheit und Machtgier! Ich kann das nicht begreifen. Solche Leute haben wir fast angebetet. Wenn mir früher einer gesagt

hätte, was bei unseren Oberen tatsächlich los war, dem hätte ich eine in die Fresse gehauen. Das hätte ich als Verleumdung angesehen.

An die Ehrlichkeit, an die Anständigkeit unserer führenden Genossen habe ich immer fest geglaubt. Wenn ich versuchte, den Menschen zu helfen, auf den Straßen und sonstwo, dann – so dachte ich mir – handle ich nach den Beschlüssen der Partei, also im Sinne der führenden Genossen. Wenn in diesen Beschlüssen etwas Fehlerhaftes war, dann habe auch ich das Falsche mit durchgesetzt. Das stimmt, und darüber muß man auch sachlich reden. Dafür kann ich mich auch bei den Leuten entschuldigen (aber nicht bei denen, die heute das große Wort führen und die uns früher nur Knüppel zwischen die Beine schmissen). Daß Fehler gemacht wurden, das ist noch kein Unglück. Wo eine neue Welt aufgebaut wird, geht es nicht ohne. Daß aber bei uns selbst unwürdige Menschen an der Spitze standen, das macht mich nachträglich noch fertig.

Was gut für die DDR war, so hieß das bei mir immer, das ist gut für die Menschen. Und was für die Menschen gut war, das konnte für die DDR nicht schlecht sein. Das war mein Maßstab und ich dachte immer, daß ich mir darin mit den Oberen völlig einig bin. Wenn ich etwas Vernünftiges tun konnte, dann habe ich das einfach getan. Da mußte ich nicht erst auf einen Beschluß warten. Selbst wenn ich dann manchmal Ärger bekam, weil das nicht in irgendeiner Weisung oder Ordnung paßte.

#### *Hermlin und andere. Die Intellektuellen*

Wir hatten da eine Versammlung in der Alten Baumschule. Da waren alle da, auch Stephan Hermlin. Als ich den sah, war ich froh. Der ist dir eine große Unterstützung, dachte ich. Doch er hat mich sehr enttäuscht. Diesen Leuten war nie etwas gut genug.

Ich halte nicht viel von sogenannten Intellektuellen. Oft habe ich den Eindruck gehabt – im Osten und noch mehr jetzt im Westen –, sie quatschen viel und kennen doch gar nicht die Mühe der Menschen, die täglich eine einfache Arbeit machen und die ihre Ideen umsetzen sollen. Ich traue ihnen einfach nicht. Irgendwie, so scheint es mir, geht es ihnen mit ihrem Gerede nur um Herrschaft über andere. Sie wollen Einfluß, Macht und Geld. Sicher kenne ich auch gebildete Leute, die sich nicht über andere erheben. Nicht der akademische Grad, sondern Achtung und Offenheit gegenüber anderen Menschen, das ist für mich entscheidend.

#### *Honecker*

Honecker war für mich auch immer ein ungebildeter Mensch. Er stammte so wie ich aus einer einfachen Familie. Was hätte er denn auch in seiner Jugend besonderes lernen können? Doch er hat sich den Faschisten nicht gebeugt, wurde zehn Jahre eingesperrt und hat doch immer zu seiner Sache gestanden. Ihn achte ich. Was haben die Leute, die ihn, nachdem er gestürzt war, mit Schmutz bewarfen, geleistet? Wie hätten sie denn an seiner Stelle im Faschismus gehandelt? Wenn ich auch sehr enttäuscht bin über das, was ich bei Modrow über Honeckers Festklammern an alten Methoden gelesen habe, er war aufrecht bis zuletzt, und das achte ich mehr als die Wendigkeit der angeblich Gebildeten.

*Die Arroganz der Chefs*

Ich habe vor einiger Zeit die früheren Vorgesetzten meiner Frau erlebt. Das war zur Beerdigung ihrer Kollegin, mit der sie viele Jahre in der Druckerei der Parteihochschule gearbeitet hatte. Die früheren Chefs waren auch da. Doch sie blieben nur unter sich. Sie haben da zusammengestanden und sind nicht einmal zu meiner Frau gekommen. Sie haben sie nicht begrüßt. Sie war Luft für sie.

*Einsamkeit*

Früher haben sich hier bei mir zu Hause die Leute die Klinke in die Hand gegeben. »Hast Du nicht? Kannst Du nicht?« So ging das immerzu. Ich hatte gedacht, ich habe viele Freunde. Doch nun kann ich seit einem ganzen Jahr schon nicht mehr aus dem Haus. Da haben die Genossen nicht einmal eine halbe Stunde Zeit für mich. Nur selten kommt mal einer. Ich bin schwer enttäuscht. Nicht über die heute Regierenden. Von denen ist doch nichts anderes zu erwarten, als daß sie uns in den Dreck treten. Und dann höre ich immer von der PDS-Führung: »Kritisiert Euch, kritisiert Euch!« Das macht mich fertig. Es gab doch so viele Genossen, die früher meine Hilfe brauchten, die mich lobten und auszeichneten. Wo sind sie heute? Der einzige ehemalige Genosse, der mich noch oft besucht, ist E.K. Er ist der einzige wirkliche Freund, den ich habe. Er war stellvertretender Leiter der VK in Pankow. Der hat unsere AG junger Verkehrshelfer und Schülerlotsen mitgegründet. Oft hat er Busse organisiert, wenn wir mit unseren Schülern irgendwo hinfahren wollten, nach Magdeburg zum Beispiel als Auszeichnung, zu Wettbewerben usw. Er ist aus der Partei ausgetreten. Er arbeitet noch bei der Post in der Sicherheitsabteilung.

*Ein ABV organisiert die Ausreise*

Ärger gab es immer mal. Zum Beispiel lebte da ein Ehepaar in der Grabbeallee. Die Frau hat mich öfter zu Hilfe gerufen. Ihr Mann, ein Säufer, hat sie geschlagen. Nachdem ich das ein paarmal erlebt habe, habe ich ihm klar gesagt, daß er sich sofort um eine Entziehungskur bemühen soll. Wenn er das nicht täte, würde ich dafür sorgen, daß er zwangsweise dahin kommt. Ich habe dem richtig gedroht. Was denn sonst? Es geht doch nicht, daß einer seine Frau schlägt. Er ging dann auch zur Kur, doch es hat sich nichts geändert. Die Frau wußte nicht ein noch aus. Ich habe ihr dann geraten, sie solle sich doch scheiden lassen, um endlich diesen Kerl loszukriegen. Auch das half nicht. Der kam immer wieder an. Diese Frau hatte nun noch eine Mutter in Westberlin. Die war krank und pflegebedürftig. Ständig ist die Frau rüber, um ihrer Mutter zu helfen. Sie hatte wirklich kein schönes Leben, hier der Säufer, da die einsame Mutter. Wir haben dann darüber geredet, ob es nicht besser wäre, sie ginge ganz rüber. Das täte beiden gut, und den Schläger wäre sie los. Wir waren uns darin einig, und ich habe mich dann darum bemüht, daß sie legal übersiedeln konnte.

Gerade das wurde mir dann vorgeworfen. Das ging soweit, daß ich dachte, sie schmeißen mich aus der Volkspolizei. Als ich nun im Krankenhaus lag mit dem Herzinfarkt, da wollte mich gerade diese Frau hier zu Hause besuchen. Das war sehr schön von ihr.

Es dürfte in Pankow um den Pastor-Niemöller-Platz (früher Kurt-Fischer-Platz) herum neben Helmut Wolff keinen zweiten Menschen geben, den so viele Leute aus persönlichem Erleben kannten. Allein schon für mehrere Schüलगenerationen der ehemaligen Gerhart-Eisler-Oberschule und viele ihrer Eltern war er eine Vertrauensperson. Helmut Wolff war in Niederschönhausen seit etwa 1956 bis in die achtziger Jahre hinein Abschnittsbevollmächtigter der Volkspolizei. Die Gespräche mit ihm habe ich gesucht, um zwei Phänomene zu begreifen: Einmal ging es um die überraschende Tatsache, daß gerade ihm, dem offenen Patrioten »seiner DDR«, selbst in den aufgeregtesten Wendezeiten kein böses Wort, ja nicht einmal ein böser Blick galt. Zweitens wollte ich verstehen, warum er – abgesehen von Altersbeschwerden – in der Nachwendegesellschaft keine Bande fand, zunehmend von Wut, Verbitterung, manchmal sogar richtigem Haß auf die jetzige Welt, ihre Institutionen und Repräsentanten getrieben war und keinerlei Chancen sah, von den heutigen Strukturen aus auf neue Art für eine sozialistische Perspektive zu wirken. Ich erhoffte mir nicht nur Einsichten in den Charakter meines Genossen, eines Mannes, der nie auf der Herrschaftsebene agierte.

### *Wie benehmen Sie sich!*

Es war bei irgendeinem Einsatz. Meine freiwilligen Helfer der VP und ich waren buchstäblich bei Tag und Nacht auf Achse. Der Chef lobte mich und erklärte, wir sollten uns Gedanken machen, wie wir die Helfer auszeichnen. Am nächsten Tag kam ich dann mit Vorschlägen und dem Wunsch nach entsprechenden Geldern zu ihm. Er lehnte glatt ab, als sei davon nie die Rede gewesen. Darauf ich: Ich stehe hier nicht wieder auf, bis ich die Auszeichnungen für die Leute habe. »Wie benehmen Sie sich, Genosse Leutnant!«, wurde der Inspektionsleiter laut. Ich blieb sitzen, und dann rief er doch den Leiter an. »Weisen Sie dem Gen. Ultn. sofort Geld an. Das ist ausschließlich für die freiwilligen Helfer. Er selbst bekommt nichts.« So etwas kam öfter vor. Im übrigen wurden wir beide später doch noch dicke Freunde.

### *Für das Leben – gegen Kompetenzen verstoßen*

In der Grabbeallee lebte ein alter Mann. Der hätte ständige Pflege gebraucht. Er konnte nicht mehr allein aus der Wohnung gehen. Der lag dann plötzlich verletzt und hilflos in seinem Dreck auf der Treppe. Die Nachbarn riefen mich. Wir haben ihn erst einmal wieder in die Wohnung getragen. Ich telefonierte dann mit dem Pankower Krankenhaus. Doch die interessierte das überhaupt nicht. Die wollten einfach nicht kommen. Das sei keine Sache fürs Krankenhaus. Da habe ich denen gesagt: »Wenn Ihr nicht in einer halben Stunde hier seid, könnt Ihr was erleben. Dann beschaffe ich ein Privatauto und setze ihn selbst vor dem Krankenhaus ab. Über Eurer Verhalten werde ich dann die Zeitungen informieren. Ich mache einen Riesenskandal!« Das hat gewirkt.

Tatsächlich gab es dann noch einen Skandal, aber einen ganz anderen, als ich dachte. Die Krankenhauschefs haben sich über mich beschwert. Eine Meldung landete bei meinem Leiter. Ich habe Krach gekriegt. Ich hätte meine Kompetenzen überschritten, gegen Parteibeschlüsse verstoßen. Mit den Parteibeschlüssen war das nämlich so: Befehle und Weisungen verstanden wir ja immer auch als die Durchsetzung von Parteibeschlüssen. So habe ich das auch gesehen und auch gewollt. Wenn ein Genosse nun zum Beispiel Kompetenzen überschritt, also gegen Befehle oder Weisungen verstieß, dann konnte es auch heißen: Du hast gegen Parteibeschlüsse verstoßen. Gerade das aber wollte ich nie. Und doch gab es Situationen, da war mir das scheißegal. Was für das Leben wichtig war, das mußte getan werden, wenn nötig, dann auch sofort. Da war ich mein eigener oberster Chef, und ich bin davon ausgegangen, daß das auch der Sinn von Parteibeschlüssen ist. »Alles für das Wohl der Menschen«, so hieß es doch immer. Und selbst wenn es Streit gab, mir konnte keiner so leicht ein schlechtes Gewissen einreden. Ja, es hat manchmal ziemlichen Krach gegeben.

### *In der Wende kein böses Wort*

Jeder Mensch in Niederschönhausen hat gewußt, daß ich mich für die DDR einsetze. Plötzlich hieß es, wir Genossen seien eine Verbrecherbande gewesen. Und als dann überall eine hysterische Jagd auf solche Leute wie mich losging, da hat hier kein Mensch mir



gegenüber auch nur ein einziges böses Wort gesagt. Das hat mich eigentlich überrascht. Dabei habe ich mich nicht feige verkrochen. Ich habe mich sofort vor die Kaufhalle gestellt und Plakate geklebt. Auch eigene Flugblätter mit meinem Namen habe ich ans Brett geheftet. Ich war auch sonst viel auf der Straße und habe weiter mit den Leuten geredet. Meine Frau hatte immer Angst, daß mir etwas passiert. Manche von den damaligen großen Revolutionären hatten ja auch öffentlich bedauert, daß zur Wende kein Blut geflossen ist. Und hier am Kurt-Fischer-Platz gab es auch Schmierereien. Da stand: »Hängt die Roten auf!« Da habe ich einen Zettel angebracht: »Stelle mich zur Verfügung. Am Sonnabend, 10.00 Uhr.« Ich war auch da; aber niemand ließ sich blicken.

Warum hat mich von den Leuten hier selbst im größten Durcheinander niemand auch nur schief angeguckt? Ich denke, das war so, weil die Leute mich eben kannten. Sie wußten, der Wolff setzt sich für das Leben, für die Leute ein, egal ob er dafür Orden oder Ärger kriegt. Ja, das ist die Erklärung. Ich warte auch immer noch auf den, der mir sagen könnte, worin meine Verbrechen bestanden und wofür ich mich zu entschuldigen hätte.

Worauf können denn diese Leute stolz sein, die heute obenauf sind oder die angeblichen Revolutionäre, die sich dann ganz schnell mit dem dicken Kohl aufs Sofa setzten? Von denen brauche ich mir überhaupt nichts sagen zu lassen. Was haben denn die heutigen Herren aus dem Westen oder die großen Osthelden, die ihnen gleich hintenrein krochen, in all den Jahren für die Leute hier geleistet? Die spielten und spielen sich als Opfer und Helden auf und zwar gerade da, wo es ihnen nur um die eigenen egoistischen Wünsche ging. Ständig redeten sie von den Andersdenkenden, doch die vielen anderen Menschen, deren soziale Sicherheit zum Beispiel heute zerstört ist, interessieren sie diese überhaupt? Hauptsache ihnen geht's gut. Soll ich mich denen gegenüber demütigen?

### *Was ist von meinen Weltanschauungen geblieben?*

Was ich vom christlichen Glauben meiner Mutter mitbekommen habe? Ich hatte nie Probleme, Christen als Partner zu akzeptieren. Ob einer ein guter Mensch ist, ob einer also auch an die anderen Menschen denkt, darüber entscheidet nicht seine Weltanschauung, sondern seine Tat. Es ist bitter, daß ich jetzt wieder in einer Welt leben muß, in der ich immer dreimal fragen muß, kannst du an diese Sache, kannst du an jenen Menschen wirklich glauben. Die heute Herrschenden lügen, wenn sie den Mund aufmachen. An Gysi möchte ich glauben. Die Sylvia-Yvonne Kaufmann gefällt mir und der Michael Benjamin auch. Doch streiten die untereinander auch, jetzt z.B. darüber, ob sie militärische Einsätze über die UNO gutheißen oder nicht. Wem kann man da trauen?

Eigentlich bleiben nur noch zwei Menschen, denen ich absolut Glauben schenke. Das sind Marx und Engels. Du meinst, sie haben sich auch öfter korrigiert, frühere Auffassungen widerrufen und ihre Freunde jäh gewechselt? Trotzdem, die waren ehrlich und sehr klug. An Marx und Engels muß ich einfach glauben.

Kann denn auch der Mensch überhaupt ohne irgendeine Gewißheit leben? Freiheit für alle kann es doch gar nicht geben. Tausend

Was aus den Memoiren ehemaliger Politiker nicht erkennbar, hier sah ich die Chance, etwas von den Mentalitäten derjenigen Menschen zu erfassen, die sich aus subjektiv ehrenwerten Motiven heraus nicht schonten und ohne die die DDR keine zehn Jahre überlebt hätte, die schließlich, für sie völlig unbegreifbar, ihr Lebenswerk vernichtet sahen und dies oft auch als Ende jeder Zivilisation empfanden.

Tatsächlich eröffnete sich aber viel mehr: Ein Blick in ein Jahrhundertleben voller Brüche mit zugleich erstaunlichen oder erschreckenden Kontinuitäten. Für mich völlig unerwartet verweisen die Episoden auf eine – zugegeben noch vage – Idee davon, was in solchen widersprüchlichen Leben und Charakteren Zukunftsfähiges, ja Sozialistisches stecken kann und dies jenseits aller Herrschaftsinstitutionen und allen »menschheitsbeglückenden« Partei-managements leninistischen oder bürgerlich-pluralistischen Typus.

Die eigentliche Entdeckung also: Das Verständnis für eine Art unmittelbaren, geradezu anarchistischen Einsatzes für das Leben, für eine menschliche Substanz, die über alle Wenden hinweg im Alltäglichen zwischen einem Mann wie Helmut Wolff und vielen Menschen ein tragfähiges Übereinkommen herstellte. Es ist dies eine in heutigen politischen und in alten ML-Kategorien nicht faßbare Menschlichkeit. Auch wenn sie von den unterschiedlichsten herrschenden Strukturen genutzt wurde und wird, auch wenn

sie in der nächsten Zukunft sogar wieder von ganz üblen braunen Strömungen ins Gegenteilige verkehrt werden kann, ohne sie, ohne diese tätige stille oder laute Rebellion gegen das Es-muß-sich-rechnen oder/und Wir-müssen-andie-Macht-kommen, ohne diese meist unreflektierte Menschlichkeit ist Zukunft nicht denkbar. Die spannende Frage ist: Unter welchen materiellen Bedingungen können solche Mentalitäten eine tatsächlich menschliche Gesellschaft begründen? Nach Sozialismus zu streben, das könnte in diesem Sinne heißen, solche nichtherrschaftsförmigen Bewegungsformen zu suchen, die unmittelbar von solcher Menschlichkeit geschaffen und getragen werden können. Es geht um Mentalitäten und Bewegungen, die keiner selbst-ernannten oder gewählten Götter, Gurus und Medienstars einerseits und keiner Gläubigen andererseits mehr bedürfen. Helmut Wolff brauchte die seinerzeitigen Herren nicht, um sich mit Lust fürs Leben einzusetzen. Doch er konnte sich bis zum Schluß nicht freimachen von seiner Gläubigkeit an sie, von seiner auch selbst-betrügerischen Hoffnung auf die nun wirklich guten, wissenden, ehrlichen Führer. Wer, egal auf welcher Seite einst stehend, erkennt in dem, was bei ihm besonders offen zutage trat, nicht auch sich selbst? Jedenfalls wurde offenkundig beides, unmittelbare Menschlichkeit und Autoritätsgläubigkeit, von den unterschiedlichsten Menschen seiner Umgebung als etwas ihnen Vertrautes akzeptiert. Ist die Hoffnung so unberechtigt,

Leute wollen hierhin, tausend dorthin. So zerfällt jede Gesellschaft und siegen tun nur die Brutalsten. Das ist doch ein Horror.

Ich habe nie eine höhere Schule besucht. Ich habe mich auch immer als einen ungebildeten Menschen angesehen. Es kann doch auch nicht sein, daß nur der, der zwanzig Jahre lang Schulen besucht hat, selbst wissen kann, was er zu tun hat, wo eine Zukunft liegt. Mein Studium war die Straße. Ich habe mich auf die Leute eingelassen und hatte dabei über viele Jahre Erfolg und Freude. Und von dorthen nehme ich auch noch eine Gewißheit, die kann mir niemand nehmen: Ich glaube, daß es immer wieder Anständigkeit, Hilfsbereitschaft und Liebe zu anderen Menschen gibt. Auch Menschen, die anständig sind, können ganz unterschiedliche politische Auffassungen haben und in ganz verschiedene Richtung wollen. Wenn sie aber anständig sind, werden sie sich nicht bekriegen, den anderen nicht unterdrücken. Das ist doch eben die Anständigkeit. Die unterschiedlichsten Leute, wenn sie nur wollen, können sich an einen Tisch setzen und dann auch einen gemeinsamen Weg finden. Das hat es in der Geschichte für ganze Völker noch nie gegeben, es lief immer auf das Wer-Wen? hinaus. Ja, das stimmt. Aber unter den einzelnen Menschen gibt es das doch immer wieder. Und die Möglichkeit dazu, daß so auch einmal viele Menschen handeln, die gibt es doch. Oder etwa nicht? Wenn wir gemeinsam in Not sind, dann müssen wir uns nicht bekriegen. Dann findet man Wege, mit denen alle leben können. Daß es immer wieder auch anständige Menschen gibt, das ist gewiß.

Na, und dann gibt es natürlich noch etwas, an das ich fest glaube – an die Treue meiner Frau. Wir sind fast sechzig Jahre verheiratet, stell dir das mal vor, und ich will noch ein bißchen leben mit meiner Frau.

*Was richtig war und was nicht, darüber lasse ich keine Herren entscheiden*

Ich habe mit den Oberen selbst gar nichts zu tun gehabt. Die brauchte ich doch damals nicht dazu, um meine Arbeit zu tun und dabei glücklich zu sein. Es stimmt zwar, ich hatte oft auch deshalb ein gutes Gefühl, weil ich glaubte, in voller Übereinstimmung mit unserer Führung einer gemeinsamen guten Sache zu dienen. Doch entscheidend war und bleibt, was heute immer weniger Menschen von sich sagen können: Ich habe eine Arbeit geleistet, die für die Menschen nützlich war. Das kann im nachhinein nicht dadurch etwas Schlechtes sein, weil unsere Oberen so edle Menschen nun doch nicht waren. Und die heutigen Herren haben gleich gar kein Recht, meine Leistungen herabzuwürdigen.

Im Radio wurde jetzt darüber berichtet, wie ein Minister in einer Schulklasse das Leben in der DDR schildert. Die Kinder können das nicht überprüfen. Sie müssen dem Mann, der eine sehr freundliche Stimme hatte, glauben, daß das Leben hier nur ein einziger Horror war. In welchen guten oder schlechten Verhältnissen sie heute auch leben, eines wird ihnen als ein ganz großes Glück verkauft: Sie mußten nicht in der DDR leben. Das alles ist ein großer Betrug. Ich bin nun alt und krank und kann nichts gegen solche Lügen tun.



*Traum Diepgen*

Ich habe letztlich geträumt, daß der Diepgen von irgend jemand fast erschlagen wurde. Er lag schon am Boden, doch junge Leute droschen weiter auf ihn ein. Alle standen drum rum. »Schluß jetzt«, ging ich dazwischen. »Halt die Schnauze, Alter«, brüllten die mich an. Ich schnappte mir einen Stock und holte aus. Da sind sie abgehauen. Warum ausgerechnet ich den Diepgen gerettet habe, wo es doch ein einziges Verbrechen ist, was seinesgleichen mit den Leuten aus dem Osten anstellen? Ich kann nicht anders. Keiner hat das Recht, irgendeinen anderen Menschen, wenn er in Gefahr ist, liegen zu lassen. Und wenn es mein schlimmster Feind ist, das gibt es nicht. Nein, danken werden es uns diese Herren nicht. Die können einfach nicht akzeptieren, daß wir früher ohne sie auskamen und nicht einmal so schlecht. Sie erklären das, was früher im Osten Recht war und ein vernünftiges Leben sicherte, einfach zu Unrecht. Was müssen sie für eine Angst haben! Sie werden immer weiter auf uns einschlagen. Ich habe da eine solche Wut und sogar einen Haß, wie ich ihn früher nicht kannte. Und doch würde ich selbst den Diepgen retten, wenn er so daliegt.

*40 glückliche Jahre*

Die 40 Jahre DDR waren für viele Menschen eine gute Zeit. Für mich aber waren es die glücklichsten Jahre des Lebens. Die Gründe dafür sind in meiner Jugend zu finden. Da gab es Armut, Unsicherheit, eine ungeheure Kriminalität, Prostitution und Arbeitslosigkeit: Und heute ist es wieder so. Wir sind wieder dort, wo wir in meiner Jugend bereits waren. Man muß sich das mal vorstellen!

Wer meine Jugend, die DDR-Zeit und die heutige Welt miteinander vergleicht, der kann begreifen, warum ich immer »meine DDR« gesagt habe, warum ich sie liebte. Für das, was ich selbst mit aufgebaut habe, schäme ich mich nicht, für nichts, aber auch für gar nichts. Den jetzigen Staat und die heute bestimmenden Politiker dagegen kann ich nur verachten.

Von meiner eigenen Partei werde ich auch noch dauernd aufgefordert, ich sollte mich wegen meiner Vergangenheit kritisieren und endlich in der heutigen Gesellschaft ankommen. Daß ich eine andere Welt wollte als die, die ich von früher kenne, und die, in der wir heute leben müssen, ist das etwa zu kritisieren? Ich will auch nicht in Arbeitslosigkeit, in Unsicherheit, in Armut oder in riesenhaftem Reichtum ankommen. Dieses ständige Gerede hatte mich schon fast dazu gebracht, alles hinzuschmeißen, zu vernichten. Doch nichts soll vergessen werden. Ich kann und ich will stolz sein auf das, was ich geleistet habe. Meine glücklichsten Jahre kann mir keiner nehmen.

*Helmut Wolff ist am 26. Januar 2000 gestorben.*

daß diese (ostdeutschen) Menschen ihre ohnehin erschütterte Gläubigkeit an irgendwelche gute Herren völlig aufgeben und sich dann auf menschliche, gemeinschaftliche Weise wirklich um sich selbst kümmern?

Helmut Wolff sah nach der Wende keinerlei Chance mehr, daß die politischen Strukturen der DDR je wieder Geltung erlangen könnten. Ebensowenig billigte er den jetzigen bundesdeutschen Strukturen Zivilisationsverträglichkeit zu. Beides zeugt von Realismus, von einem tieferen als dem seiner Realo-Partei, die sich flugs wieder herrschaftskonform gestaltete, und der, nun an Westverhältnisse angepaßt, diese »einfachen« Wolffs ziemlich peinlich sind. Politisch noch fixiert auf die Kalten-Kriegs-Alternativen, sah er innerhalb dieser Koordinaten keinen lebenswerten Ausweg mehr. Doch gerade dieser Mut des Realisten, der seinen menschlichen Anspruch nicht aufgab, drängt etztlich zu einer wirklichen Alternative zu Ost und West. Das kann seine Generation nicht mehr leisten. Diejenigen Züge seiner Persönlichkeit jedoch, die Helmut Wolff in Niederschönhausen zu einem bei Freund und »Feind« geachteten Menschen werden ließen, verweisen den Suchenden auf Zukunft.

ULRICH WEISS



ELMAR ALTVATER

# Schwierigkeiten mit der neoliberalen »pensée unique«.

## Der Internationale Lelio Basso Preis und die Suche nach politischen Alternativen

50 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anlässlich des 20. Jahrestages des Todes von Lelio Basso (1978) haben die Familie Lelio Bassos und zwei Stiftungen, die seinen Namen tragen und auf verschiedene Weise sein Projekt weiterverfolgen<sup>1</sup>, einen (immerhin mit zwei Mal 10 000 US-Dollar dotierten) Preis ausgeschrieben, den »Internationalen Lelio Basso Preis für ökonomische und politische Alternativen«. Lelio Basso war italienischer Sozialist, europäischer Linker und engagierter Verteidiger der Rechte der Menschen und der Völker: *der Völker*, denn es gibt Rechte, die nicht nur dem Individuum zukommen, die aber auch nicht Rechte der »Staatenwelt« (internationales Recht) sind.

Auf seine Initiative wurde in Fortsetzung des »Russell-Tribunals«<sup>2</sup> Mitte der siebziger Jahre das »Permanente Tribunal für die Rechte der Völker« ins Leben gerufen, das auch heute noch ein Forum ist, um Menschen und Völkern eine Stimme gegen Unrecht, das von staatlichen und parastaatlichen Mächten begangen und durch außerkonstitutionelle, ökonomische Mächte und durch die neoliberal geprägte Weltwirtschaftsordnung verursacht wird, zu geben. Im Rahmen des »Basso-Tribunal« nehmen sich Richter und Sachverständige mit internationaler Reputation der Sache derjenigen an, deren Rechte verletzt worden sind, und die als Zeugen während des Tribunals auftreten<sup>3</sup>. Das »Basso-Tribunal« kann weder verbindliches Recht sprechen noch seine Sprüche mit Hilfe der nationalen oder internationalen Staatsgewalt durchsetzen. Es ist also machtlos, es ist ein »Meinungstribunal«. Doch als solches leistet es einen Beitrag zur Veränderung der Diskurse, und diese Funktion ist nicht zu unterschätzen.

Nicht daß jemand erwarten würde, mit einer Geldsumme (und sei sie noch so groß) politische Alternativen zum herrschenden neoliberalen Diskurs »einkaufen« zu können. Die *Preisfrage* und deren Dotierung sollten vielmehr *erstens* an einer alten europäischen, aufklärerischen Tradition anknüpfen, an die akademischen Preisfragen des 17. und 18. Jahrhunderts. Sogar bedeutende Denker wie Leibniz oder Rousseau äußerten sich zu den »Preis«-Fragen, die zu ihrer Zeit gestellt wurden. *Zweitens* wurde die Absicht verfolgt, mit der kollektiven Suche nach Alternativen Netzwerke der theoretischen Deliberation und praktisch-politischen Kooperation zu fördern. Kommunikation ist trotz elektronischer Medien nicht kostenlos zu haben. Mit dem Preis sollten also keine Meisterwerke von Individuen monetär prämiert, sondern politische Netzwerke

Elmar Altvater – Jg. 1938. Dr. oec. publ., ist Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, er war Präsident der Jury zum Internationalen Lelio Basso Preis 1998.

1 Diese beiden Stiftungen sind das Institut für das Studium der gegenwärtigen Gesellschaft (ISSOCO) und die Internationale Lelio Basso Stiftung für die Rechte und die Befreiung der Völker; beide Stiftungen haben ihren Sitz in Rom.

2 Das »Russell-Tribunal« wurde von Lord Bertrand Russell 1964 gegründet, um dem Protest gegen die US-amerikanische Aggression in Vietnam ein Forum zu geben. Es tagte zwei Mal in Stockholm und Roskilde unter der Präsidentschaft von Jean-Paul Sartre. Anfang

der siebziger Jahre wurde ein »Russell-Tribunal« über die Militärdiktatur in Brasilien vorbereitet. Doch als es im Frühjahr 1974 seine Arbeit aufnehmen wollte, hatte gerade der blutige Militärputsch in Chile stattgefunden. Am Ende der drei Sitzungen des Tribunals in Rom und Brüssel schlug Lelio Basso die Einrichtung eines »Permanenten Tribunals der Völker« vor, gegründet auf einer allgemeinen Charta über die Rechte der Völker. Dies war die Geburtsstunde der »Basso-Tribunale«. Vgl. F. Rigaux: L'Autodeterminatione nelle Sentenze del Tribunale Permanente di Popoli, in: Fondazione Internazionale Lelio Basso per il Diritto e la Liberazione di Popoli, Tribunale Permanente di Popoli, Le Sentenze 1979-1998, cura e introduzione di G. Tognoni, Lecco 1998, S. 747-760.

3 Vgl. zur Idee und Geschichte der Basso-Tribunale vgl. G. Tognoni: Alle radici del Progetto TTP und F. Rigaux: L'autodeterminatione ..., a.a.O., S. I-XII und 747-760. In diesem Sammelband finden sich sämtliche Urteile des Permanenten Tribunals der Völker und eine Liste derjenigen, die an den Tribunalen mitgewirkt haben.

4 Vgl. dazu den Beitrag von Raffaele Piria in: UTOPIE kreativ, Nr. 102 (April 1999), S. 19-21.

5 Mitglieder der Jury waren: Elmar Altvater (Berlin), Samir Amin (Dakar), Perry Anderson (London), Carlo Basso (Mailand), Linda Bimbi (Rom), Monique Chemillier-Gendreau (Paris), Luiza

unterstützt werden. *Drittens* sollte mit der Preisfrage die Erinnerung an die politische Persönlichkeit Lelio Basso wachgehalten werden, nicht im Sinne einer Heldenverehrung, sondern um einen auch heute noch bedeutsamen Impuls der politischen Arbeit zu stärken: die kollektiv wahrzunehmende Verpflichtung gegenüber den Rechten der Menschen und der Völker.

Die Preisfrage in der international publizierten Ausschreibung<sup>4</sup> lautete: »Obwohl das »sozialistische« Regime des ehemaligen sowjetischen Ostblocks gescheitert ist, erscheinen die Frage der Alternativen zur globalen Herrschaft des Neoliberalismus und die Härten der Strukturanpassung erneut auf der Tagesordnung: Politische Krisen, bewaffnete Konflikte, soziale Ausgrenzung und die Umweltzerstörung gefährden das Überleben der Menschheit. Ist es möglich, sich eine demokratische und sozialistische Gesellschaft für das 21. Jahrhundert basierend auf den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts vorzustellen? Der Preis wird an schriftliche Arbeiten vergeben, die sich mit grundsätzlichen Aspekten theoretischer, strategischer und politischer Natur oder Reflexionen zu praktischen Politikerfahrungen befassen.«

Genau 150 Arbeiten aus aller Welt sind bei der international zusammengesetzten Jury<sup>5</sup> eingegangen. Sie spiegeln die Schwierigkeiten wider, mit denen eine kollektive Suche nach theoretischen und politischen Alternativen zur »pensée unique« des Neoliberalismus zu rechnen hat. Einige der eingereichten Arbeiten sind in den vergangenen Monaten in *UTOPIE kreativ* publiziert worden. Viele Arbeiten, auch solche, die den Preis nicht gewonnen haben, lohnen die Publikation, weil sie dazu beitragen, die kritische Reflexion zu beleben. Dies gilt auch für die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Aufsätze von Roberto Bugliani, Benedetta Calandra, Bamba Ka, Lev Kreft, Bertell Ollman und Tim Murphy. Sie sind Teil dessen, was Lelio Basso die »ricerca collettiva«, den kollektiven Forschungsprozeß nannte.

### *Kollektive Forschung als linkes Projekt*

Tatsächlich gibt es nach den Erfahrungen des »kurzen 20. Jahrhunderts«<sup>6</sup> von 1917 bis 1989 keine forsche Antwort auf die Frage nach der Möglichkeit einer sozialistischen Alternative zum vorherrschenden Modell von Marktregulierung und formaler Demokratie. Das ist keine Qualitätsfrage der intellektuellen Beiträge der Verfasser; schon die traditionelle Klassentheorie hat gezeigt, daß das Bewußtsein für Alternativen zur bestehenden Gesellschaft immer nur durch ein »besonderes Kombinat von theoretischen Überlegungen mit systematischer Führung in steten eigenen Tageskämpfen«<sup>7</sup> entsteht. Daß Alternativen immer den Nachteil haben, mit dem bestehenden und auch herrschenden Angebot erfolgreich konkurrieren zu müssen, liegt wegen der normativen Kraft des Faktischen in der Natur der Sache. Wegen der Schwierigkeiten, ökonomische und politische Alternativen in sich stimmig zu formulieren und ihnen obendrein die erforderliche Attraktivität zu vermitteln, wird auf die Suche danach häufig überhaupt verzichtet und mit dem Verzicht sogleich auch die historische Erinnerung an Idee und Praxis eines demokratischen Sozialismus verdrängt.

Oder Alternativen werden ästhetisiert und entpolitisiert<sup>8</sup>; in diese Richtung tendieren heutzutage nicht wenige der »postmodernen« Linken.

Wie Rosa Luxemburg, die Basso verehrte und mit der er sich in einer Reihe von Schriften auseinandergesetzt hat<sup>9</sup>, war er davon überzeugt, daß Sozialismus ohne Demokratie so unhaltbar sei wie eine demokratische Ordnung ohne soziale Verpflichtung<sup>10</sup>; diese wirkt »sozialisierend« und wird so zu einer Bedingung der Existenz einer sozialistischen Gesellschaft. Der Dreiklang »sozial«, »sozialisierend«, »sozialistisch« begleitet ein politisches Projekt, das Basso wie viele andere unabhängige Linke im Westen in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zu realisieren trachtete. Einfach stellte er sich die Realisierung niemals vor. Die Entwicklung einer sozialistischen Alternative (westlicher Prägung und unter den jeweils gegebenen historischen Verhältnissen) ist nach seiner Meinung das Resultat eines langen und nicht endenden kollektiven Prozesses der forschenden Suche (»ricerca collettiva«), der politischen Aktionen und ihrer Reflexion, eine weltweite Aufgabe für einzelne und Bewegungen, für Intellektuelle und politische Aktivist:innen. Die sozialistische Alternative wird also weder aus dem »sozialistischen Lager« in den Westen getragen, noch kann sie aus einem intellektuell ausgearbeiteten Programm deduziert werden. Alternativen entwickeln sich in einem, so würde es heute heißen, »diskursiven Prozeß«. Daran sind viele Menschen aus verschiedenen sozialen und politischen Kontexten beteiligt. Daher ist es verständlich und erklärlich, daß mehrere Teilnehmer am Basso-Wettbewerb sich mit der Zapatista-Bewegung in Chiapas auseinandersetzten, um Schlußfolgerungen für ihren jeweiligen politischen Kontext zu ziehen. Der Diskurs ist durch die Medien vermittelt und wird durch sie beeinflusst. Das Ergebnis des Diskurses steht nicht wie die Resolutionen auf einem Parteitag von vornherein fest.

Dieser Prozeß der forschenden Suche nach politischen Lösungen für anstehende Fragen findet spontan permanent statt, aber er kann auch systematisch gefördert werden. Lelio Basso versuchte ihn als »ricerca collettiva« zu organisieren, also mit Kongressen, Treffen, einer Zeitschrift (dem *International Socialist Journal*), die in den sechziger Jahren dreisprachig (italienisch, französisch, englisch) erschien und für die intellektuelle Bildung der europäischen Linken in dieser Zeit eine kaum zu überschätzende Bedeutung erlangte. Die Dreisprachigkeit war in jener Epoche bereits eine Sensation, ihre Offenheit für heterodoxe Positionen eine politische Herausforderung für die eher traditionellen Fraktionen der Linken, und dazu gehörten trotz eklatanter Unterschiede orthodoxe Kommunisten ebenso wie Trotzlisten oder sozialdemokratische Parteien. Die Zeitschrift mußte freilich eingestellt werden und die Versuche, noch in den achtziger Jahren ein *Basso International Research Network* (BIRN) aufzubauen, waren nicht von Erfolg gekrönt.<sup>11</sup>

Was Lelio Basso als kollektive Suche und Forschung (»ricerca« hat im Italienischen diese doppelte Bedeutung) in den sechziger und siebziger Jahren bezeichnete und mit großem Engagement und ebenso großer Kompetenz realisierte, wird heute eher als »Diskurs« und »Diskursgemeinschaft«, als »epistemic community«

Erundina (São Paulo), Pierre Galand (Brüssel), Eduardo Galeano (Montevideo), Pablo Gonzalez Casanova (Ciudad de Mexico), David Harvey (Baltimore), Eric Hobsbawm (London), Corinne Kumar (Bangalore), Makoto Oda (Nishinomiya), Leo Panitch (Toronto), Adolfo Perez Esquivel (Buenos Aires), Marco Revelli (Turin), François Rigaux (Brüssel), Stefano Rodotà (Rom).

6 E. Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Wien/München 1995.

7 W. Abendroth: Die Aufgabe der jungen Intelligenz im Klassenkampf, in: neue kritik 18, November 1963, S. 10f.

8 Vgl. K.M. Michel: Die sprachlose Intelligenz II, in: Kursbuch 4, Februar 1966, S. 204.

9 Vgl. L. Basso: Rosa Luxemburgs Dialektik der Revolution, Frankfurt/M. 1969; L. Basso: Gesellschaftsformation und Staatsform. Drei Aufsätze (mit einem Nachwort von Oskar Negt), Frankfurt/M. 1975.

10 Vgl. auch O. Negt: Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral, Frankfurt/M. 1976.

11 Auch der von der »eurosozialistischen Linken« unternommene Versuch, die vielen theoretischen und politischen Zeitschriften der europäischen Linken zu vernetzen, mußte Anfang der neunziger Jahre

aufgegeben werden. Möglicherweise bietet im neuen Jahrhundert das Internet neue Möglichkeiten der Vernetzung. Ansätze gibt es bereits – vgl. <http://www.linksnet.de>.

12 Vgl. dazu E. Altwater, B. Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, Münster 1999 (4. überarbeitete Auflage).

oder als »Netzwerk« bezeichnet. Es geht dabei weniger um politischen Machtgewinn, den traditionelle Parteien anstreben, als um die Überzeugung der anderen, um Hegemonie bei der Entwicklung von Begriffen, in der Gewißheit, daß in der langen Sicht die Macht ohne theoretische und moralische Fundierung ihre Ressourcen verzehrt und sich in Ohnmacht wandelt. Allerdings sind die Resultate der »ricerca collettiva« bisher unbefriedigend, auch weil die Netzwerke immer wieder auseinandergefallen sind. Die Schwierigkeiten, eine »ricerca collettiva« als politisches Projekt in Gang zu setzen, dürfen also nicht unterschätzt werden, schon gar nicht im neuen Jahrhundert. Denn die ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Bedingungen haben sich im Vergleich zu den sechziger und siebziger Jahren radikal gewandelt; daß dies mit der Globalisierung zu tun hat, sei hier nur angedeutet.<sup>12</sup> Der »Internationale Basso Preis« wurde in der Tradition der »ricerca collettiva« ausgeschrieben; er sollte also ein Projekt, das von Lelio Basso entwickelt worden ist, aufgreifen und unter neuen historischen Verhältnissen fortsetzen. Dabei zeigt es sich, daß Alternativen nicht gerade *en mode* sind.

### *Die Globalisierung frißt ihre Kinder*

Denn das herrschende Denken verteufelt Alternativen und verbannt sie mit dem stetigen Verweis auf externe »Sachzwänge« aus dem politischen Blickfeld, das von den Lichtgestalten der in den Medien hofierten Interpreten des Zeitgeistes ausgeleuchtet wird. Selbst die »Dritte-Weg«-Hudler in Großbritannien und hierzulande gehen auf Distanz gegen zu harsche Kritik am Fetisch Markt. Sie haben vor dem Markt kapituliert – immerhin »ehrevoll«, wie Norman Birnbaum großzügig attestiert (in seinem Kommentar in *El Pais*, Dezember 1999). Wo »die Märkte« das Sagen haben, wird dem Kritiker »silentium« verordnet. Dies mußte nicht zuletzt Oskar Lafontaine erfahren, der mit seinen Versuchen, Zielzonen für Wechselkurse festzulegen und eine koordinierte und konzertierte Zinssenkung in Europa durchzusetzen, »die Märkte« und die Öffentlichkeit derart herausgefordert hatte, daß er zum »gefährlichsten Mann Europas« in der britischen Presse avancierte.

Also ist es gar nicht so selbstverständlich, daß Alternativen zu einem Denken entwickelt werden, das sich in den letzten Jahrzehnten selbstbewußt und selbstsicher ein Monopol der Weltinterpretation anmaßt. Das Monopol entsteht durch Kontrolle der gateways internationaler Kommunikation, durch eine globalisierende Kollusion von Medien, Management und einer Operetten- oder Musicalökonomie, deren Interpreten inzwischen die nahezu unangefochtene Stellung von Hohepriestern der Ökonomie eingenommen haben. An US-amerikanischen Universitäten fließt fast ausschließlich der mainstream der neoklassischen Ökonomie vorbei. Wie wirkungsmächtig diese an das rational entscheidende und an die optimale Allokation von Faktoren durch den Markt und Wohlstandswachstum durch Freihandel glaubende ökonomische Schule ist, zeigt sich an den Studenten. Es gibt Departments of economics, wo 60 bis zu 100 Prozent der Studierenden aus dem Ausland kommen, zumeist aus Entwicklungsländern und mittel- und osteuropäischen Ländern



einschließlich Chinas. Großzügige Stipendienprogramme sind bei der Ausbreitung des »common wisdom« des Neoliberalismus behilflich. Auch Stiftungen, endowments, private und öffentliche policy institutes wirken bei der Ausbreitung und Absenkung neoliberalen Gedankenguts in der globalen Öffentlichkeit mit. Stiftungsprofessuren an Universitäten, mit den richtigen Leute besetzt, von diesen werden provokante Aufsätze in verbreitete Zeitschriften lanciert und daran eine Debatte geknüpft, die den zunächst akademischen Gedanken in die breitere und die Neuigkeit gierig aufnehmende Öffentlichkeit hebt – so etwa sind die Ideen vom »Ende der Geschichte«, von den »Schurkenstaaten« oder vom »Clash of Civilizations« globalisiert worden. Eindeutig ideologische Konzepte des herrschenden Diskurses werden mit der Würde akademischer Neutralität und wissenschaftlicher Innovation bedacht – und dienen doch nur der »Tina«-Botschaft Margret Thatchers: »There is no alternative«.

Weder die Schuldenkrise der achtziger Jahre mit ihren desaströsen Effekten in den meisten Ländern der Dritten Welt, noch die Mexiko-Krise 1994 oder die Asienkrise seit 1997 und die Rußlandkrise 1998 haben die Denkmuster grundsätzlich verändern und die Hohepriester des Neoliberalismus verunsichern können, auch wenn George Soros vor den Auswüchsen des globalisierten Kapitalismus warnt<sup>13</sup>, die er als »Obermanager« des »Quantum Fonds« (mit dem er 1993 die »Bank of England sprengte«) selbst (mit) zu verantworten hat. Diese zerknirschte Selbstkritik ist nicht mehr als ein kleines Fragezeichen hinter den tagtäglichen Husarenmeldungen über den Gang der Geschäfte. Und die laufen *in extremis*. Während die reale Weltwirtschaft 1999 um etwa zwei Prozent gewachsen ist, haben die Geldvermögen zweistellig zugenommen. Eine Manie ist am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Gange, die durchaus Ähnlichkeiten zu den Luftschlössern der Südsee- und Mississippispekulation nach 1720 oder zur Tulpenkrise in Holland wenige Jahrzehnte später aufweist. Allerdings bricht die Einheitlichkeit des eindimensionalen Denkens auf. Der IWF ist von der akademischen Zunft wegen seiner desaströsen Politik in Asien heftig kritisiert worden; angesichts des Artentodes der »asiatischen Tiger« wurde einigen der Hohepriester mulmig zumute. Tatsächlich haben die traditionellen Maßnahmenpakete (Reduktion des Staatsdefizits, Abwertung der Währung, Einschränkung der Massennachfrage, Privatisierung öffentlicher Werte etc.) die Krise offensichtlich und unnötig verschärft.<sup>14</sup>

Daß der Vergesellschaftungsmodus in Zeiten der Globalisierung sich immer mehr nach der Logik des Geldes und nicht nach derjenigen der Arbeit richtet, kann jeder Zeitungsleser, Radiohörer und Fernsehzuschauer feststellen; er wird rund um die Uhr über Börsenkurse und Goldpreis, über Wechselkurse und Zinssätze informiert. Die Manie ist bis in die Kinderzimmer und Küchen vorgedrungen, wo der jüngere Nachwuchs sich im »day-trading« übt und beim Zubereiten von Essen mal schnell Papiere via Internet gekauft und verkauft werden. Die Wirtschaft reduziert sich in dieser Welt der herrschenden Wahrnehmungen auf das Börsengeschehen, und als Kommentatoren der ökonomischen Tendenzen tun sich abgefäimte

13 Vgl. G. Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr, Berlin 1998; G. Soros: Hacia una sociedad abierta global, in: El País, 23. Dezember 1997.

14 Vgl. H. Dieter: Die Asienkrise. Ursachen, Konsequenzen und die Rolle des Internationalen Währungsfonds, Marburg 1998; J. Huffs Schmid: Politische Ökonomie der Finanzen, Hamburg 1999.

15 K. Marx: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin 1970, S. 783.

16 Dies näher begründen zu wollen, würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen – vgl. grundsätzlich zum Zusammenhang von Wert und Geld: M. Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert. Die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition, Hamburg 1991; zur Frage von Arbeits- und Geldgesellschaft E. Altvater, B. Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung ..., a.a.O.; H. Ganßmann: Geld und Arbeit, Frankfurt/New York 1996.

17 Vgl. N. Luhmann: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt/M. 1987.

18 Vgl. J. M. Keynes: The General Theory of Employment, Interest and Money, London/Melbourne/Toronto 1964, vor allem das 17. Kapitel.

Börsenjobber hervor, für die Wirtschaft ein Fremdwort ist, sofern es nicht mit »Kursbewegungen« übersetzt wird. Kritiker dieser »Bankokratie«<sup>15</sup> kommen nicht zu Wort oder haben resigniert die Wortmeldung zurückgezogen, da sowieso niemand zuhört oder weil sie merken, daß sie das Marktgeschrei der Börsianer nicht übertönen können. Der Fetischismus, den Marx an der einzelnen Ware festmachte, bezieht sich heute auf »die Märkte«, und dabei vor allem auf die Geld- und Finanzmärkte, die subjektiviert, von den Hohepriestern der ökonomischen Lehre ehrfurchtsvoll wie Gottheiten angesprochen und zur Verehrung durch das ordinäre Publikum bereitet werden.

Die fetischhafte Berichterstattung über Geld und Börsen gab es selbst vor zehn Jahren noch nicht. Der rasante Wandel, der sich in der Welt der Wahrnehmungen vollzogen hat, ist ohne Zweifel eine Folge der Finanzinnovationen, der Deregulierung und Globalisierung. Arbeit ist lokal gebunden, mehr oder weniger bodenständig; Geld hingegen kennt keine Heimat, es durchschweift den globalen Raum, seitdem dies nach der Aufhebung nahezu aller Beschränkungen des Kapitalverkehrs möglich wurde. Geld steuert den Vergesellschaftungsmodus mehr als die Arbeit, obwohl doch in einer kapitalistischen Gesellschaft Arbeit und Geld gleichermaßen für Wert, Verwertung und Akkumulation verantwortlich sind.<sup>16</sup> Daß die Wirtschaft Arbeit und Produktion einschließt, ist nicht erst seit Luhmann, der die Wirtschaft auf den Zahlungsverkehr zwischen Akteuren reduziert,<sup>17</sup> strittig, sondern angesichts der neoliberalen Aufforderung des »*Enrichissez-vous*« bei Geldgeschäften eine veraltete und uninteressante Erzählung. Arbeit ist, sofern sie Energie- und Stoffdurchsätze intelligent gestaltet, viel zu langsam im Vergleich mit den »Arbeiten« zur Ausnutzung von Preis-, Zins- und Kursdifferenzialen, und sie belastet darüber hinaus das gute Gewissen der Börsenjobber bei ihrer Schnäppchenjagd (nach Millionen und Milliarden), da Arbeit immer und notwendig moralische Standards tradiert. Arbeit hält die Erinnerung an die moralische Ökonomie wach, der Luhmann in seinem systemtheoretischen Wahngelände und die Börsenjobber im praktischen Umgang mit dem Zahlungsmittel den Garaus machen (wollen).

Dabei wird freilich die Keynes'sche Botschaft vergessen, daß durch das Geld Unsicherheit und Instabilitäten begründet werden und daß diese sich zu Krisen verschärfen, die nicht auf die finanzielle Sphäre begrenzt bleiben.<sup>18</sup> Dies ist eine bittere Erfahrung, die die Menschen in Asien, Lateinamerika, Rußland in den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts haben machen müssen. Was als regionale Finanzkrise in Asien und Rußland begonnen hat, stellt sich als weltweite Überakkumulationskrise des Kapitals heraus. Die Profitraten bzw. die Rentabilitäten des Kapitals und die (realen) Wachstumsraten des Sozialprodukts reichen an die (realen) Zinssätze schon seit Jahren nicht heran. Daher findet ein extremer Umverteilungsprozeß aus der Substanz der Schuldner an die Gläubiger, vor allem an die Banken der Industrieländer und die Investmentfonds statt. Die Konsequenz ist die allenthalben beklagte wachsende Ungleichheit zwischen armen, elenden Massen in vielen Weltregionen und einem nachgerade obszönen Reichtum in den



geschlossenen Clubs der Geldelite. Die Konsequenzen sind auch in den Industrieländern zu verspüren, als Preisverfall der Produkte, als Schrumpfung von Märkten und als Verschärfung der Konkurrenz, vor allem aus den von der Finanzkrise betroffenen Ländern. So wirkt sich das als spannendes Börsenspiel erscheinende und in den Medien so dargestellte Finanzgeschehen direkt auf die Arbeit, die Arbeitseinkommen und die Lebensbedingungen derjenigen aus, die von Arbeit abhängig sind, und das ist noch immer die große Mehrheit der Weltbevölkerung.

Von wegen »Zahlen und Nicht-zahlen« (Luhmann) als Wesensbestimmung der Wirtschaft, die Globalisierung frißt ihre Kinder, die überlebensnotwendigen Mechanismen der »Beißhemmung« (Negt) sind bei den feinen Geldvermögensbesitzern ausgeschaltet.

Schon die Dramatik der kapitalistischen Krise ist Grund genug, um die Frage nach möglichen Alternativen zu einer Ordnung, die auf einen schweren Konflikt zusteuert, auf die politische Agenda zu setzen. Allerdings wird die Frage nach Alternativen dadurch kompliziert, daß im Zuge der Globalisierung der umgrenzte territoriale Raum von Solidarbeziehungen und demokratischer Partizipation aufgelöst wird. Bislang konnten etwa Vorschläge »alternativer Wirtschaftspolitik« (unter anderem von der Memorandumgruppe<sup>19</sup>) eindeutig für die je nationale Wirtschaft (West)Deutschlands entwickelt werden. Adressaten waren und sind die nationale Regierung und die sozialen Akteure (Bundesbank, Arbeitgeber, Gewerkschaften) im nationalen Raum. Diese Beschränkung (und Konzentration) des alternativen Denkens auf die »Nationalökonomie« ist heute nicht mehr möglich; Alternativen müssen die globale, nationale, regionale etc. Ebene mit höchst unterschiedlichen Akteuren einbeziehen, um Probleme zu identifizieren und Lösungsvorschläge in sich konsistent zu präsentieren. Die Übersichtlichkeit des nationalstaatlichen Raums ist in Zeiten der Globalisierung passé. Dies zeigt sich bereits, wenn ein Memorandum alternativer Wirtschaftspolitik in der und für die Europäische Union formuliert wird.<sup>20</sup> Es sind sowohl praktisch-politische als auch beträchtliche theoretische Probleme aufgeworfen. Leider haben sich mit dieser Dimension der Entwicklung alternativer Vorschläge nur wenige Arbeiten, die auf die »Preisfrage« eine Antwort suchten, auseinandergesetzt.<sup>21</sup>

Im herrschenden neoliberalen Denken ist der Triumph des Marktes als »Ende der Geschichte« interpretiert worden. Schon Cournot hat dieses Ende als ein allgemeines Gleichgewicht interpretiert, auf das der Markt mit seiner ausgleichenden Wirkung hintendiere.<sup>22</sup> Eine Marktökonomie kann demnach die Entropie bis zum Stillstand des Systems (»Ende der Geschichte«) steigern.<sup>23</sup> Dem Entropieanstieg der realen Ökonomie entspricht auf der Ebene ökonomischer Diskurse, daß die Verschiedenheit von Interpretationen der sozioökonomischen Entwicklung durch die Langeweile des »eindimensionalen Denkens« (*pensée unique*) abgelöst wird. Einfalt obsiegt über Vielfalt. Dies könnte eine Angelegenheit der Ästhetik sein, die unter dem Anstieg der Entropie ganz zweifellos leidet; doch es geht dabei auch um soziale und politische Interessen. »Entropieresistenz«, von der Ernest Gellner in anderem Zusammenhang spricht<sup>24</sup>, äußert sich also in der Suche nach Alternativen. Doch

19 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '98. Bewegung in Europa, Blockade in Deutschland – Kurswechsel für Beschäftigung, Köln. Das »Memorandum« erscheint seit Mitte der siebziger Jahre jährlich.

20 Vgl. European Economists for an Alternative Economic Policy in Europe: Full Employment, Social Cohesion and Equity for Europe – Alternative to Competitive Austerity, Manuskript Universität Bremen 1998. Die Arbeit des Netzwerks der »European Economists« ist durch einen der beiden Baso-Preise gewürdigt worden.

21 Eine Ausnahme ist die Arbeit von John Wiseman, die von der Jury prämiert worden ist: J. Wiseman: Alternatives to oppressive globalisation? Thinking and acting strategically at global, regional, local and national levels; vgl. auch J. Wiseman: Global Nation? Australia and the politics of globalisation, Cambridge/New York/Melbourne.

22 Vgl. dazu P. Anderson: A Zone of Engagement, London/New York.

23 Dem würde von Hayek zwar widersprechen, da er den Wettbewerb für das beste aller möglichen »Entdeckungsverfahren« hält (vgl. F. A. von Hayek: Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, Vortrag im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kieler Vorträge, Folge 56, Kiel 1968). Aber im Gleichgewicht gibt es nichts mehr zu entdecken, da alle saturiert sind und keine Veranlassung haben, ihre Pläne zu ändern.

24 Vgl. E. Gellner: Nationalismus und Moderne, Berlin 1991.

25 Wie leicht der Versuch, Alternativen zu denken, sich der Lächerlichkeit preisgeben kann, zeigt unnachahmlich das »Gespräch über die Zukunft« zwischen Hans Magnus Enzensberger, Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Christian Semler im *Kursbuch 14* vom August 1968. Nicht nur lächerlich, sondern ärgerlich ist der Sachverhalt, daß Rabehl seinen damaligen linksradikalen Unfug gedankenlos in rechtslastigen Unfug überführt und sich wieder der publizistischen Aufmerksamkeit gewiß sein kann – vgl. das Gespräch zwischen Rabehl, Mattenklott und Schröder in: Der Tagesspiegel, 2. Dezember 1998.

26 Dies betrifft die Art des Zitierens, der Textenteilung, der Herstellung von Bezügen, die den Autor (die Autorin) in einer epistemic community verorten, bis hin zu formalen Standards, die durch das jeweilige Textverarbeitungsprogramm gesetzt werden. Es ist kein Zufall, daß die Texte aus Afrika diese Standards nicht beachten. Zum Teil liegt dies daran, daß die meisten eingereichten Texte nicht mit einem PC, sondern mit traditioneller Schreibmaschine verschriftlicht wurden, zum Teil aber dürfte dies mit einer spezifischen Kultur der Auseinandersetzung um Alternativen zu tun haben. Die Frage, wie in unterschiedlichen Kulturkreisen über politische Alternativen zu einer unerträglichen Lage nachgedacht und kollektiv debattiert wird und wie die Resultate dann individuell zu Papier gebracht werden, ist in der Ausschreibung zu wenig berücksichtigt worden.

dagegen sind Barrieren errichtet. In der Welt der neoliberalen Geldgesellschaft ist Arbeit nicht nur aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt, die Artikulation von Interessen der Arbeit stößt auf Schwierigkeiten. Auch Arbeiter sind dem verführerischen Charme des Besitzes von Geldvermögen ausgesetzt, zumal ihnen angesichts eingeschränkter Leistungen des Sozialstaats kaum eine Alternative bleibt. Dies erfahren die Gewerkschaften überall in der Welt, die mit dem Dilemma der sich verändernden Grundlage von Solidarität konfrontiert sind und im politischen Diskurs marginalisiert werden. Dies kommt auch im Wettbewerb um den Basso-Preis zum Ausdruck: mit den Gewerkschaften als Akteuren in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen beschäftigt sich unter den 150 eingegangenen Arbeiten nur eine, und zwar in traditioneller, akademischer Weise, indem anhand von Fallstudien grenzüberschreitende gewerkschaftliche Kooperation in Europa untersucht wird.

#### *Der »globale Gesellschaftsvertrag« als Alternative zum neoliberalen Markt?*

Bis zum Einsendeschluß (im Juli 1998) wurden also 150 Arbeiten aus aller Welt in den vier zugelassenen Sprachen (englisch, italienisch, spanisch, französisch) eingereicht, die eine Antwort auf die oben zitierten Fragen versuchten. Darunter waren viele Texte, die weder in kollektiven Prozessen entstanden waren noch sich dafür eigneten. Sie waren mehr oder weniger sympathisch »versponnen« oder in schlechtem, also in abstraktem Sinne utopisch und nicht im Sinne Ernst Blochs »konkret«, d.h. darum bemüht, die überschießenden Potentiale der gegenwärtigen Gesellschaft ausfindig zu machen und für emanzipatorische Zwecke zu verwenden.<sup>25</sup> Versponnenheit ist keineswegs immer ein Zeichen für Abwegigkeit, sondern Ausdruck dafür, daß die Stromlinienförmigkeit des herrschenden Denkens in manchmal hilfloser Weise nicht akzeptiert und konterkariert wird.

Und trotz dieser Unterschiede endet eine Sichtung der verbleibenden Arbeiten doch mit einer Überraschung. Die Globalisierung hat offensichtlich auch bei den Debatten über Alternativen in den Weltregionen, Ländern, Kulturkreisen, »epistemic communities«, politischen Richtungen in grotesker Weise vereinheitlichend gewirkt. Die »pensée unique« hat auch die Alternativen ergriffen. Nicht nur, daß die Gewerkschaften als Akteure im weltweiten alternativen Diskurs kaum noch präsent sind; nicht nur, daß sich die akademischen Standards in fast allen Arbeiten aus allen Weltregionen gleichen;<sup>26</sup> nicht nur, daß die Marxsche Theorie eher beiläufig erwähnt oder »postmodern« re-interpretiert oder aber trotz dem Neoliberalismus, zumeist in höchst traditioneller Ausformung (erstaunlicherweise in den Beiträgen aus Mittel- und Osteuropa), entgegengehalten wird; nicht nur, daß Umweltprobleme entweder ignoriert oder aber als bereits präsente Katastrophe aufgebaut oder romantisch verkitscht dargestellt werden – der wichtigste gemeinsame Bezug für die Debatte über Alternativen ist *Le Monde Diplomatique*. Denn diese Zeitschrift erscheint inzwischen in allen wichtigen Weltsprachen und wird folglich überall gelesen. *Le Monde*

*Diplomatique* (LMD) hat die Auseinandersetzung mit der Ideologie des Neoliberalismus und mit der Realität der kapitalistischen Globalisierung zum zentralen Anliegen erhoben, und daher ist es nicht verwunderlich, wenn die Einschätzungen von LMD die gemeinsame Sprache liefern, mit der die Verständigung über Neoliberalismus und Globalisierung und über die notwendigen Alternativen erfolgt. LMD hat viele fakten- und gedankenreiche Analysen publiziert, die den hohen Wert der Zeitschrift bestimmen. Doch ist das ausreichend?

Auch in vielen Zuschriften zum Preisausschreiben findet sich die LMD-spezifische Spaltung in kritisch-überzeugende Analyse einzelner Aspekte und Tendenzen der Globalisierung (im weitesten Sinne) und in politische Alternativvorschläge, die sie dem ökonomischen (Welt)Markt den politischen (globalen) Gesellschaftsvertrag entgegensetzen. Dafür plädieren Riccardo Petrella,<sup>27</sup> Ignacio Ramonet,<sup>28</sup> die Gruppe von Lissabon,<sup>29</sup> der Petrella vorsteht, und viele, viele andere, zu denen sich inzwischen auch, aus dem anderen »Lager« kommend, der bereits zitierte George Soros hinzugesellt. Auch er will den globalen Gesellschaftsvertrag für eine »freie und offene« Gesellschaft, da selbst ihm seine Art von Kapitalismus inzwischen Angst bereitet.

Aber kann ein globaler Gesellschaftsvertrag überhaupt eine Lösung sein? Es ist hier weniger von Bedeutung, daß die harte Analyse der neoliberalen Zustände durch eine normative Begründung des globalen Gesellschaftsvertrags aufgeweicht werden könnte. Wichtiger ist eine Reflexion des Status des globalen Gesellschaftsvertrags im theoretischen und politischen Diskurs. Die Idee des Gesellschaftsvertrags entstand im frühen Bürgertum, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht mehr durch eine göttlich »prästabilisierte« oder autoritär durch die alten feudalen Mächte oktroyierte Ordnung hergestellert wissen wollte, sondern durch selbstbewußte Aktion seiner selbst. Das war ein gewaltiger theoretischer Fortschritt, der eine politische Revolution begleitete. Adam Smith hat jedoch auf die Mängel der Vertragstheorien aufmerksam gemacht, als er zeigte, daß die moderne Vergesellschaftung nicht durch Vertrag, der immer wieder erneuert werden muß, zustandekommt, sondern durch den abstrakt-allgemeinen Mechanismus des Marktes. Die Individuen sind schon vergesellschaftet, bevor sie sich dessen bewußt werden: als Konsumenten, als Produkthanbieter, als Geldvermögens- und als Arbeitskraftbesitzer.<sup>30</sup> Marx hat gezeigt, wie dieser Vergesellschaftungsmechanismus, basierend auf der Substanz der Arbeit und in Bewegung gehalten durch die Form des Geldes, funktioniert: Er löst in der Tendenz alle traditionellen Bindungen auf, führt zu der von Karl Polanyi beschriebenen »Entbettung der Marktwirtschaft« aus den gesellschaftlichen Verhältnissen,<sup>31</sup> bringt aber unbedingt die später von Keynes hervorgehobenen finanziellen Instabilitäten hervor und löst »kleine« konjunkturelle und »große« strukturelle Krisen aus.

In einer »großen Krise« befinden wir uns heute, daran wird in der kritischen Literatur nirgendwo gezweifelt. LMD hat allergrößte Verdienste wegen der schonungslosen, gedankenreichen und tief-schürfenden Analyse von Einzelaspekten dieser Krise. Kann der

27 Vgl. R. Petrella: Wider eine Gesellschaft, in der alles privatisiert ist, in: Frankfurter Rundschau, Dokumentation, 26. November 1998.

28 Vgl. I. Ramonet in vielen seiner Leitartikel auf der ersten Seite von LMD, z. B. in LMD vom 15. Januar 1999 unter dem Titel »Gesellschaftsvertrag 2000«.

29 Vgl. Die Gruppe von Lissabon: Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit, Neuwied 1997.

30 Vgl. E. Altvater: Die prästabilisierte Harmonie, die unsichtbare Hand und die moderne Globalisierung, Festvortrag auf dem Leibniz-Tag 1998 der Leibniz-Sozietät e.V., in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 23, Jahrgang 1998, Heft 4, S. 5-38.

31 Vgl. K. Polanyi: The Great Transformation, Frankfurt/M. 1978.

32 Rousseau konnte sich das Feld, auf dem seine »volonté générale« Ausdruck findet, nur in einer überschaubaren Polis, höchstens für Korsika vorstellen; nach K.M. Michel: Die sprachlose Intelligenz I, in: Kursbuch 1, Juni 1965, S. 76.

33 Nach K.M. Michel: Die sprachlose Intelligenz ..., a.a.O., S. 77.

Eine kürzere Version dieses Artikels, mit dem »UTOPIE kreativ« die Veröffentlichung von Arbeiten zum *Lelio Basso Preis 1998* abschließt, ist 1999 erschienen als »Die Preisfrage oder: Schwierigkeiten mit der neoliberalen »pensée unique««, in: W. Lenk, M. Rumpf, L. Hieber (Hg.): *Kritische Theorie und politischer Eingriff*, Festschrift für Oskar Negt, Hannover, S. 357-368.

In UTOPIE kreativ wurden seit April 1999 folgende Arbeiten zum Wettbewerb um den Lelio Basso Preis veröffentlicht:

BENEDETTA CALANDRA:  
Gemeinwirtschaftliche Organisationen in Chile (in: Nr. 102, April, S. 22-36) – Calandra schreibt über Entstehung, Entwicklung und Grenzen von Kleinstunternehmen des informellen Sektors in Santiago de Chile.

BERTELL OLLMAN:  
Dialektik – warum gerade jetzt? (in: Nr. 103/104, Mai/Juni, S. 31-43) – Ollman beschreibt, wie Dialektik die historische Dynamik zu erfassen vermag. Der Artikel verknüpft Vergangenheit mit Zukunft und präsentiert so eine historische Zeitschiene, die im herrschenden Denken allenfalls als Abstellgleis noch existiert.

LEV KREFT:  
Kultur, Nationalismus, Nation – oder das Gespenst mißlingender Modernisierung in Slowenien (in: Nr. 106, August, S. 25-43) – Kreft beschreibt am Beispiel Sloweniens, wie der Nationalismus in Jugoslawien ab den siebziger Jahren zur beherrschenden Ideologie avancieren konnte. Die

Analyse der Krisentendenzen des marktwirtschaftlichen Vergesellschaftungsmechanismus aber eine normative Volte zur vertragstheoretischen Begründung von Vergesellschaftung als Alternative folgen? Ist dies nicht eher Reminiszenz als analytisches Ergebnis, hat hier nicht intellektuelle Verzagtheit eine Rolle gespielt, die möglicherweise in einer »ricerca collettiva« hätte vermieden werden können? Es fehlt in Zeiten der Globalisierung schon die Überschaubarkeit des Ensembles der Vertragspartner;<sup>32</sup> und weder Netzwerke der »global governance« noch das Institutionensystem der UNO kann dieses ersetzen oder dafür ein Forum bieten. Dies verhindern schon die USA, die realpolitisch ihre »unipolare« Überlegenheit – wie im Nahen Osten oder auf dem Balkan – brutal ausnutzen und die Menschenrechte und Rechte der Völker mit Füßen treten. Das ist freilich eine extrem schlechte Voraussetzung für eine globale »deliberative« Demokratie und für Abschluß und Geltung von globalen Gesellschaftsverträgen, zumal hier mehr als 200 Jahre später eine Erkenntnis von Babeuf zu beachten ist: »Der Einfluß der Vernunft ist sehr groß, sehr mächtig auf diejenigen, die fähig sind zu denken und zu urteilen. Der Einfluß der Gewohnheit jedoch ist um vieles stärker und bei der Mehrheit viel mächtiger... Es ist unmöglich, die Massen mit Hilfe der Vernunft zu führen.«<sup>33</sup> Von der Aufklärung über Alternativen darf also nicht zu viel erwartet werden. Wunder gibt es nicht. Daher ist die Idee vom globalen Gesellschaftsvertrag sympathisch, aber nicht realistisch.

Wenn denn die »große« gesellschaftsvertragliche Lösung der durch Globalisierung und Neoliberalismus aufgeworfenen Probleme an der politischen und ökonomischen Realität scheitern muß, bleiben erstens abstrakte Modelle, zweitens exemplarische revolutionäre Bewegungen, drittens eher technische Lösungsvorschläge oder viertens »reformistische« Alternativen »mittlerer« Reichweite und kleiner Lebensräume. So lange die Revolution als Alternative noch denkbar ist, sollte sie auch möglich sein, lautet die emphatische These der ersten Gruppe von Alternativen.

Das ist freilich nicht sehr ernst zu nehmen, im Unterschied zu den häufigen Verweisen auf revolutionäre Bewegungen der jüngeren Zeit. Eine Reihe von Arbeiten zur »Preisfrage« beschäftigt sich mit der Bewegung der Zapatistas, analysiert deren Selbstverständnis als einer Bewegung gegen den Neoliberalismus und stellt sie daher in den globalen Kontext, so wie es Subcommandante Marcos auch getan hat. Die innermexikanische politische Bedeutung der Bewegung der Zapatistas und die Wellenschläge in anderen Weltregionen sind nicht zu unterschätzen. Doch enthüllt die nüchterne Analyse sehr bald die Schwierigkeiten einer Übertragung der Erfahrungen aus dem lakonischen Wald in die urbanen Regionen Nordamerikas oder Westeuropas – trotz des Zusammenhangs, der wegen der realen ökonomischen und ideologischen Globalisierung existiert. Die Interpretationen der Revolte von Chiapas greifen daher nicht selten zurück auf die Lehren aus der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung, auf die kulturalistischen Analysen von Raymond Williams, in denen nicht allein die ökonomische Lage, sondern Würde und deren Verletzung Anlaß zur Revolte gibt. Das hatte im übrigen auch B. Traven in seinen Romanen und



Erzählungen aus Mexiko, »Regierung«, die »Rebellion der Gehenkten« oder »Land des Frühlings«, eindrucksvoll beschrieben – allerdings vor mehr als 60 Jahren.

Zu den technischen Alternativen gehören die Vorschläge zur Errichtung der fahrradgerechten Stadt, zur Förderung des Mikrokredits oder des »fair trade«, um im Meer des globalen Freihandels Inseln der Gerechtigkeit zu bauen, oder eine alternative Drogenpolitik auf kommunaler Ebene. Diese Vorschläge, so sinnvoll sie im einzelnen sind, haben den Mangel gemeinsam, daß eine gesamtgesellschaftliche oder gar globale Perspektive gar nicht erst versucht wird.

Davon heben sich die Alternativen mittlerer Reichweite ab. Damit beschäftigt sich auch LMD und daher rekurren einige Teilnehmer am Basso-Wettbewerb auf die dortigen Analysen. Im Prinzip geht es darum, dem globalen System Regeln zu geben, wenn es schon nicht grundlegend geändert werden kann. Soziale und ökologische Klauseln im Welthandels- und Finanzsystem könnten besser als »codes of conduct«, die aber wegen der Involviertheit von Nicht-Regierungsorganisationen von einigen präferiert werden, auf globaler Ebene den Abbau nationalstaatlicher Kontrollmöglichkeiten kontrollieren. Denn international vereinbarte Klauseln hätten anders als »codes of conduct« den Vorteil, erzwingbares Recht (law enforcement mechanisms) zu sein. Die Kampagne gegen die nahezu vollständige Beseitigung nationalstaatlicher Kontrollen von transnationalen Konzernen, die das »multilateral agreement on investment« (MAI) vorsah, ist erfolgreich gewesen und zeigt, daß Verteidigungsstellungen gegen die entrechtenden Übergriffe der Globalisierung erfolgreich sein können. Auch das Scheitern der WTO-Konferenz von Seattle kann so interpretiert werden.

Der Erfolg muß aber letztlich der »ricerca collettiva«, also den vielen Organisationen und einzelnen Gruppen zugeschrieben werden, die über das Internet in allen Weltregionen gegen das MAI mobilisiert haben und zum ersten Mal offenkundig machen konnten, daß der Globalisierung soziale und politische Grenzen gesetzt werden können. Alternativen, dies ist eine Lehre, entstehen also nicht in erster Linie als Folge ingenieurer Eingebungen, sondern in einem komplexen Prozeß der Produktion von Wissen aus Erfahrungen, kollektiver Reflexion, theoretischer Arbeit. Dies ist auch die Schlußfolgerung der Preisträgerin Janet Conway, die diesen Prozeß am Beispiel eines Netzwerks von sozialen Bewegungen in Toronto, Kanada, analysierte. Auch das Netzwerk alternativer Ökonomen in Europa verweist auf die Bedeutung der kollektiven Anstrengung in der Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Projekt. »*Affermare il proteo*«, das Ungeheuer der neoliberalen Globalisierung muß gezähmt werden – in einem sicherlich langwierigen und konfliktreichen Prozeß. Es ist nicht möglich, es aus der Welt zu schaffen. Auch wenn George Soros, der natürlich über unendlich größere Finanzmittel als die Basso-Stiftungen verfügt, einen Preis mit Millionen oder Milliarden US-Dollar dotieren würde, er könnte keine besseren Antworten auf die Preisfrage des *Internationalen Lelio Basso Preises* bekommen.

frustrierende Modernisierung gab dem Nationalismus einen Raum, den er sonst nicht gehabt hätte. Im Sog der Globalisierung bot der Rekurs auf nationale Ideologeme einen gewissen Halt.

BAMBA KA:

Afrika – zwischen westlichen Demokratiemodellen und demokratischer Selbstbestimmung (in: Nr. 108, Oktober, S. 67-72) – Ka verweist auf die widersprüchlichen Wirkungen der von außen forcierten Durchsetzung westlich-demokratischer Strukturen auf die Gesellschaften in Afrika. Der *pensée unique* des Neoliberalismus entspricht ein ähnlich uniformer Demokratisierungsdruck, der sich allein am Modell westlicher Konkurrenzdemokratie ausrichtet. Notwendig wäre eine Demokratisierung, die international anerkannte Normen mit regionalen Traditionen schöpferisch verbindet.

ROBERTO BUGLIANI:

Für eine neue Dialektik im Kampf gegen den Neoliberalismus (in: Nr. 109/110, November/Dezember, S. 83-91) – Er reflektiert kritisch den neoliberalen Globalisierungsdiskurs anhand der Erfahrungen und Theorien der Bewegung der Zapatistas.

TIM MURPHY:

Drogenpolitik und die Linke (in: Nr. 111, Januar 2000, S. 57-69) – Murphy betont die Notwendigkeit der »gesellschaftlichen« Regulation des Drogenkonsums. Verbote allein nutzen nichts, aber auch eine libertäre Freigabe der Drogen ist keine tragfähige Lösung.

## GREGOR SCHIRMER

# Die Charta der Vereinten Nationen und die PDS. Eine Betrachtung zum Kapitel VII aus völkerrechtlicher Sicht

Unter dem Titel »Die Charta der Vereinten Nationen und die PDS« schrieben Lothar Bisky und Gregor Gysi im November 1999 einen Brief an die Mitglieder der PDS.<sup>1</sup> In dem durch einen Beschluß der PDS-Bundestagsfraktion<sup>2</sup> und einen Folgebeschluß des Parteivorstands<sup>3</sup> ausgelösten Streit über Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen wollen die beiden Vorsitzenden klarstellen, »worüber gestritten wird, worin wir uns einig sind und wo es eine Differenz gibt«. Einig seien wir uns »im antimilitaristischen Charakter unserer Partei«, darunter in der »Ablehnung von Krieg als Mittel der Politik und von internationalen Einsätzen der Bundeswehr«. Diese Übereinstimmung ist in der Tat außerordentlich wichtig.

Die Absender des Briefes meinen, die Differenz liege woanders, nämlich in der Haltung zur Charta der Vereinten Nationen. Sie stellen fest, daß es »unsere Aufgabe ist, die Charta und die UNO zu verteidigen und gleichzeitig deren demokratische Reform einzufordern«. »Es geht um die Charta, nicht um Krieg oder Frieden, diesbezüglich hat die PDS klar entschieden.« Hauptsächlich geht der Streit jedoch um einen Satz aus dem Beschluß der Fraktion: »Wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen das Kapitel VII durch Beschluß anwendet, werden wir in jedem Einzelfall prüfen, ob der Beschluß der Charta entspricht, verhältnismäßig erscheint und politisch und moralisch auch im Detail akzeptiert werden kann oder abgelehnt werden muß.« Bleiben wir zunächst bei der Charta.<sup>4</sup> Dazu hat sich die PDS anläßlich des 50. Gründungstages der Vereinten Nationen 1996 durch eine Erklärung des Parteivorstands ausführlich positioniert.<sup>5</sup>

Selbstverständlich muß die Charta verteidigt werden, gerade wegen zahlreicher Verletzungen, Mißbräuche und Versuche, sie auszuhebeln und auf den Müllhaufen unwirksamer Gesetzestexte zu werfen. Ihr Inkrafttreten vor 55 Jahren hat eine Revolution im Völkerrecht bewirkt. In den Art. 1 und 2 der Charta sind friedensorientierte und demokratische Ziele und Grundsätze verankert, die nicht nur unverbindliche politische Postulate darstellen, sondern rechtsverbindliche Normen von höchster Autorität und vom Charakter zwingenden, nicht abdingbaren Rechts sind. Als erstes Ziel ist in Art. 1 formuliert, »den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten und Situationen, die

Gregor Schirmer – Jg. 1932, Prof. Dr. sc. jur., Völkerrechtler. In der DDR wissenschaftliche Arbeit an den Universitäten Berlin und Jena, stellvertretender Hochschulminister, stellvertretender Abteilungsleiter des ZK der SED, seit 1996 Mitarbeiter in der Bundestagsfraktion der PDS.

1 Disput 11/99, S. 3.

2 reinblick 12/99, S. 11.

3 PDS-Pressedienst Nr. 14/99, S. 2.

4 Wer sich näher über die VN und ihre Charta informieren will, sei verwiesen auf Günther Unser: Die UNO. Aufgaben und Strukturen der Vereinten Nationen, 6. Auflage, München 1997 und Franz Cede, Lilly Sucharipa-Behrmann (Hrsg.): Die Vereinten Nationen: Recht und Praxis, Wien/Mainz 1999.

zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen«. Zu diesen Grundsätzen gehören das Gewaltverbot, das Prinzip der friedlichen Streitbeilegung, das Prinzip der Nichteinmischung, das Gebot der friedlichen Zusammenarbeit, das Selbstbestimmungsrecht und die Gleichberechtigung der Völker und das Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten. Es muß ebenso selbstverständlich eine demokratische Reform der Vereinten Nationen eingefordert werden. Dazu enthält die erwähnte Erklärung des Parteivorstands der PDS konstruktive Vorschläge und Ideen. Reformforderungen setzen eine kritische Position zu einzelnen Teilen der Charta voraus, sonst wären sie ja unnötig. Bis zu einer Änderung ist die Charta natürlich in allen ihren Teilen verbindlich.

Bei alledem muß jedoch beachtet werden, daß die Charta keinen Weltstaat konstituiert hat. In den Vereinten Nationen gibt es kein Weltparlament, keine Weltexekutive und keine Weltjudikative. Sie sind eine Organisation selbständiger Staaten. Was sie bewirken, hängt vom politischen Willen der Mitglieder ab. Gegenwärtig fehlt der Wille, die Charta nach Geist und Buchstaben zu verwirklichen und zugleich eine wirkliche Reform in Angriff zu nehmen. Woher sollte dieser Wille auch kommen in einer Welt, die von den USA und ihren Verbündeten und Konkurrenten beherrscht wird? Ohne eine Änderung der internationalen Machtverhältnisse wird es keine Stärkung der Rolle und keine Erneuerung der Vereinten Nationen geben. Und diese Änderung wird nicht ohne Änderung der innerstaatlichen Machtverhältnisse in einer demokratischen und antikapitalistischen Richtung zu haben sein.

Diese Erkenntnis bedeutet nun aber nicht, daß man die Charta und das Völkerrecht überhaupt als nutzlos abtun darf. Das hieße, auf den einzigen allgemein verbindlichen Maßstab für das Verhalten der Staaten zu verzichten. Es gibt keinen vernünftigen Grund, der Partei der Völkerrechtsnihilisten von links beizutreten.

Mit der Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit hat die Charta durch Art. 24 den Sicherheitsrat betraut. Dieses Hauptorgan der Vereinten Nationen zeichnet sich durch zwei bemerkenswerte Besonderheiten gegenüber den anderen Hauptorganen aus. Erstens sind fünf Staaten dadurch privilegiert, daß sie dem Sicherheitsrat als ständige Mitglieder angehören, während die Mitgliedschaft ansonsten alle zwei Jahre wechselt, und daß sie dazu noch das Vetorecht besitzen, also durch ihre Nein-Stimme einen Beschluß des Sicherheitsrates verhindern können. Zweitens ist der Sicherheitsrat das einzige Organ der Vereinten Nationen, welches nach Art. 25 Beschlüsse fassen kann, die für alle Mitglieder verbindlich sind, obwohl die meisten nicht an der Beschlußfassung beteiligt waren.<sup>6</sup>

Zusammensetzung des Sicherheitsrates und Abstimmungsmodus sind seit Jahrzehnten Gegenstand durchaus berechtigter Kritik vor allem der Staaten der Dritten Welt. Die Abschaffung des Vetorechts ist jedoch wenig realistisch, weil sie nicht ohne Zustimmung jeder Veto-Macht möglich ist. Unter den gegenwärtigen internationalen Verhältnissen kann das Vetorecht Rußlands und Chinas, vielleicht

5 Vgl. PDS-Pressedienst Nr. 42/95, S. 4.

6 Art. 25 lautet: »Die Mitglieder der Vereinten Nationen kommen überein, die Beschlüsse des Sicherheitsrats im Einklang mit dieser Charta anzunehmen und durchzuführen.«

auch Frankreichs eine gewisse Schranke gegen die Weltmachtpolitik der USA sein. Was die Zusammensetzung des Sicherheitsrates betrifft, ist das Problem nicht das Fehlen weiterer kapitalistischer Metropolen wie Deutschland und Japan unter den ständigen Mitgliedern, sondern die völlig ungenügende Repräsentanz der Dritten Welt.

Solange das Vetorecht besteht, ist seine Ausübung oder deren Ankündigung kein Rechtfertigungsgrund dafür, daß ein Staat oder eine Gruppe von Staaten wegen »Handlungsunfähigkeit« des Sicherheitsrates außerhalb des Normengefüges des Kapitels VII militärische Gewalt anwendet, es sei denn zur Selbstverteidigung gegen einen Aggressor. Das Vetorecht ist in der Charta vorgesehen und seine Ausübung ist legitim. Im übrigen wären die Vereinten Nationen nicht zustande gekommen und hätten den Kalten Krieg nicht überlebt, wenn es kein Vetorecht gäbe.

Kapitel VII der Charta ist das Kernstück des von den Gründern der Vereinten Nationen anvisierten Systems globaler kollektiver Sicherheit. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges, des Ost-West-Gegensatzes und des Nord-Süd-Konflikts hat dieses System nie wirklich funktioniert. Die Belebungsversuche seit 1990 lassen Zweifel aufkommen, ob es unter den neuen Bedingungen internationaler Alleinherrschaft des Kapitalismus möglich ist, dieses System den ursprünglichen Zielen der Vereinten Nationen gemäß zu verwirklichen.

Zunächst muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß dem Kapitel VII ein Kapitel VI über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten vorgeschaltet ist. Die Streitbeilegung, einschließlich der Wahl der Mittel, obliegt danach zunächst den Streitparteien selbst. Art. 33 bestimmt dazu: »Die Parteien einer Streitigkeit, deren Fortdauer geeignet ist, die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu gefährden, bemühen sich zunächst um eine Beilegung durch Verhandlungen, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Entscheidung, Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen oder durch andere friedliche Mittel eigener Wahl.« Wenn dies nicht gelingt, kann der Sicherheitsrat durch Empfehlungen in den Streitfall eingreifen. Er kann auch prophylaktisch tätig werden, nämlich nach Art. 34 »jede Situation« untersuchen, »die zu internationalen Reibungen führen oder eine Streitigkeit hervorrufen könnte«. Die Bilanz der Anwendung von Kapitel VI ist dürrig, weil die Staaten wenig Bereitschaft zeigen, sich der Instrumentarien friedlicher Streitbeilegung zu bedienen. Gerade hier liegt aber ein wichtiger Ansatzpunkt für zivile Konfliktlösungen.

Klargestellt werden muß des weiteren der Unterschied zwischen Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII – seien es friedliche oder militärische – und dem »Peacekeeping« der Vereinten Nationen. Beides darf nicht durcheinander gebracht werden, gerade weil es Versuche zur Verwischung gibt. Peacekeeping – bekannt geworden unter der Bezeichnung »Blauhelme« – unterscheidet sich von Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII in dem hier maßgeblichen Zusammenhang dadurch, daß es sich eben nicht um *Zwangsmaßnahmen gegen* den Willen des betroffenen Staates, sondern um



Maßnahmen *mit* dem Einverständnis des betroffenen Staates *ohne* Einsatz von Waffengewalt handelt. Die Praxis der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet ist differenziert zu beurteilen. Blauhelmeinsätze auf Zypern sind nicht mit Blauhelmeinsätzen in Bosnien gleichzusetzen. Hier ist eine Prüfung des Einzelfalls erforderlich.

Die Anwendung von Maßnahmen nach Kapitel VII setzt voraus, daß der Sicherheitsrat nach Art. 39 feststellt, ob eine Bedrohung des Friedens, ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt. Diese drei Tatbestände sind in der Charta nicht definiert. Der Sicherheitsrat hat insoweit einen politischen Entscheidungsspielraum. Am deutlichsten kann man den Tatbestand »Angriffshandlung« umreißen. Dafür gibt es nämlich die von der Generalversammlung einstimmig angenommene Aggressionsdefinition.<sup>7</sup> Diese Definition stellt darauf ab, daß *prima facie* derjenige Staat Aggressor ist, der *zuerst* bewaffnete Gewalt anwendet. Der Tatbestand »Bruch des Friedens« ist gegeben, wenn Waffengewalt zwischen Staaten angewendet wird, ohne daß festgestellt worden ist oder werden kann, wer der Aggressor ist.<sup>8</sup>

Das Problem ist die Auslegung des Tatbestands »Bedrohung des Friedens« dahingehend, daß auch interne Situationen in einem Staat – wie Bürgerkriege, krasse Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung von Minderheiten, Zusammenbrüche staatlicher Autorität, Katastrophen – darunter fallen. Dafür bietet die Charta keine Grundlage. Mit dem Terminus »Bedrohung des Friedens« ist eine Bedrohung des *internationalen* Friedens, der Sicherheit *zwischen* den Staaten gemeint. Interne Situationen in einem Staat sind per se keine Friedensbedrohung. Möglicherweise können tatsächliche, über die Grenzen des betreffenden Staates hinausgehende Auswirkungen solcher Situationen als Friedensbedrohung bewertet werden. Die Gefahr, daß der Sicherheitsrat durch eine extensive Auslegung des Terminus »Bedrohung des Friedens« seinen Entscheidungsspielraum unzulässig überdehnt und seine Kompetenzen überschreitet, ist offenkundig.

In den Zeiten des Kalten Krieges hat der Sicherheitsrat zwei Mal innerstaatliche Situationen im Zusammenhang mit deren internationalen Implikationen als Friedensbedrohungen bewertet: in den Fällen Südrhodesien und Südafrika. Nach 1990 kam es zu einer ganzen Serie von extensiven Auslegungen des Terminus »Bedrohung des Friedens«.<sup>9</sup> Die Wende war die Resolution 688 (1991), mit der der Sicherheitsrat die Folgen der Unterdrückung der Kurden durch Irak zu einer Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit in der Region erklärte.<sup>10</sup> Seither hat der Sicherheitsrat in seinen Resolutionen mehr und mehr darauf verzichtet, sich auf internationale Auswirkungen innerstaatlicher Situationen zu berufen, und allein das Vorliegen bestimmter innerstaatlicher Situationen als Friedensbedrohung bewertet. Unter völkerrechtlichem Aspekt ist das eine sehr bedenkliche Entwicklung.

Wenn der Sicherheitsrat einen Feststellungsbeschluß nach Art. 39 getroffen hat, stehen ihm zunächst *nichtmilitärische* Optionen zur Verfügung. Er kann die Konfliktparteien nach Art. 40 auffordern, »den von ihm für notwendig oder erwünscht erachteten vorläufigen Maßnahmen Folge zu leisten.« Er kann nach Art. 41

7 Resolution 3314 (XXIX) vom 14.12.74, deutsche Fassung: Vereinte Nationen 1975, S. 120.

8 Vgl. Frowein zu Art. 39 Rdnr. 9 u. 10, in: Simma (Hrsg.): Charta der Vereinten Nationen. Kommentar (1991).

9 Vgl. Cede, Sucharipa-Behrmann: Fn. 2, S.75ff.

10 Vgl. Europa-Archiv, Folge 9/1991, D 234. Allerdings enthielt diese Resolution keine Ermächtigung zum militärischen Loschlagen. Aus der Sicht der Bundesregierung hatte die Resolution »historische Bedeutung« und war »eine wichtige Fortentwicklung des Völkerrechts«. Vgl. ebenda, D 237.

friedliche Sanktionsmaßnahmen unter Ausschluß von Waffengewalt beschließen. Diese »können die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einschließen«. Solche nichtmilitärischen Maßnahmen wurden bisher in keinem Fall der Anwendung von Kapitel VII wirklich konsequent beschlossen und durchgesetzt.

*Militärische* Sanktionsmaßnahmen kann der Sicherheitsrat nach Art. 42 beschließen, wenn er der Auffassung ist, daß friedliche Maßnahmen unzulänglich sein würden oder sich als unzulänglich erwiesen haben. Diese Maßnahmen »können Demonstrationen, Blockaden und sonstige Einsätze der Luft-, See- oder Landstreitkräfte von Mitgliedern der Vereinten Nationen einschließen«. »Sonstige Einsätze« sind eine vornehme Umschreibung für militärische Kampfhandlungen.

Bis der Sicherheitsrat die erforderlichen Maßnahmen getroffen hat, steht jedem Staat im Falle eines bewaffneten Angriffs nach Art. 51 »das naturgegebene Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung« zu.

Um den Sicherheitsrat zu befähigen, militärische Sanktionsmaßnahmen durchzuführen, ist in Kapitel VII vorgesehen, daß die Mitglieder der Vereinten Nationen nach Maßgabe von Sonderabkommen Streitkräfte zur Verfügung stellen oder auf andere Weise Unterstützung leisten. Solche Sonderabkommen sind in den Zeiten der Ost-West-Konfrontation nicht zustande gekommen. Auch nach deren Beendigung zeigen die Mitglieder der Vereinten Nationen – voran die militärisch potenten, vor allem die USA – keine Bereitschaft, auch noch so geringe Teile ihrer nationalen Streitkräfte aus ihrer eigenen Befehlsgewalt zu entlassen und dem Sicherheitsrat zu unterstellen. Daran wird sich wohl auch in Zukunft nichts ändern.

Die Idee von der »allein der UNO unterstellten und jeder nationalen Verfügung entzogenen internationalen Polizeitruppe«<sup>11</sup> ist realitätsfern. Eine solche Truppe wird es nicht geben, weil die Großmächte sie nicht wollen. Und wenn es sie gäbe, wäre diese Truppe im gegebenen Fall entweder durch das Veto eines der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats nicht einsatzfähig oder den Einsatzabsichten der USA ausgeliefert.

Der Sicherheitsrat besitzt – vom Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung einmal abgesehen – das Gewaltmonopol im *juristischen* Sinn. Nur er hat das Recht, militärische Sanktionen gegen den Willen des betreffenden Staates zu verhängen. Der Sicherheitsrat hat aber keinen einzigen Soldaten. Das *praktische* Gewaltmonopol haben die USA und die NATO. Nur sie haben die Macht und reale Möglichkeit – nicht aber das Recht –, überall in der Welt militärisch einzugreifen.

Aus diesem Dilemma entstand die Praxis der Erteilung eines Mandats durch den Sicherheitsrat an einzelne Staaten oder Staatengruppen, vor allem an die USA und die NATO, militärische Zwangsmaßnahmen durchzuführen. Diese Praxis widerspricht der Charta. Der Sicherheitsrat kann solche Maßnahmen nur nach Maßgabe der Art. 43 bis 49 und 53 durchführen. Die geübte Mandatie-

11 Vgl. Fn. 2.

rungspraxis ist dort nicht vorgesehen. Nach Art. 53 kann der Sicherheitsrat »regionale Einrichtungen und Abmachungen« mit der Durchführung von Zwangsmaßnahmen beauftragen. Das ist bisher kaum vorgekommen. Im übrigen ist die NATO keine regionale Abmachung oder Einrichtung im Sinne dieses Artikels.

Nach Art. 48 können die »Maßnahmen, die für die Durchführung der Beschlüsse des Sicherheitsrats zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich sind, ... je nach dem Ermessen des Sicherheitsrats von allen oder von einigen Mitgliedern der Vereinten Nationen getroffen« werden. Davon hat der Sicherheitsrat seit 1990 mehrmals, aber chartawidrig Gebrauch gemacht. Der Sicherheitsrat hat nicht das Recht, seine eigene ausschließlich ihm übertragene Verantwortung an andere weiterzugeben. Er kann nicht einzelne Staaten und Staatengruppen von der Einhaltung des Gewaltverbots des Art. 2 Ziff.4 suspendieren. Gerade dies geschieht durch die Mandatierungspraxis.

Der Sicherheitsrat erteilt ein völlig unspezifiziertes Mandat. Die einschlägigen Resolutionen enthalten regelmäßig eine inhaltlich und zeitlich unbegrenzte Blankovollmacht, die »zu allen erforderlichen Maßnahmen ermächtigt« – also auch zum militärischen Losschlagen. Auch die Ost-Timor-Resolution enthält eine solche pauschale Ermächtigung.<sup>12</sup> Das Kriterium der »Erforderlichkeit« ist sehr vage und wird nicht vom Sicherheitsrat kontrolliert. Der Sicherheitsrat ist nicht mehr »Herr des Verfahrens«. Er hat weder die politische Leitung, noch das militärische Kommando. Er hat auf gut deutsch nach der Mandatierung nichts mehr zu sagen. Art. 48 sieht jedoch nur die Übertragung der *Durchführung* von Beschlüssen des Sicherheitsrates vor und nicht die Übertragung der Entscheidung über die Art der zu ergreifenden Sanktionen in das Ermessen einzelner Mitglieder der Vereinten Nationen. Ein Mandat erfordert eine klare Bestimmung, was der Mandatar darf und was er nicht darf. Art. 46 der Charta besagt zudem, daß »die Pläne für die Anwendung von Waffengewalt ... vom Sicherheitsrat ... aufgestellt werden«, nicht von den USA und der NATO.

Militärische Sanktionsmaßnahmen nach Art. 42 kann der Sicherheitsrat zweifellos gegen einen Aggressor oder gegen Staaten verhängen, die in einen Friedensbruch verwickelt sind. Hier ist eine kritische Bewertung jedes Einzelfalls notwendig. Die nichtmilitärischen Optionen müssen ausgeschöpft sein. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit muß gewahrt sein, d.h. die Maßnahmen müssen angemessen und notwendig sein. Eine Aggression darf nicht mit einem gnadenlosen Vernichtungsfeldzug beantwortet werden, der einerseits den Weltfrieden bedroht, wie dies seitens der USA im zweiten Golfkrieg gegen Irak geschah. Aber der Aggressor soll schon damit rechnen müssen, daß nicht nur das Opfer der Aggression sein Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51 wahrnimmt, sondern daß auch der Sicherheitsrat die Aggression mit den ihm nach Kapitel VII zu Gebot stehenden Maßnahmen beenden kann.

Eine ganz andere Fallkonstellation sind militärische Maßnahmen des Sicherheitsrates gegen einen Staat wegen der internen Situation in diesem Staat. In diesem Fall hat der betreffende Staat *keine* Aggression begangen, *keine* Waffengewalt gegen einen anderen

12 Resolution 1264 (1999) des Sicherheitsrats vom 12. September 1999, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/1999, S. 1268f.: »Der Sicherheitsrat autorisiert die Staaten, die sich an der multinationalen Friedenstruppe beteiligen, alle erforderlichen Schritte zur Erfüllung des Mandats zu ergreifen«.

Staat angewendet. Das militärische Eingreifen soll durch schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, Bürgerkrieg oder andere Katastrophenzustände in diesem Staat begründet sein. Die beiden unterschiedlichen Fallkonstellationen müssen auseinander gehalten werden.

Die zweite Fallkonstellation ist völkerrechtswidrig. Die Anwendung militärischer Zwangsmaßnahmen des Sicherheitsrates gegen einen Staat als Mittel zur Durchsetzung menschenrechtsgemäßer, friedlicher, stabiler, demokratischer Zustände in diesem Staat ist durch Kapitel VII nicht gedeckt. Sie ist ihrerseits ein Verstoß gegen das Gewaltverbot aus Art. 2 Ziff. 4. Das Verbot des Eingreifens in die inneren Angelegenheiten eines Staates nach Art. 2 Ziff. 7 ist zwar mit dem Zusatz versehen: die »Anwendung von Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII wird durch diesen Grundsatz nicht berührt«. Daraus geht hervor, daß der Menschenrechtsschutz keine ausschließlich innere Angelegenheit der Staaten ist und daß der Sicherheitsrat sich mit Menschenrechtsverletzungen in einem Staat befassen und gegebenenfalls *friedliche* Sanktionsmaßnahmen verhängen kann. *Militärische* Maßnahmen widersprechen dem Gewaltverbot, das einen solchen Zusatz nicht enthält. Nach allem bisherigen Verständnis des seit 1945 geltenden Völkerrechts war Waffengewalt gegen einen Staat ausschließlich eine Reaktion auf eine Verletzung des Gewaltverbots durch diesen Staat, nicht aber auf dessen internen Zustand, vorbehalten. Dabei muß es bleiben, wenn die völkerrechtliche Friedensordnung nicht aus allen Fugen geraten soll.

Der Krieg und militärische Gewalt gegen einen Staat – ob vom Sicherheitsrat, von der NATO oder einzelnen Staaten praktiziert – ist nach meiner Überzeugung kein geeignetes Mittel, um in diesem Staat menschenrechtsgemäße Zustände herzustellen und andere innerstaatliche Konflikte zu lösen. Die Durchsetzung der Menschenrechte in einem Staat ist gewaltsamen militärischen Lösungen von außen nicht zugänglich. Das gilt nicht nur im Prinzip, sondern auch in allen Einzelfällen. Der Krieg um Menschenrechte tötet und verletzt Unbeteiligte und Unschuldige und vernichtet oder beschädigt deren Hab und Gut. Er ist selbst eine grobe Menschenrechtsverletzung. Er führt regelmäßig zur Eskalation der Gewalt und nicht zur Beruhigung der Lage. Ost-Timor ist kein Gegenbeweis. Dort kam es nämlich nicht zu militärischen Maßnahmen der internationalen Truppe. Sie erwiesen sich als nicht notwendig. Wenn man militärische Gewalt nach Kapitel VII als Mittel zur Veränderung innerstaatlicher Zustände im Einzelfall als ultima ratio zu akzeptieren bereit ist, macht man der »Neuen Weltordnung« der USA und der NATO ein Zugeständnis. Menschenrechte lassen sich nicht herbei bomben. Die PDS sollte die ausnahmslose Ablehnung militärischer Gewalt zur Durchsetzung von Menschenrechten in ihrer Programmatik ebenso betonen wie ihr Eintreten für die Menschenrechte im eigenen Land und überall auf der Welt.

Der Zweck heiligt auch in diesen Fällen nicht die Mittel. Zumal der Zweck auch beim Vorliegen einer Entscheidung des Sicherheitsrates nach Lage der Dinge nur am Rande ein humanitärer, in der Hauptsache aber die Verfolgung ökonomischer, politischer und

militärischer Machtinteressen ist. Ich nenne das Menschenrecht-simperialismus.

Es wird eingewendet, die Vereinten Nationen könnten nicht ruhig zuschauen, wenn sich Menschen in einem Staat – von den Regierenden dirigiert oder geduldet – massenhaft gegenseitig umbringen. Die Alternative zum militärischen Eingreifen ist jedoch nicht das Zuschauen, sondern die Prophylaxe, der Versuch friedlicher Streitbeilegung und das Eingreifen mit nichtmilitärischen, politischen und ökonomischen Zwangsmaßnahmen. Solche Maßnahmen sind nicht eo ipso erfolgversprechend und gutzuheißen. Eine Einzelfallprüfung ist angebracht. Aber Militärschläge dürfen auch nicht im Ausnahmefall geführt werden.

Es ist eine Logik zu bedenken, der man schwerlich enttrinnen kann: Wenn ein Fall massenhaften Abschlachtens von Menschen durch andere Menschen innerhalb eines Staates vorliegt und wenn man in einem solchen Fall das militärische Eingreifen des Sicherheitsrates oder einer vom Sicherheitsrat mandatierten Streitmacht von außen für möglich oder erforderlich hält, dann ist schwer einzusehen, warum in diesem »worst case« nicht auch die NATO zum Losschlagen berechtigt sein soll. Soll man »zuschauen«, bloß weil der Sicherheitsrat untätig bleibt, obwohl die NATO einsatzbereit ist? Warum soll die Beendigung des Abschlachtens durch den Sicherheitsrat erlaubt, durch die NATO aber verboten sein? Warum soll sich in einem solchen Fall die Bundesrepublik mit der Bundeswehr nicht an entsprechenden militärischen Aktionen beteiligen dürfen?

Die Prinzipien der Souveränität und Nichteinmischung sind kein Freibrief für Menschenrechtsverletzungen. Kein Staat kann sich auf die Prinzipien der Souveränität und Nichteinmischung berufen, um sich seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen auf irgendeinem Gebiet, einschließlich dem der Menschenrechte zu entziehen. Das Spannungsverhältnis zwischen der Souveränität der Staaten und dem Gebot der Achtung der Menschenrechte kann aber nicht durch Krieg und militärische Gewalt im Namen der Menschenrechte aufgelöst werden.

## LOTHAR SCHRÖTER

# Von der »NATO I« zur »NATO II«

Am 4. April 1999 wurde die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO) 50 Jahre alt. Vom 23. bis 24. April 1999 fand aus diesem Anlaß in Washington ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der Bündnismitglieder statt. Es markierte – wie wir heute mit einem Jahr Abstand deutlich erkennen – das Ende der »NATO I« und den Übergang zur »NATO II«.

Was bedeutet dieser Übergang, wodurch unterscheiden sich beide »NATO-Varianten«? Untersucht wird zunächst, worin das Wesen der »NATO I« bestand und zu welchen Veränderungen es im Verlauf der Blockkonfrontation kam.

### *Die »NATO I« – ein Verteidigungsbündnis?*

Nähern wir uns der Antwort auf direktem Weg: Bisher konnte nirgendwo ein Hinweis darauf zutage gefördert werden, daß im Osten Europas eine Aggression gegen den Westen – etwa nach dem Vorbild des »Falles Weiß« oder des Planes »Barbarossa« Nazideutschlands – politisch gewollt und militärisch vorbereitet wurde. Viel eher bestätigt sich, was in mittlerweile zugänglichen Dokumenten des Westens an Einschätzungen über die Absichten des Ostens und über die Rolle seiner militärischen Potentiale nachzulesen ist: Die Sowjetunion und ihre Verbündeten hatten nicht oder, wie mitunter formuliert wurde, zumindest nicht in jeweils absehbarer Zeit vor, einen Krieg vom Zaun zu brechen.

Nach Kriegsende, am 22. November 1945, äußerte der frühere britische Außenminister R. Anthony Eden: »Wir wissen, daß sich die russischen Maßnahmen (in Osteuropa – L.S.) nicht gegen uns richten.«<sup>1</sup> Ähnliche Aussagen finden sich mehrfach in Geheimdokumenten der USA aus den vierziger und den fünfziger Jahren.<sup>2</sup> In einem Papier vom Februar 1957, das unter Regie von Generalleutnant a.D. Adolf Heusinger, vormals Chef der Operationsabteilung des Heeres der Wehrmacht, dann erster Generalinspekteur der Bundeswehr, erarbeitet wurde, trauten die Bonner Militärexperten der UdSSR nicht einmal Absicht und Energie für die Anzettelung lokaler militärischer Aktionen an der Peripherie ihres Machtbereiches zu.<sup>3</sup> 1974 äußerte dann der britische Außenminister James Callaghan: »Niemand von uns glaubt, daß die gegenwärtigen sowjetischen Führer den Wunsch hegen oder die Absicht hätten, Akte der militärischen Aggressionen gegen den Westen durchzuführen.«<sup>4</sup> Ähnliches findet sich in der 1978 von allen NATO-Staaten angenommenen »Ost-West-Studie«<sup>5</sup>.

Lothar Schröter – Jg. 1952; Dr.sc.phil., Major a.D. der Nationalen Volksarmee der DDR, studierte zwischen 1970 und 1974 Geschichte und Russisch an der Pädagogischen Hochschule »Clara Zetkin« Leipzig und von 1975 bis 1978 Militärgeschichte, lehrte bis 1990 am Militärgeschichtlichen Institut der DDR in Potsdam (1981 Promotion, 1987 Habilitation).

Der vorliegende Beitrag ist die stark gekürzte Fassung eines Vortrages auf dem 1. Militärpolitischen Symposium des Brandenburger Vereins für politische Bildung »Rosa Luxemburg e.V.« am 23. März 1999 in Potsdam. Der vollständige Text erscheint im Sammelband »50 Jahre NATO – Bilanz und Perspektiven«, GNN-Verlag Schkeuditz, voraussichtlich im April 2000.



Auch jüngere Dokumente bedienen sich einer klaren Sprache. Seit dem Amtsantritt von William J. Clinton sollten nahezu sämtliche Lageanalysen Washingtons von 1945 bis 1983 öffentlich zugänglich gemacht werden, unter anderem auch die »Nationale Geheimdiensteneinschätzung 11-3/8-82« vom 15. Februar 1983 zu den »Sowjetischen Fähigkeiten für einen Strategischen Nuklearen Konflikt, 1982-92«. In ihr finden sich unter anderem folgende Einschätzungen:

die Aufrüstung der UdSSR sei kein Beweis genuin aggressiver Absichten, sondern der Versuch, die Folgen amerikanischer Rüstungspolitik abzumildern;

Moskau plane höchstwahrscheinlich keinen nuklearen Erstschlag gegen die USA, sondern lege das Schwergewicht von Ausrüstung und Ausbildung der Nuklearstreitkräfte auf die Führung eines Antwortschlages;

die sowjetische Militärdoktrin habe die Eindämmung einer NATO-Offensive und eine nachfolgende Gegenoffensive tief nach Westeuropa vorgesehen;

die strategischen Fähigkeiten der UdSSR richteten sich daran aus, einen größeren Angriff von seiten der USA vergelten zu müssen.<sup>6</sup>

Bundesdeutsche Expertisen fanden nach Einsichtnahme in die erreichbaren NVA-Dokumente ebenfalls keine Anhaltspunkte, die Planungen der Warschauer Vertragsorganisation für eine Aggression erkennen ließen.

Um so klarer die Bilanz nach Ende des Kalten Krieges aus US-amerikanischer Sicht – so zum Beispiel von Leslie H. Gelb, Ministerialdirektor im Washingtoner Außenministerium: »Die Sowjets waren uns zu keinem Zeitpunkt wirklich militärisch überlegen. Das war alles nur Teil des Psychodramas, das zur Rechtfertigung dafür dienen sollte, um alle US-Bürger in dem allgemeinen strategischen Wettkampf unserer beiden Völker und Philosophien auf der ›richtigen Seite‹ zu halten.«<sup>7</sup> Dennoch gab es kaum eine Sitzung der höchsten NATO-Gremien, die nicht die Bedrohung durch den Osten beschwor. Man sollte denken, es wäre an der Zeit, daß hierzu das Bündnis selbst einmal ein ehrliches Resümee zieht. Sein 50. Jahrestag wäre dazu eine höchst geeignete Gelegenheit gewesen.

Wenn dies alles so zutrifft, gelangt man zwangsläufig zu dem Ergebnis, daß die Gründung der NATO Aktion und keineswegs Reaktion war. Unbeschadet subjektiver Empfindungen und Ängste lag ihrer Entstehung jedenfalls keine unmittelbare militärische Bedrohung zugrunde. Unter diesem Aspekt war sie nicht gerechtfertigt und muß folglich anderen Zwecken gedient haben. Tatsächlich gab es für die Schaffung der NATO ein ganzes Bündel unterschiedlicher Interessen.

Mit dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg 1917 hatte der Abschied Washingtons von seiner Rolle als Regionalmacht, die durch die Monroe-Doktrin von 1823 auf den amerikanischen Kontinent beschränkt wurde, eingesetzt. Der Aufstieg zur führenden Wirtschaftsmacht der Welt in den folgenden Jahrzehnten setzte die Alternative Regionalmacht oder Weltmacht auf die unmittelbare Tagesordnung. Den Hintergrund dafür bildeten die rigorosen weltwirtschaftlichen Ambitionen des gewaltigen Industrie-, Finanz-

1 Zit. nach Helmut Wolfgang Kahn: Der Kalte Krieg, Bd. 1, Köln 1986, S. 61.

2 In der »Strategischen Einschätzung« zum Plan »Dropshot« für einen Krieg gegen die UdSSR im Jahre 1957 – der Plan stammt vom 19. Dezember 1949 – heißt es, »daß die Sowjetunion gegenwärtig keine vorsätzliche bewaffnete Aktion plant, die darauf angelegt wäre, die Alliierten in einen Krieg zu ziehen; ferner ist es wahrscheinlich, daß sie ihre Ziele weiterhin hauptsächlich durch politische Mittel, begleitet von militärischer Einschüchterung, zu erreichen sucht«. Zit. nach Bernd Greiner, Kurt Steinhaus: Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?, Köln 1980, S. 199.

Greiner und Steinhaus als exzellente Kenner der Materie schätzen im übrigen ein: »Die internen Strategiepapiere der amerikanischen Regierung zeigen ebenso wie die Memoiren führender Staatsmänner jener Zeit sehr deutlich, daß diejenigen, die bereits 1945 an die Entfesselung eines 3. Weltkrieges dachten, niemals an eine wirkliche militärische Bedrohung durch die Sowjetunion geglaubt haben«. Ebenda, S. 24.

3 Vgl. Norbert Wiggershaus: Aspekte westdeutscher Bedrohungspereptionen 1946-1959, in: Jürgen Rohwer (Hrsg.): Feindbilder und Militärstrategien seit 1945, Bremen 1992, S. 70f. Doch nicht nur in militärischen, sondern auch in politischen Führungskreisen der BRD wurde in diesem Sinne Klartext gesprochen. Eine Denkschrift für die Bundesregierung im Zusammenhang mit der »Stalinnote« (März 1952) stellte fest, daß

die angeblich unmittelbare militärische Bedrohung durch Moskau »Propaganda des Westens«, die Politik der UdSSR hingegen defensiv und sie in doppelter Hinsicht »an einem Ausgleich« mit Bonn interessiert sei – »einerseits zwecks Herstellung normaler politischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit Deutschland und andererseits zwecks Verhinderung einer politischen und militärischen Integration Deutschlands in den Westen«.

Julius H. Schoeps (Hrsg): Richard Meyer von Achenbach. Gedanken über eine konstruktive deutsche Ostpolitik. Eine unterdrückte Denkschrift aus dem Jahr 1953, Frankfurt/M. 1986, S. 28f.

4 James Callaghan: Großbritannien und die NATO, in: NATO-Brief, Heft 4/1974, S. 14.

5 Die »Study of long-term trends in East-West relations«, gemeinsam mit einem Langzeitrüstungsprogramm für den Zeitraum 1979 bis 1993 vom Gipfeltreffen der NATO-Staats- und Regierungschefs in Washington am 30./31. Mai 1978 verabschiedet, stellte sich als eine der bedeutendsten zur Festlegung der politischen Strategie der NATO in der Systemauseinandersetzung heraus, indem sie unter anderem zutreffend die schon kritische Lage des Realsozialismus erfaßte und die entsprechenden Schlußfolgerungen zog. Während auf der Gegenseite die Stoßrichtung der Studie durchaus richtig erkannt wurde, verweigerte man sich kategorisch der selbstkritischen Analyse.

und Agrarkapitals. Schon vor Ende des Zweiten Weltkrieges herrschte die Auffassung vor, daß das Wirtschaftssystem der USA, in dem es 1940 immerhin noch acht Millionen Arbeitslose gab, erneut in eine schwere Depression geraten könnte, wenn es nicht entschlossen seine Expansion in Übersee fortsetzen würde. Lange gezeichnet vom Schockerlebnis der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre, befürchteten manche sogar das Scheitern des sozioökonomischen Modells USA,<sup>8</sup> nicht zuletzt auch weil es seit 1917 eine Alternative gab, die durchaus als ernstzunehmende Herausforderung begriffen wurde. Außenminister Cordell Hull verlangte daher bereits 1940: »Das Hauptziel ist die Wiedereröffnung der alten und die Suche nach neuen Absatzmärkten für unsere Überschußproduktion.«<sup>9</sup> Wann sollte all das erreicht werden, wenn nicht nach 1945, als die USA als einzige Siegermacht sowohl politisch, moralisch und militärisch als auch wirtschaftlich enorm gestärkt aus dem Krieg hervorgegangen waren und gleichzeitig zwei Hauptgegner auf der internationalen Bühne in jeder Beziehung darniederlagen? Und auf welchem Teil des Globus sollte sich die Erschließung und Ausweitung von Absatzmärkten richten, wenn nicht auf Europa, in das schon bislang die allermeisten Waren- und Kapitalexporte der USA geflossen waren und das in dieser Beziehung unersetzbar war – zumal dort nun auch die eigenen Truppen standen?

Das war die ursächliche Triebkraft für die endgültige Entscheidung gegen den »Isolationismus« und für den »Globalismus«, die mit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges fiel. Diese Entscheidung konzentrierte sich in ihren Wirkungen auf Europa und stellte die Beschlüsse von Jalta zur Aufteilung Europas in Einflußsphären vom Februar 1945 zur Disposition. Der Konflikt mit der UdSSR wurde unausweichlich. Wohl deshalb ließ ein erfahrener Unterstaatssekretär im Washingtoner Außenministerium bereits wenige Tage nach der Kapitulation des faschistischen Deutschlands keinen Zweifel: »Ein künftiger Krieg gegen Sowjetrußland ist so sicher, wie irgend etwas in der Welt sicher sein kann ... Sobald die Konferenz von San Francisco (zur Gründung der UNO – d.V.) vorüber ist, sollte sich unsere Politik gegen die Sowjetunion versteifen ...«<sup>10</sup>

Eine weltpolitische Rolle zu übernehmen, bedeutete nun auch zwingend, sich politisch und militärisch auf dem »alten Kontinent« – in Europa – zu engagieren. Ohne eine institutionelle Verankerung in einem Militärblock war dies perspektivisch aussichtslos. Dafür fanden die USA überaus günstige Bedingungen vor. Sie standen bei der Bevölkering Westeuropas als Befreier von der deutsch-faschistischen Okkupation in höchstem Ansehen. Für Millionen von Menschen war das bürgerlich-parlamentarische System der USA beispielgebend für Demokratie und Menschenrechte. Das hob sie von der Sowjetunion ab, deren Verdienste bei der Zerschlagung Hitlerdeutschlands zwar ebenfalls hoch anerkannt waren, deren stalinistische Ordnung aber bei der Mehrzahl der Menschen auf Ablehnung stieß. Die USA waren als einziger Staat auch wirtschaftlich gestärkt aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen. Sie konnten den potentiellen Bündnispartnern deshalb umfangreiche Hilfe beim Wiederaufbau in Aussicht stellen, wie sie dann auf brei-



ter Front mit dem am 5. Juni 1947 verkündeten Marshallplan – als Initialzündung für das westeuropäische »Wirtschaftswunder« – tatsächlich einsetzte. Der Marshallplan war im übrigen offensichtlich von vornherein als wirtschaftliches Standbein der politisch-militärischen Blockbildung in Westeuropa angelegt und trug insoweit das Seine zur Spaltung des Kontinents bei.

Worin bestanden die langfristigen Ergebnisse der NATO-Gründung?

*Erstens:* Die Unterzeichnung des Nordatlantikpaktes vollendete die Spaltung Europas. Obgleich dazu auch der Osten seinen Beitrag leistete, ging hierbei, wie später bei der Spaltung Deutschlands, die entscheidende Initiative von der westlichen Seite aus. Insoweit ist es keineswegs Zufall, daß die Zäsuren dieses Prozesses – Gründung der NATO, Schaffung des Warschauer Vertrages sowie Gründung der BRD und der DDR – jeweils vom Westen zuerst gesetzt wurden. Der berühmte Ausspruch, der Kanzler Adenauer im Kleinen zugeschrieben wird, galt sinngemäß auch für den Kontinent: »Lieber das halbe Europa ganz als das ganze Europa halb«. Außerordentlich begünstigend für den Kurs des Westens war die durchgängige Übertragung des sowjetischen Gesellschaftsmodells auf die von der Roten Armee befreiten Staaten Osteuropas und die starre Haltung Moskaus im Gefühl, die unangefochtene Siegermacht im Zweiten Weltkrieg zu sein. Die Verkündung der zuvor im Kontext mit den Entwicklungen im Westen<sup>11</sup> entwickelten Zweilager-Theorie durch den für Ideologiefragen zuständigen Sekretär des ZK der KPdSU Andrej A. Shdanow, Vertrauter des Vorsitzenden des UdSSR-Ministerrates Jossif W. Stalin, auf einer hochrangigen Konferenz von kommunistischen Parteien in Polen Ende September 1947 war hierfür der vorläufige Höhepunkt. Die vormundschaftliche und autokratische Führung des sozialistischen Lagers durch Stalin und seine Nachfolger sowie gewagte militärische Machtdemonstrationen trugen in der Folge maßgeblich dazu bei, die Mitglieder der NATO zusammenschweißen.<sup>12</sup>

Allerdings wäre es falsch, allen NATO-Partnern von 1949 zu unterstellen, sie hätten die Spaltung Europas, den Kalten Krieg und den Rüstungswettlauf der folgenden Jahrzehnte gewollt. Nach den Erfahrungen mit Krieg und Okkupation strebten vor allem die kleineren Mitgliedstaaten nach Sicherheit in einem Bündnis.

*Zweitens:* Mit der Gründung der NATO wurde die West-Ost-Auseinandersetzung im gerade begonnenen Kalten Krieg auf die qualitativ neue Ebene der Konfrontation zwischen politisch-militärischen Blöcken gehoben, denn die adäquate Reaktion des Ostens war bald zu erwarten. Diese Konfrontation drohte bei zugespitzten politischen Konflikten in einen Weltkrieg zu münden, provozierte einen ungehemmten Rüstungswettlauf zu Lasten der sozioökonomischen Entwicklung von Milliarden von Menschen und hatte verheerende Auswirkungen auf ratio und emotio der Menschen – hunderte Millionen Männer, Frauen und Kinder betrachteten die andere Seite nur durch Raketenzüne. Diese mentale Degeneration ist keineswegs überwunden, sondern wird noch lange fortwirken. Sie äußert sich vor allem darin, daß alternatives und innovatives gesellschaftliches Denken, heute so notwendig wie

6 Vgl. Torsten Krauel: Force 2 gab den Anstoß zur Abrüstung. Was die CIA wirklich über Moskau wußte, in: Rheinischer Merkur, 5. Januar 1996.

7 Der Kalte Krieg. Eiszeit. Vom Entspannungskurs bis zur Rückkehr der Falken (1977-1981), in: wdr-Fernsehen, 26. September 1999, 21.00-21.45 Uhr.

8 Dean G. Acheson, der als USA-Außenminister 1949 den NATO-Vertrag unterschrieb, betonte schon 1944: Sollten die USA erneut in eine tiefe Rezession geraten, »dann dürfte klar sein, daß uns eine sehr schwere Zeit bevorsteht, was die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes betrifft. Wir können nicht noch einmal solch ein Jahrzehnt wie Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre durchmachen, ohne daß wir die weitreichendsten Konsequenzen für unser wirtschaftliches und soziales System tragen müßten«. Er ergänzte: »Wenn wir dieses Problem ins Auge fassen, dann läßt sich feststellen, daß es eine Frage der Märkte ist. Wir müssen dafür sorgen, daß das, was das Land produziert, unter finanziellen Bedingungen verwendet und verkauft wird, welche die Produktion erst ermöglichen«. Zit. nach William Appleman Williams: Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie, Frankfurt/M. 1973, S. 267.

9 William Appleman Williams: Die Tragödie ..., a. a. O., S. 265.

10 Josef C. Grew: Turbulent Era. A Diplomatic Record of Forty Years 1904-1945, Bd. II, Boston 1952, S. 1446; zit. nach Karl

Hubert Reichel: Wie macht man Kriege? Wie macht man Frieden, Dortmund 1973, S. 174 (2. Aufl.).

11 Bereits vor der von Shdanov vorgetragene Lagertheorie hatte Charles E. Bohlen, ein ranghoher Mitarbeiter im US-Außenministerium, am 13. März 1946 in einem Memorandum diese Theorie für die USA vorweggenommen. Er formulierte, »daß die Welt in zwei unversöhnliche feindliche Lager geteilt ist, das sowjetische und das nicht-sowjetische«.

Zit. nach Karl Drechsler: Die USA zwischen Antihitlerkoalition und Kaltem Krieg, Berlin (DDR) 1986, S. 203. Daran knüpfte Präsident Harry S. Truman in seiner Rede am 12. März 1947 an, indem er von den »zwei Lebensweisen« auf der Erde sprach.

Zit nach Klaus von Schubert (Hrsg.): Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945-1977, Teil 1, Köln 1978, S. 63.

12 Paul-Henri Spaak, 1957 bis 1961 NATO-Generalsekretär, sagte in diesem Zusammenhang, daß in den Hauptstädten aller Bündnisländer ein Stalin-Denkmal aufgestellt werden müßte, um uns daran zu erinnern, was wir dem sowjetischen Diktator schulden, da er den Zement geliefert hat, der das Atlantische Bündnis zusammenhält. Vgl. Robert McGeehan: Die Vereinigten Staaten und die NATO nach dem Kalten Krieg, in: NATO-Brief, Heft 1/1990, S. 9.

13 Zit. nach Bernd Greiner, Kurt Steinhaus: Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?, a. a. O., S. 127.

kaum jemals, unter Verdikt gestellt ist. Der Kalte Krieg, der seine entscheidende Prägung durch die Blockkonfrontation erhielt, war so materiell und geistig der teuerste aller Kriege. Seine indirekten Folgen machten ihn auch zu einem der opferreichsten: In etwa 190 lokalen Kriegen, in die seit 1945 105 Staaten verwickelt waren und in denen Großbritannien 76mal und die USA 52mal eigene Streitkräfte einsetzten, wurden 20 Millionen Menschen ermordet, etwa 60 Millionen verletzt und ein unbeschreibliches Elend in aller Welt verbreitet. Es ist das Versagen des untergegangenen Realsozialismus, daß er auf die machtpolitische Herausforderung bis Mitte der achtziger Jahre vordergründig machtpolitisch antwortete. Ideenreichtum auch in der Sicherheits- und Militärpolitik war vor dem »Neuen Denken« zu wenig zu erkennen.

*Drittens:* Von den USA und allen sozialismusfeindlichen Kräften wurde die NATO von Anbeginn an als die wichtigste Basis für eine Politik der Stärke gegen den gesellschaftlichen Wandel im Osten konzipiert. Die Befreiung der Völker Osteuropas vom Faschismus hatte Moskau höchste internationale Autorität verschafft und verdeckte zeitweilig den stalinistischen Terror. Dieses Renommee strahlte bis weit nach Westeuropa aus. Es bestand mehr denn je die akute Gefahr, daß sich jenseits der Elbe ein gesellschaftlicher Gegenentwurf fest etablierte und sich möglicherweise sogar noch nach Westen erweiterte. Daß die Attraktivität dieses Gegenentwurfs durch mangelnde wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Demokratiedefizite bald abnehmen würde, sahen Ende der vierziger Jahre die wenigsten voraus. So sollte das nordatlantische Militärbündnis die Ausdehnung des »Kommunismus« mit einer Politik des »containment« zunächst eindämmen und ihn mit dem »roll back« später zurückdrängen. Im Memorandum Nr. 7 des Nationalen Sicherheitsrates der USA, dem obersten militärpolitischen Planungsorgan, vom 30. März 1948 wurde Klartext gesprochen: »Die Niederschlagung der Kräfte des sowjetisch gelenkten Weltkommunismus ist für die Sicherheit der Vereinigten Staaten lebenswichtig. ... Dieses Ziel kann durch eine defensive Politik nicht erreicht werden.«<sup>13</sup>

In der Verbindung von überlegener ökonomischer Potenz, einem breiten Spektrum an bürgerlich-demokratischen Freiheitsrechten und der relativ offenen westlichen Gesellschaft sowie mit Hilfe eines wirkungsvollen Feldzuges in den elektronischen Medien wurde der östliche Gegner über die Jahrzehnte der Systemauseinandersetzung in einem Zustand der permanenten materiellen und geistigen Anspannung gehalten. Dem war er auf Dauer nicht gewachsen. Nicht wenige Autoren sprechen deshalb vom »Totrüten« des Realsozialismus. Auch der frühere USA-Außenminister Henry A. Kissinger ist überzeugt, daß die Superrüstung von Präsident Reagan der Sowjetunion schließlich »den Todesstoß versetzt« habe.<sup>14</sup> In Wahrheit aber hätte all dies keinen Erfolg haben können, wenn dieser Realsozialismus tatsächlich die zukunftsweisende Gesellschaft verkörpert hätte, wie er es beanspruchte.

Wenn die NATO das wichtigste machtpolitische Instrument des Westens in der Systemauseinandersetzung war, dann nicht mittels klassischer Aggressionspläne – jedenfalls gibt es bis heute keinerlei

Hinweise auf die Existenz solcher Pläne. Bei einem entsprechenden militärischen Kräfteverhältnis hätte sich der Osten wohl viel mehr auf das einzurichten gehabt, was heute mehr und mehr Praxis der NATO wird – auf militärische Politikvarianten unterhalb eines großen Krieges: Flugverbotszonen, ultimative Forderungen nach Stationierung von »NATO-Friedenstruppen«, selektive Luftangriffe, Besetzung von Teiltterritorien, Sperrung von Seegebieten. Dazu war bereits Anfang der sechziger Jahre in den USA mit der Theorie des »crisis managment« in Verbindung mit der 44sprossigen Eskalationsskala des Strategietheoretikers Herman Kahn jener geistige Vorlauf geschaffen worden, der dann auch Eingang in die 1968 offiziell verbindlich gewordene und bis zum Ende der Systemauseinandersetzung gültige NATO-Militärstrategie »flexible response« fand.<sup>15</sup> Daß die NATO jedoch zur Anwendung militärischer Gewalt grundsätzlich bereit war (den nuklearen Erstschatz eingeschlossen), daran ließ zum Beispiel das damalige Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates der USA Richard E. Pipes keinen Zweifel, als er im März 1981 unumwunden erklärte: »Die sowjetischen Führer müssen wählen zwischen der friedlichen Umwandlung des kommunistischen Systems in Richtung auf das westliche Modell oder in den Krieg ziehen.«<sup>16</sup> Auch in der BRD wurde die Diskussion zur Auffassung: »nicht der Frieden ist das Höchste der Güter«<sup>17</sup> besonders von den Konservativen und gerade im Zusammenhang mit der »Nachrüstungs«-Debatte in den achtziger Jahren immer wieder angefacht.

Der Bereitschaft, mit militärischer Macht offensiv Politik zu betreiben, entsprach die NATO-Doktrin der Abschreckung. Man müsse bereit sein, einen Gegner durch angemessene militärische Stärke von einem Krieg gegen die Verbündeten abzuhalten. Da dieser Gegner aber weder die Absicht noch die Möglichkeiten zu einer erfolgversprechenden militärischen Aggression hatte, diente diese Doktrin in der Praxis dazu, immer wieder neue Runden im Wettrüsten zu begründen.

Die zentrale Rolle des Nordatlantikblocks bei der Beseitigung des Realsozialismus wird heute kaum noch hinter den früher üblichen Bedrohungsszenarien verborgen, sondern ab und an schon direkt beim Namen genannt. So schrieb der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzende des NATO-Militärausschusses General Klaus Naumann zum 40. Jahrestag der NATO-Mitgliedschaft der BRD: »Ohne den Rückhalt im Bündnis hätten wir auch nicht die Überwindung sowjetischen Strebens nach Vorherrschaft in Europa, den Zusammenbruch des Kommunismus und das Ende der Teilung Europas und Deutschlands erreicht. Unser Bündnis hat einzigartigen historischen Erfolg erzielt, denn mit friedlichen Mitteln gelang es, die Konfrontation zu überwinden und den unterdrückten Völkern Europas den Weg in die von ihnen gewählte Freiheit zu ebnen.«<sup>18</sup> Nachdem nunmehr offen zugegeben wird, daß das Ziel der NATO nicht nur die Eindämmung, sondern die »schließliche Überwindung der sowjetischen Bedrohung«<sup>19</sup> gewesen sei, hält man der NATO auch stolz zugute, daß »die Sowjetmacht in der passiven Konfrontation zerbrach«. Dieser Erfolg der NATO sei der »zweite Entscheidungssieg in Europa seit 1945«

14 Vgl. Jürgen Bruhn: Der Kalte Krieg oder: Die Totrüstung der Sowjetunion, Gießen 1995, S. 103.

15 Vgl. NATO – Strategie und Streitkräfte, Berlin (DDR) 1980 S. 263-282 (2. Aufl.); Final Decision on MC 14/3. A Report by the Military Committee to the Defence Planning Committee on overall strategic concept for the defence of the North Atlantic Treaty Organization area, in: Gregory W. Pedlow (Hrsg.): NATO Strategy Documents, Brüssel 1997, S. 345-370.

16 Wer torpediert die Genfer Verhandlungen? Tatsachen und imperialistische Selbstzeugnisse beweisen USA-Obstruktionspolitik, in: Neues Deutschland, vom 18. November 1983; Archiv der Gegenwart, Sankt Augustin 1983, S. 26463. Der damalige Außenminister und vorherige Oberste Befehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa, General Alexander M. Haig, erklärte in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* vom 11. September 1981 in gleichem Geiste, daß es Wichtigeres gebe als den Frieden. Dem stimmte sein früherer Amtskollege Kissinger »im Prinzip« zu. Vgl. Die Philosophie des Friedens gegen die Ideologie des Krieges, Berlin (DDR) 1984, S. 148, 251.

17 So der Leiter des Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg, Basiliius Streithofen, in einer Adresse an den CDU-Bundesparteitag 1981. Zit. nach Karen Schönwälder: Frieden wollen wir doch alle. Konservative Reaktionen auf die Friedensbewegung der 80er Jahre in der Bundesrepu-

blik, in: Reinhard Kühnl, Karen Schönwälder (Hrsg.): Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg. Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung in Geschichte und Gegenwart, Köln 1986, S. 267.

18 Klaus Naumann: Solidarisch handeln, Risiken teilen, in: bundeswehr aktuell, Nr. 33, 9. Mai 1995, S. 3.

19 Werner Link: Die NATO im Geflecht internationaler Organisationen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, B 11/1999, 12. März 1999, S. 11.

20 Lothar Rühl: Ein halbes Jahrhundert Nordatlantische Allianz, in: Ebenda, S. 5f.

21 Vgl. Konstantin Borissow, Grigori Vitaljew: Pakt gegen den Krieg, in: Neue Zeit (Moskau), Nr. 24/1979, S. 24.

22 US-Präsident Truman warnte 1950: »1932 war das System der privaten Unternehmen beinahe zusammengebrochen. Wenn wir den Kampf zwischen Freiheit und Kommunismus gewinnen wollen, müssen wir solch eine Rezession nicht wieder zulassen.« Norbert Wiggershaus schätzt ein: »Tatsächlich dominierte bei den westlichen Mächten die Furcht vor einem Umsturz des Gesellschaftssystems, hervorgerufen durch wirtschaftliche und soziale Krisen, den Einfluß und die Anziehungskraft des Kommunismus in Westeuropa sowie gezielte Infiltration nebst politischem und wirtschaftlichem Druck aus Moskau.« Norbert Wiggershaus: Nordatlantische Bedrohungs-

gewesen, der deswegen so vollkommen ausgefallen wäre, »weil alle Ziele erreicht wurden«. Die »Konfrontation (endete) nicht nur in der Niederlage des Gegners, sondern in dessen Staatsuntergang und mit der Auflösung von dessen Bündnissen«<sup>20</sup>. Ohne Umschweife wird also vom »Sieg der NATO« gesprochen, ein Wort, das nur dann Sinn hat, wenn es eine entsprechende Absicht gab. Diese lag im übrigen auch der vom Westen seit dem Harmel-Bericht von 1967 betriebenen Doppelstrategie »Rüsten und Verhandeln« zugrunde, mit der der Weg für das partielle Eingehen des Westens auf die Entspannungspolitik geebnet wurde. Heute kann an Hand von Dokumenten nachgewiesen werden, daß damit vor allem »die Überwindung des status quo« erreicht werden sollte. Dies geht auch aus der Studie des BRD-Außenministeriums »Überlegungen zur Außenpolitik einer künftigen Bundesregierung« hervor, die 1969 entstand. Es spricht somit vieles dafür, daß der Nordatlantikblock keinen ursächlich defensiven, sondern exterminatorischen Charakter trug.

*Viertens:* Mit der Gründung der NATO, auf die von sowjetischer Seite mit der Schaffung der Warschauer Vertragsorganisation reagiert wurde, wurde die bislang größte Aufrüstungsspirale der Weltgeschichte in Gang gesetzt. Sie erfaßte nicht nur beide Militärblöcke, sondern riß auch die meisten anderen Staaten der Erde in der einen oder anderen Form mit in den Strudel. Bis 1979 hatten Rüstung und Krieg seit 1945 schon ca. 6,5 Billionen Dollar verschlungen.<sup>21</sup> 1985 erreichten dann die Weltmilitärausgaben mehr als eine Billion Dollar im Jahr.

Wohl gab es bei dem, was sich zwischen West und Ost bis 1989/90 abspielte, eine wechselseitige Rüstungsdynamik. Dennoch hatten wir es nicht mit einem Rüstungswettkampf im eigentlichen Sinne zu tun. Die entscheidenden Initiativen gingen fast ausschließlich von den USA bzw. der NATO aus. Es gab nur zwei Ausnahmen: Die UdSSR hatte am 12. August 1953 die Nase vorn bei der erstmaligen Zündung einer transportablen Kernfusionswaffe und am 4. Oktober 1957 beim erfolgreichen Start von »Sputnik 1« – faktisch einer Interkontinentalrakete. Die Militärmacht des Ostens war aber nie wirklich die Bedrohung für den Westen. So absonderlich es heute klingen mag: Als die eigentliche Bedrohung empfand das westliche Establishment über lange Jahrzehnte den Angriff auf den Hegemonialanspruch des Kapitalismus und die davon ausgehende »Bedrohung« seiner Zukunft durch einen gesellschaftlichen Gegenentwurf. Große Befürchtungen bestanden gegenüber dem vermuteten inneren Potential des Staatssozialismus, besonders dann, wenn der Kapitalismus noch einmal in eine große Depression geraten sollte.<sup>22</sup> Schon 1947 sorgten die Westmächte deshalb dafür, daß die Kommunistischen Parteien aus den Regierungen in Frankreich, Belgien, Luxemburg und Italien gedrängt wurden. Ein ähnliches Schicksal widerfuhr diesem Teil der Linken in Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Österreich und San Marino. Bis 1948 verschwanden die Kommunisten auch aus der letzten der westdeutschen Landesregierungen (Nordrhein-Westfalen), in denen die KPD bis dahin vertreten war. Mit den ökonomischen und technologischen Leistungen der Sowjetunion Ende der fünfziger



und in den sechziger Jahren, die sich vor allem in der Weltraumtechnik manifestierten, trat die gesellschaftliche Herausforderung des anderen Systems nochmals und lang andauernd in das Bewußtsein der westlichen Staats- und Wirtschaftslenker.

*Fünftens:* Nach der Gründung der NATO entstand ein ganzes System von Militärblocken in aller Welt. Die wichtigsten von ihnen waren die SEATO (1954-1977 mit Australien, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland, Pakistan, Philippinen, Thailand, USA), der Bagdad-Pakt (1955-1959) und die CENTO (1959-1979 mit Großbritannien, Iran, Pakistan, Türkei, USA/kein Vollmitglied; beim Bagdad-Pakt zusätzlich Irak) sowie ANZAM (1949 gegründet mit Großbritannien, Malaysia, Singapur, Australien, Neuseeland), ANZUS (1951-1986 mit USA, Australien, Neuseeland) und ANZUK (1971 gegründet mit Australien, Neuseeland, Großbritannien, Malaysia, Singapur). Sie alle wurden direkt oder indirekt von den USA beherrscht. Kern dieses Bündnissystems war die NATO selbst. Zusammen mit einem umfangreichen Stützpunktnetz, das NATO-Staaten in aller Welt unterhielten – allein die USA verfügten z. B. Mitte der siebziger Jahre über mehr als 2.700 Militärbasen in rund 40 Ländern, auf denen etwa 500.000 Militärangehörige stationiert waren –, war damit der realsozialistische Gegner von allen Seiten umschlossen. Seine potentiellen Bündnispartner in der Dritten Welt wurden militärisch in Schach gehalten bzw. in Kriege und Konflikte verwickelt.

Diese Richtung der Militärblockpolitik wird auch mit der »NATO II« fortgesetzt: Der Nordatlantikpakt, der schon Anfang der fünfziger Jahre das (gescheiterte) Projekt einer Europaarmee aktiv vorangetrieben hatte, ist Ziehvater der Umwandlung der Westeuropäischen Union in ein in die Europäische Union eingegliedertes Militärbündnis. Das soll bis Ende 2000 erreicht sein, wobei der neue Militärblock auf die militärische und infrastrukturelle Unterstützung der NATO angewiesen bleiben wird.

*Sechstens:* Die NATO, ihre Führungsmächte und andere Mitgliedstaaten waren in den letzten 50 Jahren eine aktive Stütze des Kolonialismus und Neokolonialismus und führten unter Rückgriff auf NATO-Strukturen Kriege und militärische Konflikte in aller Welt. Artikel 6 des NATO-Vertrages in seiner Fassung vom 4. April 1949 bezeichnete »die algerischen Departements Frankreichs« als Vertragsgebiet,<sup>23</sup> womit sich die Bündnispartner hinter die Pariser Kolonialpolitik stellten. Allein in den folgenden 30 Jahren gab es mehr als 150 lokale militärische Konflikte, in denen einzelne bzw. (etwa zu einem Drittel der Aktionen) mehrere NATO-Staaten oder ihre direkten Verbündeten involviert waren.<sup>24</sup> Waffenlieferungen und andere militärische Unterstützung, Nachlässe bei der Finanzierung gemeinsamer Vorhaben des Bündnisses, die Abgabe von Aufklärungsdaten durch NATO-Einrichtungen über die Gegner und die Bereitstellung von Infrastrukturanlagen des Paktes waren die wichtigsten Instrumentarien, mit denen das Nordatlantische Bündnis Mitgliedsstaaten (vor allem in den Kolonialkriegen), aber auch befreundete Regimes in aller Welt unterstützte. All das war überwölbt von einer uneingeschränkten politischen Rückendeckung. Durch diese Politik der NATO wurde die Entkolonialisierung in der

perzeptionen im »Kalten Krieg« 1948-1956, in: Klaus A. Maier, Norbert Wiggershaus (Hrsg.): Das Nordatlantische Bündnis 1949-1956, München 1993, S. 24.

23 Vgl. NATO – Chronik, Fakten, Dokumente, Berlin (DDR) 1983, S. 15.

24 Vgl. Robert E. Osgood: Limited War Revisited, Boulder 1979, S. 16. Von 1945 bis 1970 waren allein die NATO-Mächte USA, Großbritannien, Frankreich und Portugal an insgesamt 60 militärischen Aktionen beteiligt. Der Hauptanteil entfiel mit 26 Interventionen und zusammen 73 Kriegsjahren auf die USA. Vgl. Ein Anti-Weißbuch. Materialien für eine alternative Militärpolitik, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 26.

Dritten Welt um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte verzögert. Zugleich wurden in offenem Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten nicht genehme Regimes mit Waffengewalt bekämpft und ›hinweggeputscht‹.

Bereits lange vor den jüngsten Entwicklungen gegen Jugoslawien, mit denen die NATO erstmals als Gesamtorganisation militärisch aktiv wurde, gab es energische Anstrengungen in diese Richtung. Sie wurden von der kritischen Öffentlichkeit jedoch kaum wahrgenommen. Von jeher galt, was der Oberste Befehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa, General Haig, 1978 erklärte: »NATO-Interessen überschreiten das NATO-Gebiet«<sup>25</sup>. Eine Zäsur wurde schließlich 1981/82 erreicht, als der NATO-Rat auf Drängen der USA eine Leitlinie für militärische Aktionen außerhalb des Vertragsgebietes beschloß.<sup>26</sup> Im Kommuniqué des obersten NATO-Gremiums am 10. Juni 1982 stellten die Staats- und Regierungschefs des Bündnisses dazu verklausuliert fest, »daß Entwicklungen außerhalb des NATO-Gebiets unsere lebenswichtigen Interessen bedrohen können« und daß sie in dieser Hinsicht »gemeinsame Ziele« verfolgten.<sup>27</sup> Die diesbezüglichen Bestrebungen liefen jedoch ins Leere, weil der West-Ost-Konflikt den Großteil der militärischen Kräfte band, die politische Aufmerksamkeit auf sich zog und eine Reihe von Bündnispartnern nicht bereit war, dem Kurs der USA zu folgen.

Der Antrieb für alle Aktivitäten, auch außerhalb des NATO-Vertragsgebietes militärisch handlungsfähig zu werden, ist bis heute der gleiche geblieben: Die Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Interessen. Es gehe, so sagte das Mitglied des USA-Kongresses Michael T. Klare 1974, »noch immer darum, unsere oberste Machtposition auf dem Planeten, ob auf militärischem oder wirtschaftlichem Gebiet, zu erhalten und unsere Kontrolle über die ausländischen Märkte und die Rohstoffquellen ... zu verstärken«<sup>28</sup>. Freimütig konnte deshalb beim Zusammenbruch des Realsozialismus auch die künftige Alternative für die NATO so formuliert werden: »Out of area or out of business«<sup>29</sup>.

*Siebertens:* Über Jahre und Jahrzehnte hinweg stützte der Nordatlantikpakt diktatorische und sogar faschistische Regimes in aller Welt, darunter in den NATO-Staaten selbst. Das faschistische Salazar-Regime Portugals gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Bündnisses. Nichts wurde gegen die Militärputsche in der Türkei 1960, 1971 und 1980 unternommen. Die undemokratische türkische Innenpolitik und die Verfolgung bzw. militärische Bekämpfung von nationalen Minderheiten wie den Kurden wird bis auf den heutigen Tag toleriert. Bewaffnung und Ausrüstung werden zu Vorzugsbedingungen an Ankara geliefert. 1967 unterstützte die NATO die Errichtung einer Militärdiktatur in Griechenland, die bis zu ihrem Ende 1974 zu den schlimmsten in Europa gehörte.

Enge Beziehungen wurden zu autokratischen Regimes in Nicht-NATO-Ländern unterhalten, darunter vor allem zu Franco-Spanien, zum rassistischen Südafrika und zu den blutigen Militärdiktaturen in Brasilien, Chile und Argentinien.

25 General Haig: NATO-Interessen überschreiten das NATO-Gebiet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Januar 1978.

26 Vgl. Lothar Rühl: Ein halbes Jahrhundert ..., a. a. O., S. 4.

27 Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 66, 30. Juni 1982, S. 583; NATO-Staaten und militärische Konflikte, Berlin (DDR) 1988, S. 357.

28 Michael T. Klare: Die amerikanische Militärstrategie nach Vietnam, in: Le monde diplomatique, März 1974.

Zit. nach Gerd Münch: Zu einigen neuen Gesichtspunkten der Militärstrategie der USA, in: NATO gegen Sicherheit und Entspannung in Europa, Potsdam 1974, S. 106.

29 Lothar Rühl: Ein halbes Jahrhundert ..., a. a. O., S. 7.



Im Selbstverständnis der NATO wird immer wieder darauf verwiesen, daß die NATO nicht nur ein Militärpakt, sondern vor allem eine Wertegemeinschaft sei. In der Präambel des Nordatlantikvertrages (und später in zahllosen Erklärungen und Kommunikqués) wird betont: Die Parteien »sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten«. Auf dem Altar der Systemauseinandersetzung und anderer politischer Intentionen sind diese Prinzipien mindestens beschädigt worden und haben erheblich an Glaubwürdigkeit eingebüßt.

*Achtens:* Die NATO war stets auch ein Bündnis gegen Systemveränderungen im Innern, auch gegen solche, wenn sie auf demokratischer Grundlage erfolgen sollten. Bereits im Vorfeld seiner Gründung hatten die Initiatoren des Blocks mit bewaffneter Gewalt erfolgreich in den griechischen Bürgerkrieg (1946-1949) zugunsten der Rechtskräfte eingegriffen. Und schon in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre beginnend wurde eine scharfe repressive Kampagne gegen Linkskräfte entfacht, die im McCarthyismus der USA und im Verbot der KPD in der BRD 1956 ihre Höhepunkte fand. Im Artikel 4 des Nordatlantikvertrages verständigten sich die Mitgliedsländer auf Konsultationen, wenn »die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer der Parteien bedroht sind«<sup>30</sup>. Dieser Artikel wird mitunter auch als »Eingreifklausel« bezeichnet.

Bereits im Gründungsjahr der NATO erklärte mit US-Außenminister Dean G. Acheson einer ihrer »Väter«, daß revolutionäre Tätigkeit in einem NATO-Land als bewaffneter Angriff auf das gesamte Paktsystem gewertet und entsprechend geahndet werde.<sup>31</sup> Militärische Planungen der USA verlangten in diesem Sinne die »Entwicklung von Programmen zur inneren Sicherheit und zur zivilen Verteidigung«. In der Folgezeit wurden spezielle Organe geschaffen – wie zum Beispiel 1955 der Oberausschuß für zivile Notstandsplanung –, die sich mit der Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt in Krise und Krieg beschäftigen. Das »Action Committee 46«, ein Unterausschuß des NATO-Sicherheitsausschusses, befaßt sich speziell mit der Koordinierung militärischer, geheimdienstlicher und anderer Maßnahmen gegen den »inneren Feind«.

Die »NATO I« gehörte zu einer internationalen Ordnung, in der ein funktionales – nicht numerisches – Gleichgewicht der militärischen Kräfte und des Schreckens herrschte. Unter dem Damoklesschwert nuklearer Selbstvernichtung bescherte es Europa nichtsdestoweniger die längste Friedensperiode seiner Geschichte. Dies nicht zuletzt deshalb, weil diese Ordnung auch auf notwendigem Ausgleich und Kompromiß beruhte. In den letzten Jahren der Systemauseinandersetzung kam die gemeinsame Erkenntnis in Ost und West hinzu, daß mit militärischer Gewalt politische Probleme nicht dauerhaft gelöst werden können. Diese Ergebnisse haben zu einer Art Gewohnheitsverpflichtung zu militärischer Zurückhaltung geführt. Ihre Beachtung nach dem Ende des West-Ost-Konflikts hätte eine Zukunft des Friedens und der Prosperität eröffnen können.

30 Zit nach NATO – Chronik ..., a.a.O.

31 Vgl. Karl Hubert Reichel: Wie macht man Kriege? ..., a.a.O., S. 194.

32 Durch die Osterweiterung der NATO wuchs der Streitkräftenumfang der Bündnisstaaten auf 4,22 Millionen Mann bei einer Bevölkerung von nunmehr 773,5 Millionen und einer Gesamtfläche der Bündnisstaaten von 23.329.828 qkm.

33 Vgl. NATO – Chronik ..., a.a.O.

34 Jan Kuebart, Tilo Maedler: Globale Intervention oder Sicherheit in und für Europa? Zur zukünftigen Rolle der NATO, in: Soldat und Technik, Heft 6/1999, S. 331. Im offiziellen Informationsdienst zur Sicherheitspolitik wurden diese Interessen wie folgt umrissen: »Die Sicherheit des Bündnisses muß ... den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von ... Risiken umfassender Natur berührt werden, einschließlich Terrorakte, Sabotage und organisiertes Verbrechen sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen. Die unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte, kann ebenfalls Probleme für die Sicherheit und Stabilität des Bündnisses aufwerfen«. Rolf Clement: Die neue NATO, in: Der Mittler-Brief, 2. Quartal 1999, S. 5.

35 »Aggression ist bewaffnete Gewalt, die ein Staat gegen die Souveränität, territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates anwendet oder die in irgendeiner anderen Weise mit der Charta der Vereinten Nationen unvereinbar ist ...« Als Aggressionshandlung gilt unter an-

### Die »NATO II« – als global player

Mit dem Scheitern des Staatssozialismus zerbrach eine der Säulen des Nachkriegssystems und der relativen Stabilität in Europa. Eine gesamt europäische Friedensordnung hätte an seine Stelle treten müssen, um Sicherheit, ohne exklusive Militärpakte, dauerhaft zu garantieren.

Statt dessen wird die NATO ausgebaut – gegen den Rest der Welt. Die »NATO I« wird zur »NATO II«. Damit erfährt die NATO eine dreifache Erweiterung:

*Erstens* dehnte sie sich territorial nach Osten aus, indem die drei früheren Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages Polen, Tschechien und Ungarn in die NATO eintraten und mit Bulgarien, Rumänien und der Slowakei sowie einigen nicht-russischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion weiteren Warschauer-Vertrags-Mitgliedern mittelfristig die Aufnahme in Aussicht gestellt wurde. Das war der bislang wichtigste Schritt zur Vorherrschaft der NATO über den »alten« Kontinent und zur Marginalisierung der Großmacht Rußland, nachdem die gesellschaftliche Transformation in Mittel- und Osteuropa, der Zerfall des Warschauer Vertragsbündnisses – kurz: der Umsturz der europäischen Nachkriegsordnung – dafür die Weichen gestellt hatten.<sup>32</sup>

*Zweitens* erweiterte sie den von ihr gemäß Nordatlantikvertrag von 1949 beanspruchten räumlichen Zuständigkeitsbereich. Dieser beschränkte sich nach Artikel 6<sup>33</sup> bis dato auf die Staatsgebiete der Vertragspartner sowie den Nordatlantik und endete im wesentlichen an den Randmeeren der Mitgliedsstaaten bzw. im Süden am Wendekreis des Krebses. Mit ihrem neuen »Strategischen Konzept« vom April 1999 wird die NATO von einem transatlantischen (zwar überregionalen, aber eingegrenzten) militärisch-politischen Bündnis zu einem solchen ohne geographische Begrenzung. Das ist ein in der Geschichte einzigartiger Vorgang.

*Drittens* erweitert die NATO mit dem neuen »Strategischen Konzept« ihr Aufgabenspektrum. War es laut Präambel des Nordatlantikvertrages bisher auf die gemeinsame Verteidigung und die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit festgelegt, so soll die NATO jetzt »zur umfassenden Verteidigung amerikanischer und europäischer Interessen in der Welt befähigt werde(n)«<sup>34</sup>. Ausdruck dessen war die Aggression gegen Jugoslawien im Frühjahr 1999. Die NATO führte zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen Krieg – und zwar einen Angriffskrieg unter Bruch des Völkerrechts, anderer internationaler Vereinbarungen, nationaler Verfassungen und weiteren nationalen Rechts von NATO-Mitgliedstaaten.<sup>35</sup>

Das Ergebnis all dessen wird von weltpolitischer Bedeutung sein. Die NATO ermächtigt sich zum Fundament der europäisch-atlantischen kapitalistischen Industriestaaten mit erdumspannendem politisch-militärischen Ordnungsanspruch, sie wird »global player«, sie wird zudem das Schutz- und Trutzbündnis der Reichen gegen die Armen dieser Welt.

Was wir erleben, sind erst die Anfänge eines langfristigen Prozesses hin zu »globaler Handlungsfähigkeit zur Wahrung eigener sicherheitspolitischer Interessen«<sup>36</sup>. Mit der Speerspitze ihrer Führungsmacht USA strebt die NATO dabei das Primat gegenüber

den Vereinten Nationen, aber auch über die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) an – was in der Selbstmandatierung des Nordatlantikblocks für den Krieg gegen Jugoslawien den prägnantesten Ausdruck fand. All das widerspiegelt den Übergang von der Bipolarität der Welt nach 1945 zur Unipolarität. Die NATO ist offensichtlich entschlossen, den unausweichlich immer stärker aufbrechenden sozioökonomischen Konflikten weltweit äußerstenfalls auch mit militärischen Mitteln zu begegnen. Die Hemmschwelle für militärischen Interventionismus sinkt. Die »NATO II« wird – wer wollte daran nach dem Balkankrieg noch zweifeln – bereit sein, zur Durchsetzung eigener Interessen und Wertvorstellungen offensiv und aggressiv militärische Gewalt einzusetzen. Nicht wenige denken schließlich, daß das Bündnis im Extremfall überdies als Ordnungsfaktor im Innern auftreten würde – ein Aspekt, der in der öffentlichen Diskussion zu meist unterbelichtet ist.

Militärische Macht bleibt zwar – in den Worten des früheren Generalinspektors der Bundeswehr Admiral Armin Zimmermann – »Standbein« der Politik, wird aber auf diese Weise zunehmend auch wieder zu ihrem »Spielbein«<sup>37</sup>.

Die »NATO I« war auf den Sieg über die andere Seite gerichtet. Das war die Voraussetzung für die Wiedereroberung der Weltherrschaft des Kapitals. Diese Wiedereroberung ist heute erreicht. Nun geht es um nichts anderes als um die politische und ökonomische Ausnutzung dieses Zustandes. Wesensinhalt der »NATO II« ist die Erhaltung und Verwertung der bestehenden Eigentumsverhältnisse, die sich in einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung bzw. in einer ebenso ungerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sowie in adäquaten Machtverhältnissen ausdrücken. Das wird auch nicht dadurch geändert, daß die Mehrheit der Bevölkerung in den NATO-Staaten diese Machtverhältnisse mitträgt – sei es aus Überzeugung, Fehlinformiertheit oder einfach nur aus Desinteresse.

derem: Die »Bombardierung des Territoriums eines anderen Staates durch die Streitkräfte eines Staates oder der Einsatz jeglicher Waffen durch einen Staat gegen das Territorium eines anderen Staates ...«

Resolution 3314 der XXIX. UNO-Vollversammlung vom 14. Dezember 1974; zit. nach UNO-Bilanz 1974/75, in: Deutsche Außenpolitik, Sonderheft 1975, S. 205f.

36 Jan Kuebart, Tilo Maedler: Globale Intervention ..., a. a. O., S. 335.

37 Vgl. Armin Zimmermann: Die Rolle der Streitkräfte im Rahmen des Doppelkonzepts »Verteidigung und Entspannung« des Nordatlantischen Bündnisses, in: Wehrkunde, Heft 2/1973, S. 59f.; Schützt uns die NATO noch? Gespräch mit dem Generalinspekteur Armin Zimmermann, in: Deutsche Zeitung/Christ und Welt, Nr. 12, 23. März 1973, S. 6.

RONALD SASSNING

# Thälmann, Wehner, Kattner, Mielke. Schwierige Wahrheiten

## *Eine Kasette mit einem Mikrofilm*

Am Jahresende 1967 schied der stellvertretende Polizeipräsident von Berlin (DDR), der Oberst der Volkspolizei Messner, aus dem Dienst. Bei der Übergabe der Amtsgeschäfte fand sich in seinem Panzerschrank eine Filmbüchse mit einem Mikrofilm, auf dem eine Reihe von Dokumenten festgehalten war.<sup>1</sup>

Sofort setzten im MfS hektische Aktivitäten ein – in seinen Spitzengremien ebenso wie in den Hauptabteilungen IX und XX. Die Hauptabteilung IX/11 war für die Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen zuständig und umfaßte vier Referate mit insgesamt fünfzig Mitarbeitern, während sich die Hauptabteilung XX/AG 1 mit Sicherheitsüberprüfungen verschiedener Art beschäftigte, unter anderem bei Behörden, bei den Blockparteien, bei den Massenorganisationen und bei Geheimnisträgern. Aus diesen Zuständigkeiten erklärt sich, daß heute nicht nur Forschungen zur DDR, sondern eben auch zur Geschichte der KPD, der SPD und anderer deutscher Parteien und Bewegungen auf eine gründliche Nutzung der Archive des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – der Gauck-Behörde – nicht verzichten können.

Am 23. Januar 1968 übergab der Leiter der Arbeitsgruppe des Ministers, Generalmajor Alfred Scholz, den bewußten Film an die Hauptabteilung IX zur weiteren Überprüfung der Angelegenheit. Dies hatte der Erste Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, Generalleutnant Bruno Beater, entschieden.<sup>2</sup> Das Material betraf Ereignisse aus den ersten Märztagen des Jahres 1933, die also 35 Jahre zurücklagen und dennoch von großer Aktualität waren. Auf dem Film befanden sich »Dokumente zur Verhaftung Ernst Thälmanns im März 1933« und Hinweise auf Verräter.<sup>3</sup> Die SED-Führung berief sich in ihrer Politik auf das Vermächtnis Ernst Thälmanns. Er hatte in der DDR den Status eines Heiligen. Alles, was mit ihm zu tun hatte, galt als brisant.

Durch diesen Filmfund wurde die Verhaftung des KPD-Führers im Jahre 1968 erneut aufgerollt. Deshalb formulieren die Verantwortlichen des MfS für die umfassende Auswertung des Mikrofilms folgende Fragen: »Weshalb der betr. Oberst d. Vp. diesen Film aufbewahrte?«. Ferner, »wer von den im Film genannten Verrätern und Beteiligten noch lebt und was mit ihnen geschehen ist?«<sup>4</sup>

Von den Mitarbeitern des MfS wurde der ehemalige Vize-Polizeipräsident in seiner Wohnung ausführlich befragt. Doch der konnte

Ronald Sassning – Jg. 1934, Dr. sc. phil., 1990-1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Bundesschiedskommission der PDS zur Rehabilitierung von Opfern des Stalinismus in der UdSSR und DDR; Publikationen zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der KPD sowie zu Biographien antifaschistischer Widerstandskämpfer

1 Vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Zentralarchiv, MfS-Hauptabteilung IX, Nr. 4320 (Im folgenden zitiert als BStU, ZA, MfS-HA ...).

2 Ebenda.

3 Aktenvermerk von Oberstleutnant Stolze (HA IX/11) vom 7.5.1968, ebenda.

4 BStU, ZA, MfS-HA, IX, Nr. 4320.

– oder wollte – sich an nichts erinnern, was mit der Herkunft oder dem Inhalt der Filmbüchse zu tun hatte. Er habe sie im Jahre 1955 von seinem Vorgänger Karl Dienstbach übernommen, der in den ersten Nachkriegsjahren Leiter der Berliner Kriminalpolizei gewesen war und dem auch die Abteilung »K 5«– die Vorläuferstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) – unterstand. »Auch Genosse Dienstbach konnte keine Klärung bringen, da er sich in keiner Weise an einen derartigen Film erinnern konnte.«<sup>5</sup>

5 Ebenda.

Die Recherche ergab, daß der Film in der Zeit zwischen 1945 und 1953 gefertigt worden war und Ergebnisse von Untersuchungen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit enthielt.<sup>6</sup>

6 Ebenda.

Bei den von den Hauptabteilungen IX und XX gemeinsam durchgeführten Untersuchungen kam auch ans Licht, daß bereits »beim Leiter der Hauptabteilung XX, Genossen Oberst Kienberg, operative Materialien zu den Umständen, die zur Inhaftierung des Genossen Ernst Thälmann führten, sowie über die in diesem Zusammenhang belasteten Personen vorliegen«<sup>7</sup>. Die Abteilung zur Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen war also von der Hauptabteilung XX über Jahre hinweg über Erkenntnisse, die in ihr Aufgabengebiet fielen, in Unkenntnis gelassen worden. Die Hauptabteilung XX/AG 1 wurde veranlaßt, aus den vorhandenen Polizei- und Gestapoakten ein ausführliches Dossier (25. Januar 1968) zusammenzustellen. Es enthielt jene Angaben über die Verhaftung Ernst Thälmanns und seiner Mitarbeiter Werner Hirsch, Erich Birkenhauer und Alfred Kattner am 3. März 1933 bei der Familie Hans und Martha Kluczynski in Berlin-Charlottenburg, die den zuständigen Mitarbeitern dieser Hauptabteilung schon seit langem bekannt waren. Kluczynskis Gartennachbar in Berlin-Gatow, Hermann Hilliges, sei der »Verräter und Spitzel« gewesen, zusammen mit dem Polizeihauptwachtmeister Max Laube. Weiterhin wurden Namen und Lebensdaten von vier Personen aufgeführt, die ebenfalls Spitzeldienste geleistet hätten. Dazu gab es noch eine Anlage mit einer Aufstellung »der Polizeikräfte und Personen, die Kenntnis von den Zusammenhängen über die Verräter und die Festnahme des Genossen Thälmann hatten«. Die Liste, auf der sich mehr als ein Dutzend Namen befanden, reichte vom ersten Gestapo-Chef Rudolf Diels über SA-Führer, leitende Beamte der Politischen Polizei, Reviervorsteher bis hin zu Dr. Kurt Rosenfeld, einem der Thälmann-Anwälte.<sup>8</sup>

7 Mitteilung von Oberst Heinitz (HA IX) an Generalleutnant Beater vom 24.4.1968, ebenda.

Dieses Material ging an die Hauptabteilung IX/11. Deren Spezialisten sichteten außerdem Berge von Materialien. Dazu gehörten die umfangreichen Gestapo- und NS-Justizakten, darunter gesperrte Unterlagen über die Vorgänge am 3. März 1933 und über den Auftragsmord an Thälmanns Geheimkurier Alfred Kattner ein knappes Jahr später. Auch die einschlägige DDR-Literatur über den Widerstand der KPD wurde analysiert. Zudem hatten Historiker »Rezensionen« über bestimmte Memoiren anzufertigen, oft ohne zu ahnen, was hinter dem Auftrag steckte.

Die Hauptabteilung IX stellte zunächst bis zum 24. April 1968 aus den Angaben auf dem Film und den anderen Materialien ein neues Dossier zusammen. Thälmann, so hieß es darin, sei am 3. März 1933 in seinem illegalen Quartier bei der Familie Kluczynski

8 Vgl. BStU, ZA, RHE V 9/62, Bd. 4. Als einer der Verantwortlichen für den Terror in den ersten Jahren des NS-Regimes hatte Diels übrigens in der BRD mit seinem Buch »Lucifer ante portas« seit Beginn der fünfziger Jahre Legendenbildung mit dem Ziel betrieben, den Terrorapparat der Nazis und sich selber reinzuwaschen.



in der Lützower Straße 9 in Berlin-Charlottenburg durch Beamte des Polizeireviers 121 unter Leitung des Polizei-Hauptmanns Baumann festgenommen worden. Durch Dokumente sei zweifelsfrei erwiesen, daß durch den im Film genannten Hermann Hilliges (Jahrgang 1880) »der Aufenthaltsort des Genossen Ernst Thälmann verraten wurde«.

Die Familie Kluczynski habe neben ihrer Charlottenburger Wohnung eine Laube in Berlin-Gatow besessen. Als Gartennachbar der Kluczynskis habe Hilliges vom Aufenthalt Thälmanns in der Lützower Straße 9 Kenntnis erhalten und bereits am 1. März den Hauptwachtmeister Max Laube (Jahrgang 1895), dem zuständigen Landposten in Berlin-Gatow, informiert. »Die Verräter Hilliges, Hermann und Laube, Max«, so wurde festgestellt, »wurden am 11.7.1945 durch die sowjetischen Organe inhaftiert, über ihr weiteres Schicksal konnte nichts ermittelt werden«.<sup>9</sup>

9 BStU, ZA, MfS-HA IX, Nr. 4320.

Neben diesen beiden hätten im Februar und März 1933 noch andere Personen Mitteilungen über die »kommunistische Einstellung« des Ehepaares Kluczynski und »ihre Verbindungen zu Ernst Thälmann« gemacht – so ein Heinrich Herbst (Jahrgang 1881), ein Paul Schneider (Jahrgang 1881) und ein Ernst Bahr. Laut Sterbeurkunden wären Schneider 1943 und Herbst 1945 in Berlin verstorben. Über Bahr, so lautete es ergänzend in einer anderen Akte, sei lediglich bekannt, daß er auf Grund eines Ersuchens des Landesvorstandes der SED von Groß-Berlin an die Deutsche Verwaltung des Innern vom 19. September 1947 wegen des dringenden Verdachts, »Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben«, im thüringischen Ziegenrück aufgespürt, von der Kriminalpolizei-stelle Pößneck festgenommen und dann von der K 5 nach Einschaltung des sowjetischen Armee-Generalstaatsanwalts an die Besatzungsmacht übergeben worden sei.<sup>10</sup>

10 BStU, ZA, RHE V 9/62, Bd. 1.

Folgende Geschichte aus der unmittelbaren Nachkriegszeit fördern die Nachforschungen zutage:

Ein Zufallsfund unmittelbar nach Kriegsende hatte erste Untersuchungen der Verhaftung Ernst Thälmanns ausgelöst: In der Spandauer Verwaltung war ein Schreiben aus der Feder des Thälmann-Denunzianten Hermann Hilliges aufgefunden worden, das er als Kassierer der Gatower Kleingartenkolonie »Havelblick« an den Stadtgruppenleiter der Kleingärtner, den Spandauer Stadtrat Dlaub, im Frühjahr 1933 gesandt hatte. Der Verfasser des Briefes buhlte darin um den höheren Posten des Geschäftsführers der Spandauer Kleingärtner und verwies zu diesem Zweck auf seinen »größten Dienst« für die NSDAP als Nichtmitglied, da »ich den Führer der KPD, Ernst Thälmann, durch meine Beobachtung der Gestapo aus-händigen konnte«. Auch bei der Gestapo hatte er klargestellt, daß Heinrich Herbst, der ebenfalls in der Gatower Anlage eine Parzelle besaß, daran keinen Anteil habe.

11 BStU, ZA, RHE V 9/62, Bd. 9; ferner Dokumente und Materialien der faschistischen Behörden. Verfolgung und Verhaftung Ernst Thälmanns. Februar-Juni 1933; Stiftung Archiv der Parteien und Organisationen der DDR im Bundesarchiv, 4003/35 (im folgenden SAPMO-BArch).

Nach der Entdeckung seines – ihn entlarvenden – Schreibens war Hilliges verhaftet und am 11. Juli 1945 von der britischen Militärbehörde an die sowjetische ausgeliefert worden.<sup>11</sup> Das NKWD hatte ihn zwar zuvor schon verhört, aber ihm nichts nachweisen können. Erst die Entdeckung des Briefes besiegelte sein Schicksal. Er soll in der Untersuchungshaft Selbstmord begangen haben.



Reichlich Material lag den Ermittlern des MfS über den Gatower Laubenbesitzer Paul Schneider und den inzwischen in die SA eingetretenen Heinrich Herbst aus Charlottenburg vor – nicht zuletzt darüber, wie zwischen diesen beiden ein Streit um den Judaslohn entbrannt war. Karl Giering, Kriminalassistent bei der Gestapo, hatte schließlich entschieden, daß in erster Linie Hilliges und Laube für eine Belohnung in Frage kämen. Herbst hingegen erhielt nichts, während Paul Schneider mit 25 RM abgefunden wurde, weil seine Anzeige zumindest zu »verwerten« gewesen sei. Schneider hatte seiner Anzeige eine Faustskizze der Laubenkolonie mit der genauen Kennzeichnung der Kluczynski-Parzelle beigelegt.<sup>12</sup>

Außerdem erfuhren die Mitarbeiter der Hauptabteilung IX/11 bei ihren Recherchen, daß auch die Familie Kluczynski 1945 in die Untersuchungen einbezogen worden war, nachdem sie ab dem 3. März 1933 bereits Verhöre durch die Gestapo und das Moabiter Landgericht zu überstehen gehabt hatte. Die wiederholten Befragungen im Verlaufe der Jahre 1945 und 1947 erbrachten wesentliche Erkenntnisse über die Verhaftung Thälmanns; bis auf Details stimmten sie mit den Aussagen von Hans und Martha Kluczynski aus der NS-Zeit überein. Hans Kluczynski, der nach Aussage seiner Ehefrau, die zugleich die Geliebte Ernst Thälmanns gewesen sein soll, kein sehr gutes Verhältnis zum KPD-Vorsitzenden gehabt hatte, wurde Hermann Hilliges gegenübergestellt, der zugab, Thälmanns Aufenthaltsort angezeigt zu haben.<sup>13</sup>

Eine Frau Jürczyk vom Charlottenburger »Grandhotel« war zwar im Dossier der Hauptabteilung XX aufgeführt, im Dossier der Hauptabteilung IX fehlte sie jedoch. Diese hatte 1933 schriftlich der Politischen Polizei mitgeteilt, daß sich bei den Kluczynskis eine »kommunistische Zentrale« befände, wo sie Thälmann, der Martha Kluczynski »aushalten« würde, selbst gesehen habe.<sup>14</sup>

Insgesamt machten beide Hauptabteilungen für die Festnahmen Ernst Thälmanns »die unmittelbaren Verräter Hilliges, Hermann und Laube, Max« verantwortlich. Doch eigentlich hatte der Letztere durch den laschen Umgang mit Hilliges' erster Anzeige die Festnahme Ernst Thälmanns eher verschleppt, denn er hatte lediglich die Gartenkolonie »Havelblick« observieren lassen.

Ihren Bericht an Generalleutnant Bruno Beater vom 24. April 1968 schloß die Hauptabteilung IX mit der Feststellung: »Nach den bei der Hauptabteilung XX vorliegenden Ermittlungen wurden alle an der Inhaftierung Ernst Thälmanns beteiligten Personen zwischenzeitlich zur Verantwortung gezogen.« Der Film und die davon gefertigten Kopien sollten in der Dokumentenablage der Hauptabteilung IX/11 verbleiben.<sup>15</sup> Ferner sollte Beater auch künftig über alle Vorgänge unterrichtet werden.

Da sich das Ministerium für Staatssicherheit auf die strafrechtliche Relevanz von Nazi- und Kriegsverbrechen konzentrierte, in diesem Fall aber die Verantwortlichen entweder tot waren oder aber – für das MfS unerreichbar – in der Bundesrepublik lebten, galt der Fall vorerst als erledigt. Der historischen Forschung wurden die Erkenntnisse vorenthalten. Lediglich einige Historiker, die als besonders vertrauenswürdig galten, erhielten begrenzte Einblicke in die gesperrten Bestände. Die tatsächlichen Umstände, der

12 BStU, ZA, RHE V 9/62, Bd. 4, SAPMO-BArch, 4003/35. Die Darstellung verschiedener Fakten und Zusammenhänge weichen in den beiden MfS-Dossiers zuweilen voneinander ab.

13 Vgl. BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 302.

14 SAPMO-BArch, 4003/35; BStU, ZA, RHE V 9/62, Bd. 4.

15 BStU, ZA, MfS-HA IX, Nr. 4320.

Verlauf und die Folgen des Desasters, das die Inhaftierung Ernst Thälmanns für die KPD bedeutete, blieben im dunkeln.

*Was geschah am 3. März 1933 wirklich?*

Zwei Tage vor der letzten halbwegs freien Reichstagswahl und der Wahl zum Preußischen Landtag im neuen »Dritten Reich« Adolf Hitlers geschah es: Am Freitag, dem 3. März 1933, fiel gegen 15.30 Uhr der Parteivorsitzende der KPD, Ernst Thälmann, in seinem seit vielen Jahren benutzten Quartier in Berlin-Charlottenburg – in der Wohnung der Familie Kluczynski – zusammen mit Werner Hirsch, seinem engsten Mitarbeiter, widerstandslos und zur Überraschung beider Seiten<sup>16</sup> der Schutzpolizei vom 121. Charlottenburger Polizeirevier in die Hände. Das NS-Partei- und Regierungsblatt *Völkischer Beobachter* konnte frohlocken, daß »der größte Hetzer der Kommunisten«, »der Hunderte von Volksgenossen auf seinem Blutkonto hat«, festgenommen worden sei.<sup>17</sup>

Aber die Zusammenhänge waren nicht so einfach, wie sich das auf den ersten Blick darstellt. Der gerade seine Sachen packende Thälmann hatte beabsichtigt, endlich im Jagdhaus »Horrido« in Grunow (Märkisch-Buchholz), einem der sechs für ihn vorbereiteten illegalen Quartiere, Zuflucht zu suchen. Eigensinnig hatte er sich dem Drängen des KPD-Nachrichtendienstes widersetzt, an einem sicheren Ort unterzutauchen. Denn er hatte noch einiges in seiner winzigen Not-Parteizentrale klären wollen. Dazu erwartete er verschiedene Besucher. Am 1. März war in Berlin ein hochgestellter Emissär mit einer Botschaft aus Moskau eingetroffen: Sepp Schwab, der Referent für deutsche Fragen in dem von Wilhelm Knorin geleiteten »Mitteleuropäischen Sekretariat des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale«, in dem übrigens auch Erich Mielke tätig war. Schwab sollte dem KPD-Vorsitzenden ein Einheitsfrontangebot des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) an die sozialdemokratischen Parteien der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) übermitteln. Es handelte sich um eine Erwiderung auf deren Angebote vom 19. Februar 1933.

Nach den Vorstellungen des EKKI sollte die KPD kurz vor den Wahlen im Brennpunkt Deutschland eine neue Initiative für den gemeinsamen Kampf gegen Hitler ergreifen. Nicht mehr länger »Einheitsfront von unten« als Ausfluß der Sozialfaschismusthese, sondern tatsächliches Zusammengehen mit der Sozialdemokratie gegen die Nazis, lautete die neue Linie der Kommunistischen Internationale. Dieser modifizierte, wenngleich viel zu spät formulierte Ansatz deckte sich – im Prinzip – mit den grundsätzlichen Vorstellungen Ernst Thälmanns. Einige Tage zuvor, am 27. Februar 1933, hatte er in der *Sächsischen Arbeiter-Zeitung* einen »Offenen Brief« an die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter, die Kollegen der freien Gewerkschaften und Reichsbannerkameraden für ein Kampfbündnis gegen den Faschismus gerichtet, also nicht an die Führer, sondern an die Arbeiterschaft.

Was hatte diese Haltung bewirkt? Zum einen fürchtete Thälmann ein Verbot der KPD durch die NS-Machthaber. Dabei ließ er sich in seinen Überlegungen im wesentlichen von den Erlebnissen nach

16 Hierzu und für das Folgende siehe Ronald Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der »Fall Kattner, hrsg. vom Verein »Helle Panke« in der Reihe Pankower Vorträge, H. 11/1, Berlin 1998, S. 8ff.

17 *Völkischer Beobachter*, 5./6. März 1933.

dem Hamburger Aufstand vom Oktober 1923 leiten. Zum anderen: Nach der Übergabe der Macht an die Nazis durch den Reichspräsidenten hatte die KPD – orientiert an der Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920 – einen Aufruf zum Generalstreik und zur antifaschistischen Einheitsfront verfaßt, der von der SPD und den Gewerkschaften jedoch nicht aufgegriffen worden war. Die an der Basis der Arbeiterorganisationen vorhandenen Stimmungen für einen Widerstand hatten sich als zu schwach erwiesen.

Thälmann sah sich einer Art »gordischen Knoten« gegenüber, der aufgelöst werden mußte, ehe an den »revolutionären« Sturz der Hitlerregierung und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats herangegangen werden konnte. Unter Nutzung der noch verbliebenen parlamentarischen, halblegalen Möglichkeiten setzte er auf die Wahlkampfkarte. Mit einem möglichst günstigen Wahlergebnis und starken Parlamentsfraktionen in Preußen und im Reich hoffte er, ein KPD-Verbot abwenden zu können.

Während sich der KPD-Vorsitzende unmittelbar an die organisierte Arbeiterschaft wandte, um sie zum antifaschistischen Massenkampf zu mobilisieren, trat das EKKI sowohl an die Mitglieder als auch an die Führung der SAI heran. Damit reagierte das EKKI auf die neue Lage, die mit dem Reichstagsbrand am Abend des 27. Februar 1933 eingetreten war. Die Verfolgungen von Kommunisten und Sozialdemokraten sowie anderer oppositioneller Kräfte wurde bedeutend intensiviert. Ein echtes breites antifaschistisches Aktionsbündnis war nun mehr denn je erforderlich.

Der Wahlkampf in seiner letzten – heißen – Phase hatte alle Kräfte der KPD gebunden, als diese – Thälmann nicht ausgenommen – vom Reichstagsbrand und dem eskalierenden faschistischen Terror überrascht wurde. Die KPD stand damit nicht nur vor äußerst verschlechterten Bedingungen, sondern mit dem EKKI-Auftrag auch vor einer zusätzlichen komplizierten Aufgabe, für deren Lösung nur wenig Zeit zur Verfügung stand.

Es bestand die akute Gefahr, daß durch den Reichstagsbrand die Partei sechs Tage vor den Wahlen außer Gefecht gesetzt werden würde. Nicht zuletzt deshalb wollte Thälmann möglichst bis zum Wahlausgang an der Spitze der Partei verbleiben. Über seinen persönlichen Mitarbeiterstab sollten die wichtigsten Kontakte aus seinem Versteck in der Lützower Straße zu den Gremien der Partei aufrechterhalten werden. Sie hatten nun nicht nur den weitgereisten Moskauer Gast sicher unterzubringen, sondern auch die neue politische Orientierung des EKKI mit dem Leiter des Westeuropäischen Büros der Kommunistischen Internationale in Berlin, Georgi Dimitroff, abzustimmen.

Aber inzwischen waren verschiedene Denunzianten aktiv geworden, Heinrich Herbst bereits seit dem 21. Februar. Insbesondere Hermann Hilliges übte noch einmal am 2. März verstärkten Druck auf die zögerliche Polizei aus und schaltete sogar die SA-Motorstaffel 1 ein, deren Sturmbannführer am folgenden Tage das nächstgelegene Spandauer Polizeirevier 144 alarmierte. Von dort ging die Meldung an das zuständige Polizeirevier 121 in Charlottenburg. Der *Völkische Beobachter* orakelte an diesem Tag, daß Ernst Thälmann ins Ausland geflohen sei.

Die Vorbereitungen sowohl auf die notwendigen Vorbesprechungen als auch auf die Abschlußberatung beim Parteivorsitzenden in der Lützower Straße lagen in den Händen von Erich Birkenhauer, dem offiziellen Politischen Sekretär Thälmanns. Dieser kehrte am 3. März von seinem amtlichen Essener Wohnsitz nach Berlin zurück und führte eilends die Absprachen durch. Offensichtlich verständigte er sich bereits am Morgen mit dem Parteivorsitzenden. Der erteilte ihm den Auftrag, einen Parteibeschuß zum Einheitsfrontangebot des EKKI vorzubereiten und ihm den Brief des EKKI zu überbringen.

Zum engeren Umfeld Thälmanns zählte auch Alfred Kattner, der Geheimkurier des KPD-Führers zu den wichtigsten Parteigremien und speziell zum Nachrichtendienst. Seit dem Reichstagsbrand hatte er wie auch Werner Hirsch seine Wohnung verlassen und war untergetaucht. Alle Mitarbeiter des engeren Thälmann-Stabes mußten in dieser Zeit unter gefährlichen Arbeits- und Lebensbedingungen bei der Lösung politischer wie alltäglicher Aufgaben handeln. Das betraf auch den als technischer Sekretär des Politbüros für das illegale Organisations- und Verbindungswesen der KPD zuständigen Herbert Wehner.

Die schwierigen Umstände verzögerten den Beginn der Abschlußzusammenkunft beim zum Aufbruch drängenden Parteivorsitzenden. Während Werner Hirsch am späten Mittag eintraf und gegen 15.30 zusammen mit Thälmann verhaftet wurde, saßen Erich Birkenhauer, Sepp Schwab und Herbert Wehner noch in einem Café am Wittenbergplatz, um die Übergabe des EKKI-Dokumentes und den Inhalt der KPD-Stellungnahme zu besprechen. Der Treffpunkt war von Erich Birkenhauer gewählt worden. Sepp Schwab hatte zuvor Herbert Wehner angelaufen und sich mit diesem auf den Weg gemacht. Mit Ernst Thälmann hatte sich Wehner das letzte Mal in Vorbereitung der Reichsfunktionärskonferenz der KPD in Ziegenhals abgesprochen und seitdem direkte Kontakte gemieden. Herbert Wehner hielt sich streng an die Regeln der Konspiration und war stets sehr argwöhnisch. Da er sich von einem »verdächtigen Individuum« beobachtet fühlte, ergriffen die drei die Flucht.

Während Schwab verschwand, versuchten Birkenhauer und Wehner, den Text in anderen Caféhäusern fertigzustellen und Hans Kippenberger, den Leiter des Nachrichtendienstes, telefonisch zu erreichen. Das widersprach den Abmachungen. Denn eigentlich sollte es keine direkten Kontakte mehr zwischen den Führungsmitgliedern der KPD geben. Statt dessen sollte die Kommunikation über Kurierere aufrechterhalten werden. Festgelegt war ferner, daß mit Herbert Wehner nur noch über den Postkurierweg Kontakt zu halten sei. Aber Eile tat not, und die festgelegte Prozedur für die Verbindungen erwies sich als viel zu umständlich und zeitraubend. Deshalb kam es doch zu direkten Arbeitsbegegnungen. Nachdem Birkenhauer und Wehner die Materialien für Thälmann fertiggestellt hatten, fuhr Birkenhauer in die Lützower Straße, wo er den wartenden Polizisten direkt in die Arme lief. Ein Jahr später gab Ernst Thälmann in einem Brief aus dem Gefängnis an die Parteiführung in Moskau seinem »Freund Erich« (Birkenhauer) die

Schuld für die Festnahme im Kluczynski-Quartier, »sonst wäre ich weg gewesen«<sup>18</sup>.

Gegen 18 Uhr wurde an gleicher Stelle auch Alfred Kattner festgenommen. Er hatte mit der Klappe am Briefschlitz der Wohnungstür das vereinbarte Zeichen gegeben und sich nach dem Öffnen der Tür zwei Pistolenläufen gegenüber gesehen. Kattner führte drei Briefcouverts unter der Deckchiffre »92«, dem Code des Nachrichtendienstes für Thälmann, mit sich. Es handelte sich um Funksprüche der Polizei, die vom Aufklärungsapparat der KPD abgefangen worden waren, und um interne Materialien über Maßnahmen der Politischen Polizei sowie über Vorgänge innerhalb solcher Naziorganisationen wie der NSDAP, der SA und der SS. Ferner trug Kattner 1000 Reichsmark für den Parteivorsitzenden bei sich. Nach der Übergabe hätte Kattner Thälmanns neue Direktiven den Leitungsgremien der KPD übermitteln sollen.

Herbert Wehner und Sepp Schwab entgingen der Verhaftung.<sup>19</sup> Das war in dieser Situation noch eine Art Glück im Unglück – denn zweifellos hätte mit der Festnahme des Moskauer Kuriers das Szenario des Reichstagsbrandes als angebliches Ergebnis einer »bolschewistischen Weltverschwörung« noch zusätzliche Nahrung erhalten.

#### *Verrat, Leichtfertigkeit, Machtkämpfe*

Wie konnte Ernst Thälmann den Nazis in die Hände fallen, vierzig Stunden vor den Doppelwahlen zu Reichstag und Preußischem Landtag, gut vier Tage nach dem Reichstagsbrand? Diese Frage, die sich bis heute stellt, bewegte 1933 viele Kommunisten und ihre Sympathisanten. Bis in den Parteiparat hinein löste die Verhaftung des KPD-Führers Schock und Irritation aus. In der KPD machten Gerüchte und Verdächtigungen die Runde. Eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Furcht vor Verrat breitete sich aus.

In der Thälmannforschung der DDR wurde diese Frage übrigens stets heruntergespielt. Auch all das, was die KPD 1933 zur Aufhellung der Verhaftung Ernst Thälmanns unternahm, ist in der DDR nie öffentlich dargelegt, geschweige denn diskutiert worden.

Und so kommt es, daß eines der brisantesten Kapitel des Widerstandes – das gnadenlose, aber höchst ungleiche Duell zwischen der Gestapo und der KPD beim Einsatz und bei der Bekämpfung von Spitzeln – bis heute noch einer wirklichen Aufarbeitung harret. Für den NS-Staat ging es um die Sicherung der Macht durch die Verfolgung und Ausmerzungen der Gegner mit allen Mitteln. Die KPD kämpfte von Anbeginn um eine Verstärkung ihrer Widerstandstätigkeit, doch schon nach wenigen Monaten ging es zunehmend um das nackte Überleben – ohne daß der Widerstand ganz abbrach. Denn nach der Verhaftung des Thälmann-Stabes fielen bis zum Juni 1933 von 22 KPD-Bezirksleitungen 17 durch weitere Festnahmen aus. Wie sich herausstellte, ging dies unter anderem auf den Verrat solcher leitender Funktionäre zurück wie Werner Kraus (Polleiter Parteibeizirk Pommern, dann Ostpreußen), Karl Olbrych (Orgleiter Parteibeizirk Berlin-Brandenburg) und August Laß (Hilfsredakteur in Danzig). Laß allein verursachte 170 Festnahmen und lieferte so fast die gesamte KPD-Organisation

18 Ronald Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der »Fall Kattner«, S. 35. In manchen Aussagen heißt es, daß Erich Birkenhauer sogar erst als letzter gegen 20 Uhr bei Thälmann erschienen sei, da die redaktionelle Bearbeitung des Einheitsfront-Aufrufes vermutlich länger gedauert hatte.

19 Sepp Schwab gelang es noch, seine Botschaft sowohl dem Thälmann-Nachfolger John Schehr als auch dem Komintern-Residenten für Westeuropa, Georgi Dimitroff, zu übergeben und für eine Veröffentlichung in der Zeitschrift *Internationale Presse-Korrespondenz* (Inprekorr) zu sorgen. Zum Echo darauf vgl. Ronald Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der »Fall Kattner«, a.a.O., H. 11/1, S. 15f.



20 Vgl. Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, Berlin 1993, S. 285ff.

21 Protokoll der »Brüsseler Konferenz« der KPD 1935, hrsg. von Erwin Lewin, Elke Reuter und Stefan Weber, Teil 1 und 2, München 1997, S. 111f. In der vorherigen DDR-Ausgabe aus dem Jahre 1975 waren diese Angaben zensiert bzw. ausgelassen worden.

22 Reinhard Müller: Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941, Berlin 1993, S. 263.

23 Zu Einzelheiten vgl. Ronald Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der »Fall Kattner«, a. a. O., H. 11/1, S. 17ff.

Ostpreußen aus. In Berlin-Brandenburg waren 25 Funktionäre betroffen.<sup>20</sup>

Auf der »Brüsseler Konferenz« der KPD im Herbst 1935 mußte Wilhelm Pieck eingestehen, daß von 422 Funktionären der Partei, die auf zentraler Ebene tätig waren, 219 verhaftet (52 Prozent) und 24 ermordet (fünf Prozent) worden waren. 125 waren emigriert und 16 aus der »Kampffront« desertiert, vier weitere wurden »abgehängt«. Lediglich 138 Genossen (33 Prozent) waren noch in Freiheit, davon aber nur zwölf im Lande. Insgesamt seien 21 der leitenden Kader zu Verrätern geworden, darunter sechs ehemalige Redakteure, ein Bezirkssekretär, ein Unterbezirkssekretär und vier Parlamentarier.<sup>21</sup>

Das Problem der Verhaftung seines Vorgängers Ernst Thälmann umging Wilhelm Pieck. Denn die »Brüsseler Konferenz« verständigte sich nicht nur auf eine neue Linie des antifaschistischen Kampfes, sondern geriet auch zur Szene parteiinterner Fraktionskämpfe. Ziel der Angriffe wurden die »Thälmannianer« – den für sie tödlichen Ausgang der Auseinandersetzungen besiegelten die Stalinschen Verfolgungen zwei und drei Jahre später.

Den Anlaß lieferte einer dieser »Thälmannianer«, Hermann Schubert, Politbüromitglied und Polleiter von Hamburg-Wasserkante. Er war Anfang März 1933 nach Berlin geeilt, um die Nachfolge Thälmanns an sich zu reißen und den dafür vorgesehenen John Schehr auszuschalten. Er verleumdete Schehr als »Polizeiagenten« und forderte von Herbert Wehner, »alle die mit Teddy gesoffen haben, zu entlassen«<sup>22</sup>.

Auch Theodor Neubauer und Werner Hirsch, der die Polizei mitgebracht haben sollte, wurden verdächtigt. In einem Gefängnisaktenbuch nahm Ernst Thälmann später Hirsch gegen derlei Unterstellungen in Schutz. Nicht wenige aber sahen in Alfred Kattner den Verräter des KPD-Führers, so etwa Martha Kluczynski und Rosa Thälmann, aber auch Heinz Neumann, der ehemalige Rivale Thälmanns in der Parteiführung. Beim KPD-Nachrichtendienst kursierte sogar das Gerücht, daß Kattner bei der Gestapo ein eigenes Zimmer hätte.

Hans Kippenberger und sein Nachrichtendienst gerieten zunehmend unter Druck. Die erste Recherche hatte der KPD-Abwehrbeauftragte »Franz Vehlow« durchgeführt. Er rekonstruierte den Ablauf der Vorgänge und fand heraus, daß kein Verrat aus Parteikreisen im Spiel gewesen sei. Bei seinen Untersuchungen war er zwar auf einige Ungereimtheiten im Verhalten des Parteivorsitzenden gestoßen, war aber diesen und auch anderen wichtigen Spuren nicht nachgegangen. Nach kurzer Zeit wurde die Arbeit abgebrochen, da »eine einwandfreie Feststellung über die Ursache der Verhaftung« nicht zu erreichen sei. Der Abschlußbericht resümierte lediglich, daß es der Polizei »sehr leicht« gemacht worden sei.<sup>23</sup> Über den eigentlichen Umstand, der die Verhaftung des KPD-Führers überhaupt erst ermöglicht hatte, wurde aber nichts gesagt. Thälmann hätte das vielen Menschen in seiner Umgebung bekannte Quartier bei der Familie Kluczynski nach dem Reichstagsbrand nicht mehr betreten dürfen, sondern eine der sechs für ihn bereitgestellten illegalen Unterkünfte beziehen müssen.



Auf die folgenden Ereignisse wirkte es sich sehr ungünstig aus, daß die Aufklärung der Verhaftung Ernst Thälmanns nicht konsequent genug und ohne Festlegung von sofortigen Schlußfolgerungen geführt wurde. Das trug dazu bei, daß der Nachrichtendienst gegen über grundlegenden Versäumnissen und Sicherheitsmängeln – nicht nur am Tag der Verhaftung, sondern in der Arbeit der Partei insgesamt – lange Zeit blind blieb. Außerdem hätte jede Kritik Thälmanns Autorität ins Zwielficht geraten lassen und die Mängel in der eigenen Arbeit bloßgestellt.

Auch bei den Nachforschungen, die in Moskau angestellt wurden, verschwieg Hans Kippenberger die Panne mit Thälmanns Quartier. Um dessen Ansehen nicht herabzusetzen, übernahm statt dessen er selbst als Leiter des KPD-Nachrichtendienstes die politische Verantwortung für die Verhaftung. In den Augen Kippenbergers war das Geschehene »eine Katastrophe und eine Schande vor der ganzen Internationale«<sup>24</sup>.

Herbert Wehner (»Funk«) gab sich damit aber nicht zufrieden. Er war der Auffassung, daß »der Apparat den wirklichen Sachverhalt nicht ermittelt hatte«<sup>25</sup>. Wehner hatte von Anfang an der zentralen Quartierbeschaffung mißtraut und sich seine illegalen Unterkünfte selbst besorgt. Die Gestapo zollte ihm mit dem Eingeständnis, ihn nicht fassen zu können, auf ihre Weise hohen Respekt.<sup>26</sup>

Trotzdem war in den Auseinandersetzungen nach der Thälmann-Verhaftung auch Wehner daran gelegen, nicht selbst in die Schußlinie zu geraten, denn als der Verantwortliche für das illegale Organisations- und Verbindungswesen der KPD hatte ja auch er Verantwortung für die Absicherung des Treffens am 3. März 1933 getragen. Aus Sicherheitsgründen hatte er sich zwar vier Wochen zuvor gegen das Ziegenhalser Treffen ausgesprochen, doch am Nachmittag des 3. März dachte auch er vor allem an sich selbst und verschwand, ohne sich darum zu sorgen, wie es nach den Turbulenzen Birkenhauer erging und was vor allem bei Thälmann geschah.

Er habe erst in der *Berliner Nachtausgabe* und dann von Hans Kippenberger erfahren, was passiert sei, berichtete er später. Am nächsten Morgen sei mit Walter Ulbricht, der als Politbüromitglied im Hintergrund die Fäden zog, eine Krisenberatung erfolgt, um den Sachverhalt aufzuklären und die Weiterführung der Arbeit zu gewährleisten. So blieb auch an Wehners Verhalten ein Makel.

Wegen seiner Rolle bei den Verhaftungen wurde »Funk« von der Kaderkommission der Komintern und vom NKWD mit Mißtrauen behandelt. Das wiederum begründete ein Interesse Wehners daran, einen »Sündenbock« in Thälmanns unmittelbarer Umgebung zu finden. Die »Füllfederhalter« des KPD-Führers, wie er Thälmanns persönliche Mitarbeiter glossierte, waren ihm seit jeher ein Dorn im Auge gewesen, nicht nur weil es mit ihnen ständig zu Kompetenzstreitigkeiten gekommen war.

Besonders paßte ihm der »feuchtfrohliche« Alfred Kattner nicht (Parteiname »August«). Kattner war 1932/33 im Sekretariat des ZK der KPD Wehners technischer Mitarbeiter gewesen, dann aber an Wehner vorbei unmittelbar an die Seite des Parteivorsitzenden aufgestiegen – als Begleitschutz, persönlicher technischer Mitarbeiter und Geheimkurier, immer einsatzbereit, gewandt und

24 Ebenda, S. 16, 19.

25 Reinhard Müller:  
Die Akte Wehner, a.a.O.,  
S. 273.

26 Im Abschlußbericht vom 5. Februar 1934 durch Kriminalsekretär Alfred Giering, der bereits die Anzeigen gegen Ernst Thälmann bearbeitet hatte, wird eingestanden: »Trotz unausgesetzter Fahndung war es bisher nicht möglich, W. festzunehmen. Er taucht überall auf, wo neue Anweisungen in Organisationsfragen ergehen, versteht sich selbst aber so gut zu tarnen, daß es seinen nächsten Mitarbeitern nicht möglich ist, über seinen eigentlichen Aufenthaltsort Angaben zu machen. Während allen anderen illegalen Funktionären der Partei illegale Büros und Quartiere von dem Quartiermacher (Iduna genannt) besorgt werden, beschafft sich Wehner diese selbst und kapselt sich hierdurch vollständig von seinen Mitarbeitern ab«. Zit. nach BSTU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 297.

zuverlässig. Kattner war im Unterschied zum peniblen Wehner kein Kind von Traurigkeit, was Thälmann durchaus gefiel.

Zunächst ohne eine konkrete Handhabe lenkte »Funk« mit nahezu kriminalistischem Eifer den Verdacht gegen »August«. Er erklärte Kattner zu einem »versumpften Element«, das gern auf »großem Fuße« lebe. Doch der ab September 1933 amtierende Leiter des KPD-Nachrichtendienstes Hermann Dünow – Kippenberger war unterdessen emigriert – und sein persönlicher Mitarbeiter Karl Langowski sowie der Abwehrchef Rudolf Schwarz hielten an ihrer Überzeugung fest, daß Kattner unschuldig sei. Deshalb führte der »Fall Kattner« das ganze Jahr 1933 über zu einem aufreibenden Gegeneinander zwischen der illegalen KPD-Landesleitung (Wehner) und dem Nachrichtendienst.<sup>27</sup>

27 Vgl. Ronald Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der »Fall Kattner«, a.a.O., H. 11/2, S. 86ff. (zweite überarbeitete und ergänzte Auflage, Berlin 1999).

Alfred Kattner hatte tatsächlich keinen Verrat an Thälmann begangen und – nach KPD-Recherchen – sich nach seiner Verhaftung am 3. März 1933 zunächst im Polizeigefängnis Spandau und dann im KZ Sonnenburg »einwandfrei« verhalten. Allerdings war sich die Gestapo im Laufe der Vorbereitungen auf den Thälmann-Prozeß, der jedoch nie durchgeführt wurde, Kattners Bedeutung als Kenner der Interna in der KPD-Zentrale bewußt geworden. Seit Ende August 1933 in die berüchtigte Gestapo-Zentrale in der Prinz-Albrecht-Straße 8 verbracht, wurde sein Widerstand schließlich gebrochen. Er wurde zum Topspitzel gepreßt.

Bei der Festnahme des operativen Thälmann-Nachfolgers John Schehr am 9. November 1933 wirkte er schon mit und erregte erneut Wehners Verdacht, der nun auch berechtigt war. Nach seiner Haftentlassung am 15. November unterwanderte Kattner den militärpolitischen Apparat der KPD. Abwehrchef Rudolf Schwarz ließ ihn sogar im illegalen Büro in der Belle-Alliance-Straße in Kreuzberg ein- und ausgehen.

Im Dezember 1933 versuchte Kattner, Ernst Thälmann vor dem Untersuchungsrichter zu belasten, erlitt jedoch durch den kämpferischen Thälmann eine herbe Abfuhr.

Wehner mahnte zwar in einem Brief an das Politbüro die Überprüfung Kattners an und verlangte von Hermann Dünow eine Erklärung für Kattners plötzliche Freilassung. Denn Wehner schloß nicht aus, daß der an viel Geld gewöhnte Kattner in der Haft zum »Angeber« geworden war. Doch die Fronten hatten sich auf der zentralen Ebene der KPD – auf Kosten der Sicherheit – vollständig verhärtet. »Funk« beklagte, daß sich Hermann Dünow nicht in seine Karten gucken lasse. Das bestätigte Dünow in seinen späteren Berichten an das MfS: »Er war zwar ein Mensch, der ganz brauchbare Gedanken entwickeln konnte, man konnte aber einfach nicht, wie man sagt, mit ihm warm werden. Es hat sich dann so ergeben, daß ich Wehner immer nur so weit informierte, wie es unbedingt notwendig war.«<sup>28</sup> So behinderten persönliche Animositäten eine gemeinsame Abwehrarbeit – und erleichterten der Gestapo ihren Sieg.

28 BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 246.

In dem dramatischen Ringen zwischen der KPD-Abwehr und der Gestapo konnte mit Hilfe Kattners am 18. Dezember 1933 die KPD-Nachrichtenspitze unter Dünow und Langowski festgenommen werden – bei der Übergabe von Fotos für einen Paß, der Kattner den Weg in die Emigration in die Sowjetunion öffnen sollte.

Auf einer Beratung der illegalen Landesleitung mit dem Abwehrressort am 25. Dezember 1933 im tschechischen Spindlersmühle rechnete Wehner deshalb scharf mit der »Blindheit« und dem totalen Versagen des »Kippenberger-Apparates« ab und forderte eine Umstellung des Nachrichtendienstes auf »reine Abwehrarbeit« und Parteisicherung.

An der drastischen Kritik Wehners, der ja im Namen der operativen Landesleitung sprach, konnte niemand vorbeigehen – zumal es durch die Aussagen von Dünow und Langowski nach deren Verhaftung zu weiteren Einbrüchen der Gestapo kam. Diese Standpauke wirkte wie eine Initialzündung – sie wurde zum Auftakt für die gewaltsame Ausschaltung Kattners, zumal Anfang Januar 1934 auch noch der Abwehrleiter Rudolf Schwarz verhaftet wurde, der unterdessen einen Plan zur Liquidierung Kattners initiiert hatte.

Daß Herbert Wehner und Wilhelm Kox auf der Krisensitzung in Spindlersmühle Alfred Kattner für die Festnahmen von John Schehr und Hermann Dünow samt seiner Mitarbeiter verantwortlich gemacht hatten, hatte Rudolf Schwarz nach seiner Verhaftung der Gestapo preisgegeben. Damit wußte die Gestapo, daß ihr wichtigster Maulwurf im KPD-Nachrichtendienst faktisch enttarnt war.

Da der neue amtierende Abwehrleiter der KPD, Kurt Granzow, nicht wußte, wie sich sein Vorgänger unter der Folter der Gestapo verhalten würde, glaubte er, zum allerletzten Mittel greifen zu müssen. Nachdem alle Versuche, Kattner in die Sowjetunion abzuschicken, gescheitert waren, und auch seine Enttarnung auf den »Schwarzen Listen« der illegalen KPD die Wirkung verfehlt hatte, wurde auf ein sorgfältig vorbereitetes Szenario für einen Fememord zurückgegriffen. Gerade dieser Plan war von Rudolf Schwarz und Hermann Dünow nicht preisgegeben worden. Zur Ausführung hatte sich der Abwehrmitarbeiter Hans Schwarz bereit erklärt.

Am 1. Februar 1934 ermordete Hans Schwarz in Nowawes bei Potsdam mit mehreren Pistolenschüssen Alfred Kattner in einem Untermietzimmer in der Husarenstraße 5, das er mit Frau und Kind bewohnte. In der Erinnerung seiner Tochter Anita Breuer (Germering) bleibt Alfred Kattner ein fürsorglicher Vater, der in eine leidvolle Verstrickung geriet und ein bitteres Ende erleben mußte.<sup>29</sup>

29 Einzelheiten vgl. Ronald Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der »Fall Kattner«, a.a.O., H. 11/2, S. 110ff.

30 Vgl. ebenfalls Ronald Sassning: KPD-Feme: Die Hintergründe des »Falles Kattner«. In: November 1918. Revolution – Reform – Parlamentarismus, hrsg. von Klaus Kinner im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig 1999, S. 152-160.

Mit der Erschießung Kattners wollten die Verantwortlichen des illegalen Apparates zum einen von Unzulänglichkeiten in der KPD-Abwehr ablenken,<sup>30</sup> und zum anderen glaubten sie, mit diesem Akt »individuellen Terrors« größeren Schaden von der Partei abzuwenden: Kattner sollte abgehalten werden, weiter gegen den eingekerkerten KPD-Führer auszusagen. Außerdem rechnete man mit einer abschreckenden Wirkung auf die verbliebenen Spitzel.

Nach der Tat konnte Hans Schwarz (»Otto«) trotz wilder Verfolgungsjagd bis zum Bahnhof Nowawes in die Tschechoslowakei entkommen. Von dort gelangte er auf die militärpolitische Schule in Moskau, wo der »Fall Kattner« ausgewertet und kontrovers diskutiert wurde. Aus der Distanz der Jahre bleibt zu resümieren: Die Ermordung von Verrätern wie im Falle Kattners blieb im illegalen Kampf der KPD eine Ausnahme.

Als Vergeltung für die Ermordung Alfred Kattners wurden noch an diesem gleichen 1. Februar 1934 von der Geheimen Staatspolizei der designierte Nachfolger Ernst Thälmanns, John Schehr, der Leiter der Abwehr, Rudolf Schwarz, und die ebenfalls zum Kreis der weithin bekannten KPD-Funktionäre gehörenden Erich Steinfurth und Eugen Schönhaar in der Nähe des Wannsees »auf der Flucht erschossen«.

Die erhoffte abschreckende Wirkung des Fememordes an Alfred Kattner blieb aus. Für die Leitungen der KPD wurde im Widerstreit der Meinungen schließlich klar, daß nicht Fememorde, sondern nur eine Verbesserung der illegalen Konspiration zu einer – relativen – Lösung im Kampf gegen Spitzelhydra und gegen eigene Schwachstellen führen konnte.

Vom Thälmann-Stab überlebte niemand. Die 1933 und 1934 aus der NS-Haft entlassenen Birkenhauer und Hirsch konnten zwar in die Sowjetunion emigrieren, wurden dort aber 1941 von Stalins Schergen ermordet. Ernst Thälmann selbst wurde am 18. August 1944 im direkten Auftrag Hitlers im KZ Buchenwald umgebracht.

Auch Herbert Wehner mußte in der Sowjetunion während der Stalinschen »Säuberungen« ab Mitte der dreißiger Jahre um sein Leben kämpfen. Er griff dabei im Zusammenhang mit der Verhaftung Thälmanns zu Denunziationen. Er stellte belastende Dossiers zusammen, war beteiligt an der »Kleinen Kommission« der KPD und somit am Parteiausschluß hunderter unschuldiger deutscher Kommunisten, auch fertigte er Berichte für das NKWD über angebliche Trotzlisten an. Wehner überstand schließlich die inquisitorischen Fragen des Kaderabteilung der Kommunistischen Internationale und zwei Verhöre in der berüchtigten Lubjanka als einsamer »Wolf unter Wölfen«.

Kurt Granzow und Hans Schwarz setzten ihren Kampf gegen den Faschismus in Deutschland, der Schweiz, im spanischen Bürgerkrieg und in Osteuropa fort und bezahlten diesen Einsatz schließlich mit ihrem Leben. Schwarz bereute nach seiner Verhaftung im Jahre 1942 die Ermordung Kattners. Dieses Eingeständnis aber nutzte die Gestapo zur intensiven Betreuung der Auslieferung Granzows von Südfrankreich nach Berlin.

Die Fälle Kattner, Granzow und Schwarz rollte das MfS nochmals bis ins kleinste Detail auf. Erstgenanntem wurde vorgeworfen, auch er habe es nicht ernst genommen, daß dem Kippenberger-Apparat angeblich die Aktion gegen Thälmann bekannt gewesen sei. Jedoch hätten die Untersuchungen in Moskau und nach 1945 in Berlin ergeben, daß es keinen Beweis für eine Schuld Kattners an der Verhaftung Thälmanns gebe. Über das Schicksal Alfred Kattners sollte der Minister informiert werden.<sup>31</sup>

»Ursache für die großen Verluste«, heißt es an anderer Stelle der Auswertung durch das MfS, »welche der Partei durch den V-Mann Kattner zugefügt wurden, war eine mangelnde Wachsamkeit, insbesondere der Mitarbeiter der Abwehrorgane, die ihn nach der Haftentlassung in seiner Rolle als Spitzel nicht erkannten und ihm volles Vertrauen entgegenbrachten.«<sup>32</sup> Den Fememord an Kattner rechtfertigte ein Mitarbeiter der Hauptabteilung IX/1 mit Kattners »ruchloser Tat«, der Verhaftung von Erich Steinfurth: »Gegen diesen Verräter, der offensichtlich in egoistischem Interesse zu allem bereit war, mußte das Leben weiterer Genossen geschützt werden.«<sup>33</sup>

Der »Fall Kattner« diente nicht nur in Moskau, sondern auch später dem MfS zu Schulungszwecken. Überhaupt bestand ein großes Interesse an nachrichtendienstlichen Vorgängen während der NS-Zeit. So ersuchten die sowjetischen Organe das MfS, für diese die Tätigkeit der deutschen Kundschafter – auch im Rahmen der »Roten Kapelle« – zu ermitteln.

Das MfS gelangte zu einer Feststellung, die bislang in der Literatur nicht bekannt ist: Angeblich hätten der Mörder Alfred Kattners, Hans Schwarz, und sein Agentenführer Heinrich Fomferra während ihres Einsatzes im Auftrag der sowjetischen Militäraufklärung in Osteuropa zwischen 1939 und 1942 durch Verrat zur Liquidierung der Widerstandsorganisation Schulze-Boysen/Harnack durch die Gestapo beigetragen.<sup>34</sup>

31 MfS-Dossier über Kattner vom 14. Mai 1979, BSTU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 22/79. Eine ausführliche handschriftliche Faktenzusammenstellung siehe ebenda, SV 1/81, Bd. 302.

32 Ebenda, SV 1/81, Bd. 302.

33 Ebenda.

34 Ebenda, SV 1/81, Bd. 291; AS 7/68, Bd. 1 (Bericht der HA IX/11 vom 9. Juni 1967).

*Im nächsten Heft: Wie SED und MfS die Geschichtsschreibung über Ernst Thälmann, Alfred Kattner und Herbert Wehner steuerten*



RICHARD SAAGE

# Das Paradies als Hölle. Zu Aldous Huxleys »Schöne neue Welt« (1932)

I.

»Ich glaube, daß innerhalb der nächsten Generation die Herrscher der Welt erkennen werden, daß Kinderkonditionierung und Narko-Hypnose wirkungsvollere Mittel der Machtausübung sind als Knüppel und Kerker und daß sich Machthunger ebenso gut stillen läßt, wenn man den Menschen einsuggeriert, ihre Knechtschaft zu lieben, wie wenn man sie mit Stiefel und Peitsche zum Gehorsam zwingt. Mit anderen Worten, ich habe das Gefühl, daß der Alptraum ›1984‹ zwangsläufig in den Alptraum von einer Welt übergehen wird, die mehr meinen Vorstellungen in ›Brave New World‹ entspricht«.<sup>1</sup> Offenbar rührte Huxleys Prognose an den Nerv des Zeitgeistes; jedenfalls weckte sie das Interesse vieler Leser, wenn sie nicht sogar von ihnen geteilt wurde. Als er nämlich diese Zeilen am 21. Oktober 1946 an George Orwell schrieb, konnte sein utopischer Roman bereits auf eine Popularität zurückblicken, die nur wenigen Werken der Weltliteratur im 20. Jahrhundert zuteil geworden ist.

1932, im Jahr des Erscheinens von *Schöne neue Welt*<sup>2</sup>, fiel zwar der Absatz zunächst hinter die Verkaufszahlen anderer Huxley-Romane zurück. Doch während sich in den Vereinigten Staaten nur 15 000 und in den nächsten Jahren lediglich 18 000 Leser entschlossen, das Werk zu kaufen, wurden in England immerhin im gleichen Jahr 13 000 Exemplare und ein Jahr später noch weitere 10 000 Exemplare umgesetzt. Der eigentliche Durchbruch erfolgte aber erst seit den 40er Jahren. So erreichte »im Mai 1982 (...) die deutsche Taschenbuchausgabe des Fischer Verlages die Grenze von einer Million Exemplaren, wobei zu bemerken ist, daß die ersten 500 000 in zweiundzwanzig Jahren abgesetzt wurden, die zweiten jedoch nur in sieben. Ähnlich sieht es in Großbritannien aus: Die Pinguin-Ausgabe von *Brave New World* erfreute zwischen 1955 und 1976 29 Auflagen, bevor die Taschenbuchrechte – wie die wichtigsten anderen Huxley-Titel auch – an Granada Panther übergingen, die innerhalb von nur fünf Jahren 13 Auflagen drucken konnten«. In über zwanzig Sprachen übersetzt und in Deutschland z.B. von den Behörden zur Schulbuchlektüre empfohlen, hat sich *Schöne neue Welt* längst zu einem »Best- und Longseller« entwickelt, und zwar »mit aufsteigender Tendenz und beachtlicher Verbreitung«.<sup>3</sup>

Tatsächlich ist der Titel von Huxleys utopischem Roman *Brave New World*, den er Shakespeares *Tempest* entnommen hat, längst

Richard Saage – Jg.1941,  
Politikwissenschaftler,  
Professor an der  
Martin-Luther-Universität  
Halle-Wittenberg.

1 Zitiert nach Theo  
Schumacher: Aldous  
Huxley, 2. Auflage, Reinbek  
bei Hamburg 1992, S. 58.

2 Im folgenden zitiere ich  
nach dieser Edition: Aldous  
Huxley: *Schöne neue Welt*.  
Ein Roman der Zukunft.  
In der Übersetzung von  
Herberth E. Herlitschka,  
Frankfurt am Main 1985.  
Die Belegstellen der  
Huxley-Zitate befinden sich  
im Text, durch arabische Zif-  
fern in runden Klammern  
gekennzeichnet. Sie wurden  
verglichen mit dem engli-  
schen Original der folgen-  
den Edition: Aldous Huxley:  
*Brave New World*, London  
1988.

in das Alltagsbewußtsein der Massengesellschaft gedrungen: Er »bündelt« gleichsam die kollektiven Ängste, wenn vor »künstlichen Menschen«, »Genmanipulation« oder »Retortenbabies« gewarnt wird. Wer war dieser Autor, der wie nur wenige Schriftsteller des 20. Jahrhunderts das Krisenbewußtsein der Epoche nach dem Ersten Weltkrieg zu literarischen Furchtbildern einer Zukunft verdichtete, die die Exklusivität literarischer Diskurse längst verlassen haben? Aldous (Leonard) Huxley<sup>4</sup> wurde am 26. Juli 1894 in Godalming, Surrey, England, als drittes Kind des angesehenen Biographen und Kritikers Leonard Huxley geboren. Sein Großvater war der berühmte Biologe Thomas Henry Huxley, der sich bei der Durchsetzung der Evolutionstheorie Darwins einen Namen gemacht hatte. Sein jüngerer Bruder Julian wurde als erfolgreicher Biologe, Philosoph, Erziehungswissenschaftler und Autor in den Adelsstand erhoben. Aldous wuchs also in einer Familie auf, die seine vielseitigen intellektuellen Interessen förderte. »Andererseits lassen sich auch die Schattenseiten einer solchen Herkunft nicht übersehen: Die großen Namen der Vorfahren verpflichten.«<sup>5</sup>

1903 begann er seine Ausbildung an der Prep School in Hillside, um 1908, im Jahr des Todes seiner Mutter Julia, nach Eton zu wechseln. In Eton mußte er jedoch seine Ausbildung unterbrechen, als er 1911 an einem Augenleiden erkrankte (keratitis punctata), das ihn zeitlebens mit dem Verlust seiner Sehkraft bedrohte. Ab 1913 studierte er in Oxford, wo er 1916 mit Auszeichnung sein Examen bestand. Nach Versuchen, in Repton (1916) und Eton (bis 1919) den Lehrerberuf auszuüben, wurde er nach seiner Heirat mit Maria Nys (10. Juli 1919) Journalist, der durch seine »sarkastischen und glänzenden Beiträge« Aufsehen erreichte. Doch ab 1921 zog er sich in dem Maße vom Journalismus zurück, wie sein literarischer Ruhm wuchs, um sich zunehmend seiner schriftstellerischen Arbeit zu widmen. 1923 mieteten die Huxleys ein Haus in Florenz, aber das Ehepaar hielt sich auch in Frankreich und England auf. Eine Weltreise führte beide 1925 über Indien, China und Japan in die USA. 1937 wurde er »Resident« der Vereinigten Staaten mit Wohnsitz in Kalifornien. Neben seiner schriftstellerischen Tätigkeit, die sich zunehmend mystischen Themen zuwandte, war er 1959 Gastprofessor in Berkeley, Kalifornien, ein Jahr später am M.I.T. in Cambridge, Mass. »Aldous Huxley, der 1956 seine erste Frau Maria durch Krebs verloren hatte, stirbt am 22. November 1963 in Los Angeles ebenfalls an Krebs. Sein Tod wird in den Medien kaum beachtet, denn am selben Tag fällt der amerikanische Präsident John F. Kennedy in Dallas einem politischen Attentat zum Opfer.«<sup>6</sup>

Huxley, der sein schriftstellerisches Talent in allen Literaturgattungen von der Lyrik und dem Essay über das Drama und die historische Biographie bis hin zur Kurzgeschichte und dem Roman erprobt hat<sup>7</sup>, hinterließ ein Werk, das von 1916 bis 1980 dreiundsechzig selbständige Bücher umfaßt. Doch die Literaturkritik ist sich darüber einig, daß er in seinen Publikationen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr »an seine großen literarischen Erfolge der zwanziger und dreißiger Jahr«<sup>8</sup> anknüpfen konnte, deren Höhepunkt zweifellos sein utopischer Roman *Schöne neue Welt* ist. Es

3 Christoph Bode: Aldous Huxley »Brave New World«, München 1985, S. 7.

4 Zur Biographie Huxleys vgl. u.a. Sybille Bedford: Aldous Huxley. A Biography. 2 vol., London 1973/74; Schumacher: Huxley (Anm. 1); Bode: Huxley (Anm. 3), S. 11-17.

5 Bode: Huxley (Anm. 3), S. 11.

6 A.a.O., S. 17.

7 Vgl hierzu Jocelyn Brooke: Aldous Huxley (1894-1963), in: British Writers, Vol. VII, New York 1984, p. 197-208.

8 Bode: Huxley (Anm. 3), S. 17.

erscheint unmöglich, die komplexen Ursachen der großen Popularität dieses negativen Szenarios einer möglichen Zukunft auf eine griffige Formel zu bringen. Aber angesichts der Erfahrungen der Materialschlachten des Ersten Weltkriegs, der wirtschaftlichen Depression der Nachkriegsjahre und seiner Begegnung mit der amerikanischen Zivilisation während seiner Weltreise 1925, geht man sicherlich nicht fehl in der Annahme, daß die von seinem Roman ausgehende Faszination mit dem für die Zwischenkriegszeit so charakteristischen Zweifel an dem Fortschrittsglauben des 19. Jahrhunderts zusammenhängt, den sein utopischer Text satirisch, aber ohne Zynismus und nihilistische Hoffnungslosigkeit artikuliert. »War das 19. Jahrhundert aufgebrochen, um mit den Mitteln der Naturwissenschaft und der Technologie Elend zu lindern, die Lebensverhältnisse zu verbessern«, schreibt zu Recht ein Literaturhistoriker, »so dominiert bei Huxley die verzweifelte Frage, wieviel an menschenwürdigem Dasein durch die Technologie vernichtet werde«. <sup>9</sup> Nicht zufällig ist *Schöne neue Welt* in bewußter Absetzung von H.G. Wells 1922 erschienener Utopie *Men like Gods* geschrieben worden, die das Fortschrittsparadigma des 19. Jahrhunderts konsequent fortsetzt und imaginär zu überbieten sucht. <sup>10</sup>

Während Wells in *Men like Gods* das Resultat des vollendeten wissenschaftlich-technischen Fortschritts gleichsetzte mit der Verwirklichung Kanaans, des »gelobten Landes menschlicher Sehnsucht«, das den Individuen »Frieden, Kraft und Gesundheit, frohe Tätigkeit, langes Leben und Schönheit« <sup>11</sup> verheißt, imaginiert Huxley in achtzehn Kapiteln den Alptraum einer zukünftigen Welt, in der pervertierte Technik, genormtes Leben innerhalb unveränderlicher Hierarchien, enterotisierte Sexualität und durch Drogenkonsum gestütztes »Glück« dominieren. »Huxley liefert in den Kapiteln 1 und 2 den Grundplan und das Fundament der Gesellschaft von *Brave New World*; dabei ist der bloß rudimentäre plot vollkommen (doch geschickt) dem Ziel der Informationsvergabe untergeordnet. Die folgenden Kapitel bieten nun – parallel zur Einführung der Haupthandlungsträger und meistens durch sie vermittelt – die zum genauen Verständnis dieses »non-violent totalitarism« (so Huxley in *Brave New World Revisited*) notwendigen Ergänzungen: Wie funktioniert diese stabilisierte Mega-Maschine konkret? Erst danach stellt sich die Frage nach ihrem letzten Grund, dem Wozu und Warum«. <sup>12</sup> Bleibt hinzuzufügen, daß dem homogenen Monolith eine naturalisierte Gegenwelt in Gestalt eines Indianerreservats in Neu-Mexiko konfrontiert wird: Ihr Repräsentant, »John the Savage«, entzieht sich den Zwängen der manipulierten Hyperzivilisation. Auf sein »Recht auf Unglück« insistierend, zerbricht er an seiner Liebe zu Lenina, einer Protagonistin der »schönen neuen Welt«.

Wie die Rezeption <sup>13</sup> zeigt, überwiegen Lesarten, wonach Huxley in seinem Roman Tendenzen der fortgeschrittenen Zivilisationen des 20. Jahrhunderts extrapolierte und »in einen fiktiven Raum hinein« <sup>14</sup> verlängerte. Interpretationen dieser Art arbeiten meistens mit Zuordnungen zu bestimmten Gesellschaftsmodellen. Wollte Huxley nur vor der amerikanischen Konsum- und Industriegesellschaft warnen? Oder ging es ihm darum, den »Spätkapitalismus«

9 Willi Erzgräber: *Utopie und Anti-Utopie in der englischen Literatur*. Morus, Wells, Huxley, Orwell. Zweite unveränderte Auflage, München 1985, S. 134.

10 Vgl. Bedford: Huxley, vol. I (Anm. 4), p. 244.

11 Herbert George Wells: *Menschen Göttern gleich*. Aus dem Englischen von Paul von Sonnenthal und Otto Mandl, Berlin, Wien, Leipzig 1927, S. 395.

12 Bode: Huxley (Anm. 3), S. 61.

13 Vgl. a.a.O., S. 103-147.

14 Erzgräber: *Utopie* (Anm. 8), S. 134.

insgesamt zu kritisieren? Manche Interpreten meinen, *Schöne neue Welt* sei die Extrapolation zentraler Tendenzen kommunistischer Regime. Andere widersprechen und behaupten, er nehme faschistische Herrschaftssysteme ins Visier. Demgegenüber möchte ich im folgenden eine andere Interpretationsperspektive vorschlagen. Zwar kann mit Norbert Elias festgestellt werden, daß »das Anwachsen negativer Utopien im 20. Jahrhundert zum Teil ganz gewiß die echte Widerspiegelung eines Klimas der Furcht und der Angst ist, das in vielen Staatsgesellschaften (...) spürbar wächst.«<sup>15</sup> Mit gleichem Recht fügte er dieser Diagnose jedoch hinzu, »daß die Häufigkeit von Furchtutopien im 20. Jahrhundert zum Teil auch mit Eigentümlichkeiten« der klassischen Utopietradition seit Morus selbst zusammenhängt.<sup>16</sup> In diesem Sinne möchte ich am Beispiel von Huxleys *Schöne neue Welt* zeigen, daß die meisten Topoi, die in der etatistischen Sozialutopie seit dem 16. Jahrhundert deren spezifisches Profil geprägt haben, in Huxleys Furchtutopie wieder auftauchen: Allerdings sind genau die Eigenheiten des Staates, in denen die klassische Utopietradition Steigerungen der Humanität sah, nunmehr Ausdruck einer totalitären Herrschaftsmaschinerie, deren erstes Resultat – wie bei Samjatin – die völlige Auslöschung der Ansprüche des autonomen Individuums ist.

## II.

Dieser charakteristische Funktionswechsel wird bereits in der Sozialkritik deutlich, die Huxley seinem utopischen Roman zugrundelegt: Das, was in der klassischen Utopietradition der »beste« Staat war, wird bei Huxley durch »die schlimmste Entwicklung aller negativen Tendenzen der Ursprungsgesellschaft«<sup>17</sup>, die sich zu einer utopischen Schreckensvision verdichtet, ersetzt. Umgekehrt erhält die Sozialkritik der »alten« Gesellschaft, die in der positiven Utopie den Geltungsanspruch des idealen Gemeinwesens entscheidend mitverbürgte, einen neuen Stellenwert: Sie versucht, das Irrationale, den Individualismus, überhaupt das Subjektive und Spontane, als eine längst überwundene Entwicklungsstufe des Menschen zu diskreditieren. So wird in der Nachfolge Platons und Campanellas immer wieder auf die monogame Ehe und ihre angeblich subversiven Auswirkungen auf die »alte Welt« hingewiesen: »Familie, Einehe, Romantik. Überall Abgrenzung gegen die Allgemeinheit, überall jegliches Interesse auf einen Punkt gerichtet, ein kleinmütiges Eindämmen aller Kräfte und Triebe« (48f.). Doch gerade in der karikierenden Ineinsetzung der monogamen Ehe mit »ein(em) seelische(n) Kaninchenstall, ein(em) Misthaufen, dampfend von der Reibung zusammengepferchten Leibes, stinkend von Gefühlen« (46f.), wird die Intention des Autors klar: Die so verstandene »Kritik« hat nicht mehr die Aufgabe, den Plausibilitätsgrad bzw. die Akzeptanz des (negativen) utopischen Ideals zu erhöhen. Ihre zentrale Aufgabe besteht vielmehr darin, das Inhumane der »neuen Welt« zu verdeutlichen, indem sie zeigt, in welchem Maße sie von menschlichen Verhältnissen, die von Gefühlen, Spontaneität, Subjektivität etc. geprägt sind, abstrahiert.

Vor allem aber teilt die Sozialkritik, die die Repräsentanten der »schönen neuen Welt« Huxleys an der alten, längst überwundenen

15 Norbert Elias: Thomas Morus' Staatskritik. Mit Überlegungen zur Bestimmung des Begriffs Utopie, in: Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie. Hrsg. v. Wilhelm Voßkamp, Bd.II, Frankfurt am Main 1985, S. 146.

16 Ebd.

17 Michael Winter: Don Quijote und Frankenstein. Utopie und Utopiekritik: Zur Genese der negativen Utopie, in: Utopieforschung, Bd. III (Anm. 15), S. 105.

Gesellschaft üben, den rigiden Antiindividualismus der älteren etatistischen Sozialutopie: Insbesondere der Liberalismus habe sich im Namen der Rechte des einzelnen gegen alle Maßnahmen gestemmt, die geeignet waren, das gesellschaftliche Chaos zu beenden. Die Protokolle des Parlaments sprächen für sich: »Reden über die persönliche Freiheit. Über die Freiheit, untüchtig und unglücklich zu sein. Über die Freiheit, ein kantiger Flock in einem runden Loch zu sein« (45). Ferner habe der Egalitarismus der Demokratie die Einführung eines Kastenwesens, das die gesellschaftliche Dynamik hätte beenden können, immer wieder verhindert, »als ob es eine andere Gleichheit der Menschen gäbe als die physikalisch-chemische« (54). Zwar bringen die Parteigänger der »schönen neuen Welt« den Individualismus nicht – wie die ältere Utopietradition – mit der Verfügung über Privateigentum ausdrücklich in Verbindung. Doch unterscheidet er sich in seinen sozialen Auswirkungen nicht vom Eigentümergeoismus, den die utopische Literatur seit Morus anprangerte. Indem er die einzelnen vereinsame und sie zwingt, auf sich selbst angewiesen zu sein, unterminiere er permanent stabile soziale Verhältnisse. Für den einzelnen aber reduziere er sich auf das Recht auf Unglück, »ganz zu schweigen von dem Recht auf Alter, Häßlichkeit und Impotenz, dem Recht auf Syphilis und Krebs, dem Recht auf Hunger und Läuse, dem Recht auf ständige Furcht vor dem nächsten Tag, dem Recht auf typhöses Fieber, dem Recht auf unsägliche Schmerzen jeder Art« (208).

Demgegenüber lautet der Wahlspruch der »schönen neuen Welt«: »Gemeinschaftlichkeit, Einheitlichkeit, Beständigkeit« (19). Diese klassischen Postulate gesellschaftlicher Harmonie, an denen sich die Utopisten seit Platon immer wieder orientierten, setzten voraus, daß dem einzelnen jede Selbständigkeit abgeht; er ist »nur ein Teilchen von etwas anderem. (...) nur eine Zelle im sozialen Organismus« (88). Huxley benennt auch die Gründe, warum die Menschen ihr individuelles und selbstbestimmtes Leben aufgeben. Es ist nicht der Druck des offenen Terrors, der sie dazu bewegt. Die große Maschine läuft, weil sie das Einverständnis scheinbar zufriedener und glücklicher Menschen voraussetzen kann: »sie bekommen, was sie begehren, und begehren nichts, das sie nicht bekommen können. Es geht ihnen gut, sie sind geborgen, immer gesund, haben keine Angst vor dem Tod. Leidenschaft und Alter sind diesen Glücklichen unbekannt« (191). Doch welcher Mittel bedienen sich die Herrschenden, um diesen massenhaften Konformismus auf Dauer zu stellen? Welche Maßnahmen werden ergriffen, um »die letzte, persönliche, wirklich revolutionäre Revolution« (113) herbeizuführen? Oder anders gefragt: Wie löst die herrschende Kaste das Problem des Glücks, um die Menschen dahin zu bringen, daß sie »ihr Sklaventum« (16) lieben?

### III.

Die erste Rahmenbedingung für die Erreichung dieses Ziels ist wirtschaftlicher Natur: Der »allmächtigen Exekutive und ihren Managern« muß es gelingen sein, »das Problem dauerhafter wirtschaftlicher Sicherheit« aus der Welt zu schaffen (16). Zu diesem Zweck sind riesige Wirtschaftskonzerne im internationalen Maß-



stab und die umfassende politische Gewalt des Weltstaates, der aus einem neunjährigen Krieg hervorgegangen ist, eine Synthese eingegangen, die die Unterscheidung zwischen »privater« und »staatlicher« Verfügung über die Produktionsmittel obsolet erscheinen läßt. Wir haben es im Grunde mit einer Form der Ökonomie zu tun, die sich der Dichotomie »marktwirtschaftlicher Kapitalismus« versus »sozialistische Planwirtschaft« nicht mehr fügt. In der Sicht Huxleys ähneln sich beide Wirtschaftssysteme in wesentlichen Elementen wie ein Ei dem anderen: »Für den bolschewistischen Idealisten«, schrieb er einmal, »ist Utopia von einem der Werke des Herrn Ford nicht zu unterscheiden.«<sup>18</sup> Tatsächlich werden in *Schöne neue Welt* Segmente einer Produktionssphäre angedeutet, in der auf der Basis hochdifferenzierter Arbeitsteilung und weitgehender Rationalisierung der Herstellungsverfahren das Prinzip ökonomischer Zweckrationalität im Sinne der optimalen Verwertung getätigter Investitionen weitgehend verwirklicht ist. Diesem systemübergreifenden Denken in Kategorien des quantitativen Wirtschaftswachstums setzt Huxley in seinem utopischen Szenario ein makabres Symbol: Selbst die Krematorien sind so »modernisiert«, daß sie der Wiederherstellung wichtiger Rohstoffe wie Phosphor dienen (75).

Welche Rolle spielen nun im System der materiellen Reproduktion der »schönen neuen Welt« die Naturwissenschaft und ihre Anwendung als Technik, die menschliche Arbeit und die von der Wirtschaft zu befriedigenden Bedürfnisse? Huxley knüpft an alle drei Faktoren utopischer Wirtschaftssysteme in der Vergangenheit an; zugleich »modernisiert« er sie aber in einer Weise, die es erlaubt, von einem »Paradigmenwechsel« zu sprechen:

*Erstens:* In den Sozialutopien des 19. Jahrhunderts wurde die Technik in den Dienst der Naturbeherrschung gestellt, um unzähligen verelendeten einzelnen eine menschenwürdige Existenz zu verschaffen. In dem Maße, wie die angewandte Naturwissenschaft als Technik die industrielle Entfaltung der Produktivkräfte ermöglichte und dadurch die Bedingung kollektiver Emanzipation erst schuf, avancierte sie zur *conditio sine qua non* des utopischen Gemeinwesens. Über diese Option geht die »schöne neue Welt« Huxleys entschieden hinaus.<sup>19</sup> Ihre utopischen Vorgänger sahen zwar im Menschen den Nutznießer und Verursacher des wissenschaftlich-technischen Fortschritts; aber der humane Kern des einzelnen blieb von ihm unberührt. Mit diesem Tabu wird in Huxleys »schöner neuer Welt« gebrochen. Es geht nicht nur um die Veränderung der sozio-politischen Rahmenbedingungen, sondern um eine tiefgreifende Umwälzung in den »Gemütern und Leibern« der Menschen selbst.

Huxley nennt vier wissenschaftliche Entdeckungen bzw. Erfindungen, die in seiner »schwarzen« Utopie die Stabilität des Gemeinwesens garantieren: a) Es bedarf »einer sehr verbesserten Methode der Suggestion – durch Konditionierung des Kleinkindes und, später, durch die Hilfe von Medikamenten wie Skopolamin« (16). b) Die Regierung muß im Besitz eines wissenschaftlichen Instrumentariums sein, mit dessen Hilfe es den von ihr bestellten Managern zuverlässig möglich ist, »jedem beliebigen Individuum

18 Zit. n. Hans Ulrich Seeber und Walter Bachem: Aspekte und Probleme der neueren Utopiediskussion in der Anglistik, in: Utopieforschung, Bd.III (Anm. 15), S. 105.

19 Zu Recht stellt Kumar fest: »It is fair to call Brave New World an anti-utopia of science, in fact the anti-utopia of science« (Krishan Kumar: Utopia and Anti-Utopia in Modern Times, Oxford und London 1987, S. 254).

seinen oder ihren Platz in der gesellschaftlichen Rangordnung anzuweisen« (16). c) Möglichen Frustrationen der einzelnen muß durch den Einsatz geeigneter Rauschmittel begegnet werden, die weniger Schaden und mehr Genuß bringen als Branntwein oder Heroin (16f.). d) Schließlich ist ein »betriebssicheres System der Eugenik« unverzichtbar, »darauf berechnet, das Menschenmaterial zu normen und so die Aufgabe der Manager zu erleichtern« (17). Umgekehrt wirkt freilich das Ziel, nämlich die Garantie des gesellschaftlichen status quo, auf die Struktur der Naturwissenschaft selbst zurück: Sie ist Teil der Herrschaftsstruktur des Systems geworden, d.h. sie hat sich ihrer Freiheit und ihrer ethischen Verpflichtung, nur der Wahrheit zu dienen, entledigt (196f.).

*Zweitens:* Die utopische Literatur seit Morus sah einen zentralen Zweck der Technik darin, daß sie die Arbeit humanisiert. Wenn auch erst im Zuge der Industrialisierung während des 19. Jahrhunderts in der utopischen Literatur zum ersten Mal die Möglichkeit reflektiert wurde, daß man die physische Schwerstarbeit den Maschinen überlassen könne, so war doch von Anfang an klar, daß die Technik nur dann einen Sinn habe, wenn sie die Menschen von unwürdiger Fron oder stumpfsinniger mechanischer Tätigkeit entlastet, und zwar bei gleichzeitigem Anwachsen der Produktivität der Arbeit. Erst unter dieser Voraussetzung sah man jene Muße garantiert, in der die einzelnen in solidarischer Gemeinschaft mit anderen ihre kreativen Fähigkeiten entfalten können. Demgegenüber wird bei Huxley sowohl das Verhältnis Mensch und Maschine als auch die Korrelation von Arbeit und Freizeit grundsätzlich neu bestimmt. Die Maschine wird nicht – wie in der älteren Utopietradition – den menschlichen Bedürfnissen angepaßt, soweit dies nur irgend möglich ist. Vielmehr können jederzeit »normierte« Menschen je nach den Erfordernissen des Produktionsprozesses »hergestellt« und angefordert werden, die sich zur Erfüllung bestimmter Funktionen in den technologischen Herstellungsverfahren optimal eignen, weil entsprechende genetische Manipulationen an ihnen vorgenommen wurden (143).

*Drittens:* Für die ältere Utopietradition war es bis zum Ende des 18. Jahrhunderts konstitutiv, daß den Bewohnern ihrer idealen Gemeinwesen eine Ethik des Verzichts, die nur die Befriedigung »natürlicher« Bedürfnisse vorsah, zugemutet wurde. Nur durch ein striktes Luxusverbot glaubte man, die optimale Versorgung aller bei einer sinkenden Zahl von Arbeitsstunden pro Tag befriedigen zu können. Mit dem Beginn der Industrialisierung wurde mit dieser Konsumschränke gründlich aufgeräumt: Seit Saint-Simon war der Hedonismus des Massenkonsums geradezu ein Signum des »guten Lebens«, das die Sozialutopie zu realisieren vorgab. Huxleys »schöne neue Welt« vollzieht diese Umorientierung mit, aber in radikalierter Weise. »Die Ethik und Philosophie des eingeschränkten Konsums« sei zwar wichtig »in Zeiten der Unterproduktion«. Doch »im Zeitalter der Maschinen und des Stickstoffs« müsse sie geradezu als »ein Verbrechen an der Gesellschaft« gelten (58), weil sie deren innere Stabilität unterminiere. »Industrielle Zivilisation ist nur ohne Selbstverleugnung möglich. Selbstbefriedigung bis an die äußersten Grenzen, die Volksgesundheit und

Volkswirtschaft gesetzt sind. Sonst stehen die Räder still« (205). Aber diese Kontinuität zum utopischen Denken des 19. Jahrhunderts darf nicht einen wichtigen Unterschied verdecken. Dessen Konstrukteure sahen zwar eine Kultivierung der Bedürfnisse der Massen vor, aber die Internalisierung des Normensystems sollte indirekt durch Erziehung und den Appell an die kollektive Vernunft erfolgen. In Huxleys *Schöne neue Welt* dagegen wird die Prämisse, daß die Bedürfnisbefriedigung der einzelnen zwanglos mit den Erfordernissen gesellschaftlicher Stabilität konvergiert, aufgegeben. Die Konkordanz von individuellem Verhalten und Systemlogik ist vielmehr das Resultat eines direkten sozial-technologischen Eingriffs. »Man wird so genormt«, heißt es, »daß man nichts anderes tun kann, als was man tun soll. Und was man tun soll, ist im allgemeinen so angenehm und gewährt den natürlichen Trieben so viel Spielraum, daß es auch keine Versuchungen mehr gibt. Sollte sich durch einen unglücklichen Zufall wirklich einmal etwas Unangenehmes ereignen, nun denn, dann gibt es Soma (d.h. eine Droge, R.S.), um sich von der Wirklichkeit zu beurlauben« (206).

#### IV.

Wie sichert das politische System die Funktionsfähigkeit der in fünf Kasten gegliederten Gesellschaft, die mit den griechischen Buchstaben von Alpha bis Epsilon gekennzeichnet sind? Seine Notwendigkeit erklärt sich daraus, daß genetische Manipulation, Neo-Pawlowsche Konditionierung, Hypnopädie, Drogenkonsum und Überflußgesellschaft allein nicht ausreichen, um die Stabilität der Gesamtgesellschaft zu sichern. Sie ist erst dann garantiert, wenn es dem Staat gelingt, die sexuellen Energien im Sinne seiner Integration zu nutzen und zu »kanalisieren«. »Je mehr sich politische und wirtschaftliche Freiheit verringern«, schreibt Huxley, »desto mehr pflegt die sexuelle Freiheit sich kompensatorisch auszuweiten«: Sie ist ein entscheidender Kitt, der den einzelnen an das »Ganze« der »schönen neuen Welt« bindet, weil sie ihn mit dem Verlust der persönlichen Freiheit versöhnt. Zwar beruft sich Huxley bei der Beschreibung der sexuellen Normen seines utopischen Szenarios nicht auf Platon, sondern auf de Sade. Doch im Resultat herrscht in seinem utopischen Weltstaat nichts anderes als eine radikalisierte Variante der Frauen- und Kindergemeinschaft, wie wir sie seit der Politeia des griechischen Philosophen kennen: Huxley interpretiert sie als Ausdruck einer über bloße Politik und Volkswirtschaft hinausgehenden Revolution, nämlich »einer Revolution im einzelnen Menschen, in Mann, Weib und Kind, deren Körper hinfort das gemeinsame sexuelle Eigentum aller (...) und deren Gemüter von jedem natürlichen Sittlichkeitsgefühl und von allen im Verlauf der überkommenen Zivilisation mühsam erworbenen Hemmungen entrümpelt werden sollten« (13).

Dennoch sind bedeutsame Unterschiede zu Platons und Campanellas Frauen- und Kindergemeinschaft nicht zu übersehen: Sie werden deutlich, wenn wir uns der Hervorbringung der »neuen Menschen« zuwenden, wie sie in *Schöne neue Welt* vorgesehen ist. Zwar ist eine alte Forderung der klassischen Utopietradition eingelöst: Alter, Häßlichkeit, Impotenz sowie alle schweren Krankheiten

gelten als überwundene Gebrechen (208). Eine der Voraussetzungen für die vollkommene Gesundheit ist der sogenannte TLE-Behandlungszwang (»Tolle-Leidenschaft-Ersatz«): Regelmäßig einmal im Monat wird der ganze Organismus mit Adrenalin durchflutet. »Es ist ein hundertprozentiges physiologisches Äquivalent für Angst und Wut. Erzielt die gleichen tonischen Wirkungen, wie Desdemona zu erwürgen oder von Othello erwürgt zu werden – ohne die Unannehmlichkeiten« (207). Doch in der klassischen Utopietradition war es nie strittig, daß der »neue Mensch« ohne den Sexualverkehr zwischen den Geschlechtern ein bloßes Phantom bleiben mußte. Zwar finden wir auch bei Platon und Campanella bereits eugenische Vorkehrungen unter ärztlicher Kontrolle bei der Zusammenführung geeigneter Partner. Am biologischen Sachverhalt der natürlichen Zeugung und Geburt wurde jedoch nicht gerüttelt. Diese Grenze wird in *Schöne neue Welt* definitiv durchbrochen, weil ein »betriebssicheres System« der Eugenik die biologischen Funktionen von Mann und Frau bei der Fortpflanzung ersetzt, das, in der »Brut- und Normenzentrale« institutionalisiert, von Huxley ausführlich geschildert wird (19-31).

Die zweite Differenz zur Fiktion des »neuen Menschen« in der klassischen Utopietradition besteht darin, daß ihr universalistischer, auf prinzipieller Gleichheit abhebender Anspruch aufgegeben wird: Er reduziert sich, wie schon erwähnt, auf die chemisch-physikalische Zusammensetzung des Menschen (75). Die Begründung, warum nur eine hierarchische Kastengesellschaft die gesellschaftliche Stabilität garantiert, ist charakteristisch genug: Eine Sozietät, die sich lediglich aus Mitgliedern der höchsten Klasse, also der Alphas, zusammensetzte, würde permanente Konflikte hervorbringen und in einem Bürgerkrieg enden (194). Stabilität garantiere nur eine Gesellschaftsordnung, die sich den Eisberg zum Muster nimmt: »acht Neuntel unter der Wasserlinie, ein Neuntel darüber« (194). Innerhalb dieses Modells seien die niederen Kasten nicht weniger zufrieden als die höheren: Ihre Arbeit »ist leicht, kinderleicht, strengt weder Geist noch Körper an. Siebeneinhalb Stunden leichter, nicht ermüdender Arbeit, dann die Somaration, Sport, uneingeschränktes Sexualeben und Fühlfilme« (194).

Das politische System im engeren Sinne fügt sich bruchlos in die klassische Tradition der Sozialutopie ein: Es kann auf offene Repressionsfunktionen weitgehend verzichten, weil »die allmächtige Exekutive politischer Machthaber und ihre Armee von Managern« es einerseits mit Arbeitern zu tun hat, »die zu gar nichts gezwungen zu werden brauchen, weil sie ihre Sklaverei lieben« (15). Andererseits gibt es ein Volk im klassischen Sinne bei Huxley ebensowenig wie bei Plato. Der Citoyen, der es einmal repräsentierte, ist ersetzt durch den »glücklichen, fleißigen, konsumierenden Staatsbürger« (204), der innerhalb der gesellschaftlichen Rangordnung, auf die hin er »genormt« wurde, alle seine Energien darauf verwendet, daß er so funktioniert, wie es von ihm erwartet wird. Religiöse Bedürfnisse sind ebenso überflüssig geworden wie eine den Normen der Gesellschaft vor- und übergeordnete Moral als Regulativ des zwischenmenschlichen und politischen Verhaltens. Selbstverständlich ist unter diesen Bedingungen einem kodifizierten

Rechtssystem der Boden entzogen. Kommt es zu Normenverletzungen, so werden die Betroffenen vom zuständigen Weltaufsichtsrat auf eine entfernte Insel verbannt.

Aber nicht nur die Abwesenheit eines sich selbst bestimmenden Volkes läßt an den Ständestaat Platons erinnern, sondern auch die Machtverteilung innerhalb der herrschenden Kaste. Wenn man so will, erlebt Platons Muster einer aristokratischen Republik im modernen Gewand eine Renaissance: Wie dessen Philosophen mit den zehn Weltaufsichtsräten gleichgesetzt werden können, so haben die Wächter ihre Entsprechung in der Elite der Manager und Direktoren, die an den Hebeln der gesellschaftlichen Macht sitzen und nur einer Instanz verantwortlich sind: dem ihnen übergeordneten Weltaufsichtsrat. Diese in Analogie zu einem riesigen Konzern eingesetzten zehn Weltaufsichtsräte haben diktatorische Vollmachten: Sie kontrollieren in ihrem Hoheitsbereich die gesamte politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Verfügungsgewalt. Jede Entscheidung, die, in welcher Weise auch immer, die Stabilität der Weltgesellschaft betrifft, behält sich der zuständige Weltaufsichtsrat persönlich vor (130). Zur Verfügung stehen ihm nicht nur eine Elite von Sozialingenieuren und Managern, sondern auch alle Medien, über die die Öffentlichkeit beeinflusst werden kann (69). Auch übt er eine totale Zensur aus: Ihr Adressat ist in erster Linie die Wissenschaft, vor allem dann, wenn sie die Legitimität des Gesamtsystems in Frage stellt (158).

In einer Hinsicht unterscheidet sich freilich die Herrschaftsstruktur der »schwarzen« Utopie Huxleys vom Idealstaat Platons: Die »schöne neue Welt« wird durch einen Weltstaat regiert. Regelmäßig feiert man »Eintrachtsandachten«, die an seine Konstituierung und an seinen Gründungsvater Ford erinnern (59). Zugleich ist damit der Kriegs- bzw. Friedensproblematik der Boden entzogen, die für die klassische Utopietradition eine erhebliche Rolle spielte, da sie die Möglichkeit von Verteidigungskriegen ins Kalkül zog. »In einer wohlgeordneten Gesellschaft wie der unseren«, heißt es demgegenüber bei Huxley, »findet niemand Gelegenheit zu Edelmut und Heldentum. Solche Gelegenheiten ergeben sich nur in ganz ungefestigten Verhältnissen. Wo es Kriege gibt, Gewissenskonflikte, Versuchungen, denen man widerstehen, und Liebe, die man erkämpfen und verteidigen muß – dort haben Heldentum und Edelmut selbstverständlich einen gewissen Sinn. Aber heutzutage gibt es keine Kriege mehr« (206).

## V.

Welchen Geltungsanspruch hat Huxley, so muß abschließend gefragt werden, mit seiner »schwarzen« Utopie vertreten? Wer diese Frage aufwirft, wird bald auf Spuren verwiesen, die zu Samjatins utopischem Roman *Wir*<sup>20</sup> hinführen. Die Übereinstimmungen beginnen mit der Projektion der »schönen neuen Welt« in die Zukunft: Es handelt sich wie bei Samjatins Horrorvision um eine Zeitutopie. Im Gegensatz zu den positiven Utopien teilte Huxley mit Samjatin die Furcht, daß diese utopische Zukunft Gegenwart werden könnte. Der Geltungsanspruch von »Brave New World« steht also nicht unter dem Legitimationsdruck einer realistischen

20 Vgl. Jewgenij Samjatin: *Wir*. Aus dem Russischen von Gisela Drohla, Köln 1984.



Transformations-, sondern eher unter dem Postulat einer Vermeidungsstrategie. Rückblickend schrieb Huxley 1949 über seinen utopischen Roman:

»Alles in allem sieht es ganz so aus, als wäre uns Utopia viel näher, als irgend jemand sich vor nur 15 Jahren hätte vorstellen können. Damals verlegte ich diese Utopie 600 Jahre in die Zukunft. Heute scheint es durchaus möglich, daß uns dieser Schrecken binnen eines einzigen Jahrhunderts auf den Hals kommt; das heißt, wenn wir in der Zwischenzeit davon absehen, einander zu Staub zu zersprengen. In der Tat, wenn wir nicht die Dezentralisierung wählen und die angewandte Wissenschaft als den Zweck gebrauchen, zu welchem aus Menschen die Mittel gemacht werden, sondern als das Mittel zur Hervorbringung eines Geschlechts freier Individuen – dann bleiben uns nur zwei Möglichkeiten: entweder eine Anzahl nationaler militarisierter Totalitarismen, die in Angst vor der Atombombe gründen und deren Frucht die Vernichtung der Zivilisation (falls über die Kriegführung eingeschränkt wird, die Verewigung des Militarismus) sein wird; oder ein übernationaler Totalitarismus, hervorgerufen durch das soziale Chaos, das sich aus raschem technischem Fortschritt im allgemeinen und der atomaren Revolution im besonderen ergeben haben wird und das sich aus dem Bedürfnis nach Leistungsfähigkeit und Stabilität zur Wohlfahrtstyannei Utopias entwickeln wird« (17f.).

Wenn Huxley dergestalt von der Offenheit der historischen Entwicklung ausgeht, zumal er trotz aller katastrophalen Möglichkeiten die Vermeidung des Absinkens der Menschheit in totalitäre Sklaverei nicht ausschließt, dann hat diese Prognose eine Stütze in seinem Roman selbst. Er warf nämlich – wie Samjatin vor ihm – die Frage nach den Grenzen der totalitären Manipulation und damit der Chancen des Nonkonformismus in den hochtechnisierten Gesellschaften der Zukunft auf: Der Konstrukteur des Weltraumschiffes Integral, D 503 und seine Geliebte I-330 in Samjatins Wir haben ihre Entsprechung bei Huxley in Helmholtz Watson, Bernard Marx und »John the Savage«, die sich den Normen der »neuen Welt«, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven und im unterschiedlichen Ausmaß, genauso zu entziehen suchen, wie die beiden Hauptfiguren in Samjatins Roman. In beiden Utopien wird zudem die Spannung zwischen Nonkonformismus und Anpassung geographisch symbolisiert: Samjatins innerutopische »Gegenwelt« zum Einzigsten Staat ist jenseits der »grünen Mauer« angesiedelt, in denen die »alte Welt« zumindest in fragmentarischer Weise überlebt. Huxleys *Schöne neue Welt* sieht eine Indianerreservation in Neumexiko vor, die durch einen Stacheldraht nach außen isoliert ist; wer ihn berührt, hat mit dem sofortigen Tod zu rechnen. »Aus einer Reservation gibt es kein Entrinnen« (97) so heißt es. In ihr leben etwa 60 000 Indianer und Mischlinge. Nur von den Aufsehern gelegentlich besucht, besteht sonst kein Kontakt zur Außenwelt. Allerdings kann dieses fast deckungsgleiche Szenario nicht darüber hinwegtäuschen, daß Huxley die Spannung zwischen dem Konformitätsdruck des totalitären Systems und dem Streben nach individueller Freiheit anders bestimmt als Samjatin. Doch wie läßt sich dieser Unterschied verdeutlichen?

Zunächst fällt auf, daß das Streben nach individueller Freiheit in Samjatins *Einzigem Staat* wie eine Epidemie um sich greift: Sie löst eine Revolution aus und stellt die Grundlagen des totalitären Systems selbst in Frage. Demgegenüber ist der Staat der »schönen neuen Welt« durch die Ansprüche des Individuums in keinem Augenblick gefährdet. Das System der Manipulation der menschlichen Bedürfnisse und ihrer Befriedigung, d. h. des »Glücks« der Massen, ist so perfekt, daß nonkonformes Verhalten scheinbar mühelos von der Obrigkeit integriert werden kann; sie muß nicht einmal zur Todesstrafe greifen wie in Samjatins »Wir«: Sei es, daß renitente Mitglieder der oberen Kasten auf eine entfernte Insel verbannt werden, sei es, daß ein absoluter Außenseiter wie »John the Savage« durch eine sensationslüsterne Öffentlichkeit in den Selbstmord getrieben wird. In Samjatins Wir sah sich ferner der Staat am Ende gezwungen, wenn er sein Überleben sichern wollte, die »Phantasie« und damit die kreativen Potenzen seiner Bewohner operativ zu entfernen. Zugleich brachte er sich mit diesem Schritt selbst um seine Zukunft, weil er dadurch dem System lebensnotwendige innovatorische Ressourcen entzog. Anders im Herrschaftssystem der »schönen neuen Welt«. Ausdrücklich bescheinigt es der höchsten Kaste, den Alphas, daß sie »aus lauter verschiedenen, unabhängigen Persönlichkeiten mit erstklassiger Abstammung und einer Normierung« bestehen, »die ihnen, in gewissen Grenzen, gestattet, Willensfreiheit zu entfalten und Verantwortung auf sich zu nehmen« (193).

Dieser begrenzte Freiheitsraum wird also als systemnotwendig anerkannt und zugleich als eine gewisse Abweichung von den herrschenden Normen in Kauf genommen, ohne daß dadurch die Grundlagen des Systems selbst gefährdet sein sollen. Es kann bezweifelt werden, ob diese Erwartung mehr ist als bloßes Wunsdenken. Jedenfalls hat die »schöne neue Welt« Huxleys mit dem Sprengsatz »Individualismus« zu leben, dessen entscheidende Triebkraft, die kreative Phantasie, zumindest potentiell über das totalitäre System hinausweist.



JEANETTE DRYGALLA

## Globalisierung und Geschlecht. Der Versuch, kein Protokoll zu schreiben

Jeanette Drygalla – Jg. 1969, Promotionsstudentin an der Martin-Luther-Universität Halle, Arbeitsthema: Mobbing. Theoretische und empirische Untersuchung von spezifischen Arbeitsplatzkonflikten im Bereich des Gesundheitswesens und Ableitung von Handlungsempfehlungen für Organisation und Individuum. Veröffentlichungen: Freizeit – freie Zeit? Studie, Halle 1996; Arbeitslosigkeit im Meinungsbild der Bevölkerung, Halle 1997; Arbeitsplatzkonflikte, sexuelle Belästigung von Frauen, Eignungen versus Benachteiligungen im Arbeitsprozeß, Halle 1997; German Federal Ministry of Education and Science research project: VERKET. Development of inter-agency pathways in health sector« zusammen mit Julia Ortmann und Margarete Landenberger, in: Journal Of Interprofessional Care, Vol. 12, No. 2, 1998.

Was geschieht, wenn eine sich bis dahin mit der feministischen Debatte eher nur marginal beschäftigende junge Frau auf eines der interessantesten und möglicherweise brisantesten Themen der Gegenwart trifft? Wenn sie aufgefordert ist, ihre Eindrücke wiederzugeben, kommt folgendes raus:

Zwar habe ich mich bisher als Feministin verstanden, *erstens* kann ich nicht anders, als mich als denkende Frau auch in feministischen Argumentationspunkten wiederzufinden, *zweitens* habe ich mich in meiner bisherigen wissenschaftlichen Laufbahn auch mit frauenpolitischen Themen beschäftigt. Die Abbildung der Realität unter frauenspezifischen Aspekten – vermischt mit einem einigermaßen ausgebildeten Empfinden für soziale Gerechtigkeit – kann m.E. nur im Ergebnis eine politische Stellungnahme für die Gleichstellung der Geschlechter bedeuten. Aber trotzdem war mir die feministische Diskussion bisher eher unbekannt.

Wenn ich jetzt und hier versuche, die Ergebnisse der Workshop-Tagung kurz wiederzugeben, kann ich die gehaltenen Referate, die geführten Gespräche und Debatten, wie die diskutierten Inhalte nicht kritisch-einbettend in die aktuelle, feministische Diskussion wiedergeben, sondern nur reflektieren, was mich bewegt, aufgerüttelt, schockiert oder was mir schlicht gefallen hat. In diesem Sinne versuche ich nicht, eine komplette Inhaltsangabe wiederzugeben, sondern beschränke mich in meinen Ausführungen auf ausgewählte Diskussionspunkte sowie Reflexionen der geführten Gespräche.

Die Veranstaltung erstreckte sich über zwei Tage und gliederte sich neben einem sehr erfrischenden kulturellen Beitrag von Barbara Thalheim in drei inhaltliche Teile: Erstens die Eröffnung mit zwei verschiedenen Zugangsreferaten, zweitens die Diskussion verschiedener Themen (Gewalt, Demokratie, Neudefinition von Arbeit und nachhaltige Entwicklung jeweils im Kontext der Globalisierung) in Arbeitsforen und drittens einer Abschlußdiskussion zur Reflexion der Gespräche der Arbeitsgruppen und der Zusammenfassung der Tagung.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung sollten laut Programm die Fragen stehen, welche Chancen und Risiken der Globalisierungsprozeß für den Lebensalltag von Frauen mit sich bringt und welche feministischen Handlungsalternativen sich daraus ergeben.

Die Eröffnung der Tagung erfolgte mit zwei Vorträgen, in denen jeweils verschiedene Zugänge zum Thema – ein theoretisch-philosophischer und ein empirischer Zugang – diskutiert wurden.

Der Workshop »Globalisierung und Geschlecht« fand am 21. und 22. Januar 2000 in Berlin statt.

In dem eher theoretisch angelegten Vortrag von Christina Thürmer-Rohr zu »Globalisierung und Bewußtsein« war der Ausgangspunkt »Moral« erst einmal nicht geschlechtsspezifisch angelegt. Es wurde unter anderem resümiert, daß die Globalisierung weit über die grenzübergreifende Vernetzung ökonomischer Zusammenhänge hinausgeht. Die Welt ist offener und verbundener, als sie es je war, und auch Bewußtsein und Gedächtnis werden zunehmend vernetzt. Für das Individuum ergibt sich ein Bewußtseinsspektrum, das von der Sorge um sich selbst bis zur Sorge um die Welt reicht. Positive Effekte dieses Entwicklungstrends könnten Weltoffenheit und erweitertes Denken sein, jeweils mit dem Hintergrund der moralischen Forderung, Fremdes als Gleichrangiges anzusehen.

Die offene Frage, die sich im Ergebnis dieses Vortrages formiert, ist, ob es einen Weltgerechtigkeitssinn gibt. Wie läßt sich das innere Denken (das sehr einprägsame Bild hierfür ist ein »stummer Dialog« mit einer inneren Bevölkerung oder einem inneren Parlament) auf globale Zusammenhänge übertragen?

Im zweiten Teil der Einführungsreferate wurden von Christa Wichterich Fakten angeführt, die widerlegen, daß der Trend der Globalisierung incl. der darum geführten Debatte geschlechtsneutral seien. Ausgeführt wurde, daß sich aus den Prozessen der Globalisierung zwar neue Räume für wirtschaftliches Handeln entwickeln und dort Arbeitsplätze (für Frauen) entstehen, daß mit dieser – auf den ersten Blick positiv erscheinenden – Entwicklung aber entscheidende negative Effekte einhergehen: Es handelt sich zu einem Großteil um Niedriglohnarbeitsplätze. Zudem entstehen durch die Vergabe von Unteraufträgen an kleinere Unternehmen rechtsfreie Räume jenseits gewerkschaftlicher Tarife und einer Absicherung durch Sozialversicherungs- und Arbeitsschutzbestimmungen. Ein weiterer Effekt der Globalisierung ist die Feminisierung der Migration, verbunden mit Prozessen der Dequalifizierung und Bildungsentwertung der Frauen. Mit dem Hintergrund, daß 80 Prozent des sozialen Ehrenamtes von Frauen geleistet werden, wird der staatliche Sozialabbau durch eine Feminisierung der sozialen Verantwortung abgefangen. Im Ergebnis wurde ausgeführt, daß Wohlstand und Wohlstandsrisiken ungleich verteilt sind und die Polarisierung sowohl zwischen den Geschlechtern als auch innerhalb der Frauen zunimmt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Analyse und Entwicklung politischer Strategien voranzutreiben.

Übrig bleibt aus meiner Sicht ein deprimierendes Gefühl der Hilf- und Ratlosigkeit: Die Realität ist aus Gesichtspunkten der Gleichstellung der Geschlechter wie des Anspruchs der sozialen Gerechtigkeit generell niederschmetternd, ohne daß im Ergebnis der gehaltenen Referate und der geführten Diskussionen Handlungsanleitungen aufgezeigt werden konnten. Offen ist sowohl, wie als notwendige Voraussetzung Toleranz zur Normalität entwickelt als auch, wie diese Toleranz wiederum zu Solidarität umgewandelt werden kann.

Obwohl am zweiten Tag des Workshop der sehr engagierte Versuch unternommen wurde, in den Arbeitsforen und in kleineren Diskussionsgruppen, Handlungsalternativen zu benennen oder zu



entwickeln und Visionen oder Konzepte zu diskutieren, konnte an dem grundsätzlichen Dilemma der Schere aufgezeigter Realitäten zu diskutierten Handlungsempfehlungen nichts geändert werden.

Im Bericht der vier Arbeitsgruppen zeigte sich, daß ein großer Gesprächsbedarf zunächst darin bestand, Grundlegendes zu klären, (z.B. Definitionen, Abgrenzungen usw.). Im Ergebnis aller Foren wurden mehr Fragen aufgeworfen, als Antworten gegeben.

Einen Sonderstatus nahm allerdings das Thema Gewalt ein. An dieser Stelle entbrannte eine Diskussion über das Recht für Frauen, an der Bundeswehr teilzunehmen. Hier standen sich zwei gegensätzliche Meinungen gegenüber:

*Erstens:* Frauen sollten generell die gleichen Berufschancen eingeräumt werden. *Zweitens:* Das Recht auf Eintritt in die Bundeswehr könnte der erste Schritt zur Wehrpflicht auch für Frauen sein.

Ich kann dieser Diskussion nicht ganz folgen. Müßte es nach feministischen (und demokratischen) Grundsätzen nicht selbstverständlich sein, daß Frauen die gleichen Rechte eingeräumt werden? Als Gegenargument hat die mögliche Konsequenz, daß aus einem Recht eine Pflicht entstehen kann, m.E. auch keine Schlagkraft. Eine ganz andere (wenn auch unumstritten sehr wichtige) Frage ist es doch, gegen eine Wehrpflicht für Frauen (oder auch generell) einzutreten. Hier erscheint es mir einfach schade (und daß auch noch in einer Situation besonders knapper Ressourcen), daß zwar der richtige Kampf, aber leider auf dem falschen Schlachtfeld, ausgetragen wird. Damit werden Kräfte zersplittert und für beide notwendige Auseinandersetzungen bleibt dann möglicherweise zu wenig Energie, um Erfolge zu erzielen.

Das Gefühl, das bleibt, ist weiterhin eher bedrückend. Der überzeugenden Darstellung deskriptiver und analytischer Ist-Beschreibungen stehen keine Konzepte oder Visionen für die Veränderung dieser Situation gegenüber. Anforderungen, die sich aus meiner (wenn vielleicht auch etwas »blauäugigen«) Sicht für die feministische Politik ergeben, sind die folgenden:

*Erstens:* Einbeziehung der »Nicht-Privilegierten«. Eine These – die sich in der Diskussion auftat – ist, daß der Feminismus so schwach ist, weil viele Frauen am Diskurs nicht beteiligt werden.

*Zweitens:* Eröffnung von gemischtgeschlechtlichen Diskussionen um Gleichstellung der Geschlechter.

*Drittens:* Stärkere Etablierung der feministischen Ideale in die linke Politik »Politik ist feministisch, oder sie ist nicht links!« (Ingrid Kurz-Scherf)

*Viertens:* Überwinden der Fokussierung der Diskussion auf Teilhabe an Berufstätigkeit.

Die Veranstaltung hat gezeigt, daß ein großer Bedarf an Diskussionen besteht. Viele Fragen mußten offen bleiben und sollten genügend Motivation für die Organisation weiterer Bildungsveranstaltungen zu dieser Thematik mit sich bringen. Zu klären wäre für die Organisation zukünftiger Veranstaltungen, wie ein breitgefächertes Interesse in verschiedenen Bevölkerungsgruppen und auch bei Männern geweckt werden kann.

Passend für den Abschluß scheinen mir die Worte von Barbara Thalheim zu sein: »Wir müssen's schaffen selber ganz!«

THEODOR BERGMANN

## Die Gewerkschaftslinken formiert sich

Am 3. und 4. Dezember trafen sich im Stuttgarter Gewerkschaftshaus über 300 kritische Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, Betriebsräte, Vertrauensleute, Gewerkschaftsangestellte zu einem zweiten bundesweiten Ratschlag. Eingeladen hatte die Initiative für Vernetzung der Gewerkschaftslinken. Als Referenten waren auch Vertreter der Erwerbslosen- und der Sozialhilfeempfänger-Initiativen gekommen. In zwei Plenarsitzungen und drei Foren wurden folgende Hauptthemen behandelt: Aufgaben der Gewerkschaften nach dem Übergang der SPD zu einer gewerkschaftsfeindlichen Politik; Tarifpolitik; Zukunft der Arbeit; Probleme der Sozialversicherung; Mitbestimmung.

In der ersten Plenarsitzung berichtete Harald Rein von den Erwerbsloseninitiativen über die verschärften Zahlungskürzungen und den erhöhten Druck, jede angebotene Arbeit anzunehmen, damit den Niedriglohnsektor auszuweiten und das allgemeine Lohnniveau zu senken. Dieses Bild wurde im Forum »Sozialstaat als Reformprojekt« von Cora Molloy, Geschäftsführerin der BAG Sozialhilfe-Initiativen, ergänzt. Sie schilderte die noch schlechtere Lage der Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger. Von Sozial- und Wohlfahrtsstaat ist da nichts mehr zu erkennen. Vielleicht sollten wir daher auf diesen Euphemismus verzichten.

Bodo Zeuner von der Freien Universität Berlin schilderte die Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik unter der neuen Regierung. Mit dieser müsse sich das Verhältnis der Gewerkschaftsbewegung zur SPD radikal verändern. Es sei nicht mehr zu erwarten, daß die SPD-Führung gewerkschaftliche Forderungen akzeptiert und erfüllt. Die alte, manchmal spannungsreiche, Beziehung sei beendet. Die Interessenvertretung der Werktätigen auf politischem Felde müsse nun ohne die SPD organisiert werden. Die freien Gewerkschaften hätten immer auch politisch gehandelt, manchmal klassenkämpferisch, manchmal wirtschaftsfriedlich und auch mal kriegstreiberisch – das hing nicht zuletzt vom Druck der Basis ab. Jetzt seien diese wichtigsten potentiell demokratischen Massenorganisationen noch mehr zu politischem Einsatz und zur Suche nach Verbündeten gezwungen. Mit ihrer neuen Regierungsorientierung kämen die Grünen noch weniger als die SPD als Partner der Gewerkschaften in Frage. Das politische Mandat der freien Gewerkschaften sei neu zu definieren und einzugrenzen. Hier gäbe es eine Aufgabe für die PDS unter der Voraussetzung, daß sie sich fürderhin zum Klassenkampf bekennt.

Theodor Bergmann – Jg. 1916, Stuttgart. Politisch geprägt durch die KPD-O; 1933 Emigration, Landarbeiter im ehemaligen Palästina, der CSR und Schweden. Anfang 1946 Rückkehr nach Westdeutschland, zusammen mit Heinrich Brandler und Waldemar Bolze Herausgeber der »Arbeiterpolitik« bis 1952. 1973-81 Professor für international vergleichende Agrarpolitik an der Universität Stuttgart-Hohenheim. Umfangreiche publizistische Tätigkeit zur Geschichte der Arbeiterbewegung, u.a. 1987 »Gegen den Strom« – die Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands – Opposition.

Der Regierungswechsel hat keinen Politikwechsel gebracht. Die Gewerkschaften müssen der Regierung als eigenständige Kraft gegenüberreten. Als Anhängsel der Regierungspolitik werden die Gewerkschaften keine Zukunft haben. Die Instrumentalisierung des Staates für die Interessen des Kapitals muß durch außerparlamentarische Mobilisierung im Bündnis mit anderen sozialen Gruppen und Trägern fortschrittlicher Politik auf nationaler und internationaler Ebene entgegengewirkt werden. Die Gewerkschaften müssen ein Aktionsprogramm entwickeln, dafür werben und mobilisieren, in dessen Mittelpunkt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und das Eintreten für soziale Grundrechte steht. Für eine Gewerkschaftspolitik jenseits von Sozialpartnerschaft und Wettbewerbskorporatismus Thesen des Arbeitsausschusses Netzwerk Gewerkschaftslinker.

Neben den materiellen Mißerfolgen hat die Entwicklung in den neunziger Jahren erhebliche Auswirkungen auf die Stimmung der Gewerkschaftsmitglieder gehabt. Der Glaube an die Kampffähigkeit und Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften war vielerorts erschüttert. Zum Teil stellte sich der Sinn einer Mitgliedschaft überhaupt in Frage. Michael Schlecht: Thesen zu den Perspektiven der Tarifpolitik.

Aus den Debatten wurde klar, daß Tarif-, Sozial- und Wirtschaftspolitik eng zusammenhängen, in vielfachen Wechselbeziehungen stehen. Eine wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist das zentrale Problem. Daran haben die Unternehmer faktisch kein Interesse, vielmehr nutzen sie die »Bündnis«-Gespräche, um die Gewerkschaften zu fesseln. Und diese befinden sich nicht einmal mehr in der Defensive, sondern weitgehend auf dem Rückzug vor den immer härteren Unternehmerforderungen. Lohnbescheidenheit und Reallohnsenkungen wirken negativ auf die Renten und – wegen des »Abstandsgebotes« – auf die Unterstützungssätze der Erwerbslosen und der Sozialhilfeempfänger.

Kritisch ist festzustellen, daß die Sprachregelungen der dominierenden Medien bis in die Reihen der Werktätigen und noch stärker bei manchen Erwerbslosen wirken. Manche von ihnen akzeptieren, daß »uns die Arbeit ausgeht«, finden sich, nach langer, vergeblicher Arbeitsuche entmutigt, mit ihrem Los ab und folgen den absurden Thesen bürgerlicher Soziologie-Professoren. Sie vergessen, daß die Werktätigen nichts anderes als ihre Arbeitskraft haben. Dabei wird verdrängt, ob es sich nun um Hand- oder Kopfarbeit handelt, daß sie sich nur durch Arbeit verwirklichen, daß sie durch Lohnarbeit ihren und ihrer Kinder Lebensunterhalt verdienen müssen, daß sie mit dieser die Rentenversicherung aufrechterhalten. Richtig ist, daß dank der Intensivierung der Arbeitsleistung, der technischen Innovationen, der Auslagerung in Billiglohnländer die für Kapitalisten betriebswirtschaftlich profitable Lohnarbeit knapper wird. Also brauchen wir einen öffentlichen Beschäftigungssektor zu Tariflöhnen, der die gesellschaftlich notwendigen Aufgaben und Arbeiten durchführt, deren es immer mehr gibt, die aber immer weniger in Angriff genommen werden.

Michael Schlecht leitete im Forum Tarifpolitik die Diskussion ein. Seine Kernthesen: Seit Anfang der neunziger Jahre seien die Gewerkschaften in der Tarifpolitik in die Defensive geraten. Der politische Kampf der Gewerkschaften wende sich zunächst gegen alle unsozialen Politikkonzepte. Dabei dürfe es keine taktischen Rücksichten geben. Auch eine rot-grüne Bundesregierung müsse angegriffen werden, wenn sie – wie seit Frühjahr dieses Jahres – in neoliberale Politikmuster verfällt. Die politische Positionierung darf aber nicht bei der bloßen Gegenwehr stehenbleiben. Ausgehend von konkreten Forderungen müsse versucht werden, durch Mobilisierung auf die politische Gestaltung Einfluß zu nehmen.

Die Ursache für diese Entwicklung liege in der strukturellen Überakkumulation. In dieser Situation müßten die Gewerkschaften die Betriebs- und Tarifpolitik sowie die politische Mobilisierung viel früher als bisher abstimmen. In der Tarifpolitik sollte in der unmittelbaren Perspektive der Schwerpunkt auf einer offensiven Lohnpolitik liegen. Diese sei in eine politische Kampagne und Mobilisierung für mehr Verteilungsgerechtigkeit einzubetten.

Im Forum Mitbestimmung stand die für das Jahr 2000 angekündigte gesetzliche Neuregelung der Machtverhältnisse in den Unternehmen (Betriebsverfassung, Mitbestimmung) im Zentrum der Debatte. Bei der Kapitulation der Politik vor der Ökonomie und der Logik des Marktes ist es nicht geblieben. Alle sozialdemokratisch

geführten Regierungen und Linkskoalitionen haben sich mit den Luftangriffen auf Jugoslawien auch der Logik des Krieges und der NATO-Doktrin unterworfen und – schlimmer noch – diese Logik zu ihrer eigenen Sache gemacht. Die Gewerkschaften müssen eine verlässliche Kraft gegen Krieg und Militarisation werden. Die Repolitisation der Gewerkschaftsarbeit und die Politisation der Aktionen, Kampagnen und Streiks ist erforderlich.

Ewald Wehner stellte die Überlegungen der Gewerkschaftslinken dazu vor. Die gesellschaftspolitische Dringlichkeit einer Politisation dieser Frage ergibt sich zum einen daraus, daß in Gewerkschaften und Betrieben die geplante Neuregelung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit auf nur wenig Interesse stößt. Zum anderen hat die Mitbestimmungskommission der Hans-Böckler- und der Bertelsmann-Stiftung unter Beteiligung führender Gewerkschafter sich für eine Konzeption ausgesprochen, die vom Gewerkschaftsentwurf große Abstriche macht. Übereinstimmend wurde festgehalten, daß damit eine deutliche Verschlechterung der Einflußmöglichkeiten von Gewerkschaften und Betriebsräten und ein weiterer Ausbau der Macht des Kapitals bei den Arbeits- und Lebensbedingungen droht. Die Vertreter der »neuen Mitte« wollen die Betriebsverfassung in diesem Sinne weiterentwickeln und die Mitbestimmung auf einzelbetriebliche Beschäftigungssicherung beschränken. Mit Blick auf den Shareholder value und die Machtverlagerung vom Management zu den Aktionären wird für eine radikale Korrektur plädiert, weil die jetzige Regelung von Unternehmensverfassung und Mitbestimmung angeblich die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals beeinträchtigt.

Kontrovers blieb in der Debatte, ob die Gewerkschaften für die gegenwärtige Entpolitisierung und massive Ausbreitung von »mitbestimmungsfreien Zonen« selbst verantwortlich seien. Die Initiative der Gewerkschaftslinken zur Politisation der Reform von Unternehmensverfassung und Mitbestimmung soll in den nächsten Wochen ausgebaut werden. In einer Arbeitsgruppe soll die Konzeption der Gewerkschaftslinken konkretisiert und begründet werden. Klar war allen, daß gewerkschaftliche Interessenvertretung heute mehr denn je internationalistisch sein muß. Es darf den internationalen Konzernen nicht gelingen, die Werkätigen verschiedener Nationalitäten gegeneinander auszuspielen; die Werkätigen der bisherigen Niedriglohnländer dürfen in unserem Bewußtsein nicht zu Gegnern werden.

Die Linke braucht einen langen Atem. Wir halten es für absurd, mit den Profiteuren des Arbeitsplatz- und Sozialabbaus ein »Bündnis für Arbeit« schließen zu können. Wir setzen nicht auf Sozialpartnerschaft, sondern auf gewerkschaftliche Gegenmacht.

In Zeiten großer Verwirrung muß die Gewerkschaftslinker geduldig gemeinsame Grundlagen erarbeiten. Das hat sie auf einigen Feldern bereits getan, so bezüglich der deutschen Kriegspolitik und des Bündnisses für Arbeit. Sie wird nicht in allen Fragen zu gemeinsamen Positionen kommen können. Daher ist Toleranz unter den sozialistischen Strömungen notwendig. Es war deshalb kein Unglück, daß die vorher allen TeilnehmerInnen zugesandten Thesen, so gut und richtig sie größtenteils sind, nicht verabschiedet

Ein grundlegender Perspektivenwechsel muß weiterhin ein europäisch-internationales Politikverständnis entwickeln, das sich außerhalb der nationalistischen Standortlogik bewegt. Nationale Konzessionspolitik, die den Unternehmern Vorteile im internationalen Konkurrenzkampf ermöglichen soll, führt zu Sozialdumping, Nationalismus und letztlich zur Unfähigkeit, sich dem Diktat der Unternehmer zu verweigern. Die europäische Gewerkschaftskooperation wird durch solche Wettbewerbsallianzen ad absurdum geführt. In der Verbesserung betrieblicher und gesellschaftlicher Konflikt- und Artikulationsfähigkeit liegt auch eine wichtige Alternative zu den verhängnisvollen Mitbestimmungsthesen der Stiftungen Böckler/Bertelsmann, die einen klaren Bruch mit dem bisherigen Verständnis gewerkschaftlicher Interessenpolitik vollziehen. Staat Gegenmacht und Konfliktfähigkeit wird hier der Anpassung an die Standortlogik des Kapitals und der Verbetrieblichung der Tarifpolitik das Wort geredet. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß das bestehende Mitbestimmungsmodell bereits heute mehr ein Integrationsinstrument als ein Beitrag zur Herstellung von Gegenmacht ist.

Bernd Riexinger, Andreas Bachmann: Thesen für einen Perspektivenwechsel gewerkschaftlicher Politik.

wurden. Sie bleiben dennoch Richtschnur für die weitere Arbeit. Gerhard Schröder will die Gewerkschaften durch das Bündnis für Arbeit fesseln. Die Gewerkschaftslinke muß diese lebensbedrohende Fessel aufbrechen und abwerfen.



ARNDT HOPFMANN

## Monthly Review – im 51. Jahr

Hierzulande kaum bemerkt, hat sich im Mai 1999 in US-amerikanischen Gefilden Bemerkenswertes ereignet – *Monthly Review. An independent socialist magazine* beging den 50. Jahrestag seines Bestehens. Gegründet im Mai 1949 von Paul Sweezy und Leo Huberman, hat die Zeitschrift sowohl die McCarthy-Ära als auch manche finanzielle Kalamität sowie gelegentlich scharfe Anfeindungen aus dem Lager realsozialistischer ›Besserwisser‹ überstanden und ist über ein halbes Jahrhundert ein wichtiges Blatt der nichtorthodoxen marxistischen Linken geblieben. Seine enorme Bedeutung für die sozialistische Bewegung in Nordamerika und darüber hinaus kann schwerlich überschätzt werden.

Bei Gründung und Werdegang dieses linken Zeitschriftenprojekts stand eine Reihe bekannter Frauen und Männer Pate, von denen hier nur die wichtigsten erwähnt werden können.

Da ist vor allem Francis Otto Matthiesen (1902 –1950) zu nennen, ohne dessen ›Anschubfinanzierung‹ die Gründung einer von Parteien und Politik unabhängigen Zeitschrift wohl noch lange Zeit nichts weiter als ein Traum geblieben wäre. Leo Huberman (1903 – 1968), einer der eigentlichen Gründerväter, bemühte sich über viele Jahre vor allem um die technisch-organisatorischen Belange des Projekts. Ohne sein kaufmännisches Talent hätte das Journal das ständige Auf und Ab in seiner wirtschaftlichen Lage schwerlich gemeistert. Der herausragende theoretische Kopf von *Monthly Review* ist von Beginn an bis heute Paul Sweezy (\*1910), der in den dreißiger Jahren als junger wissenschaftlicher Assistent bei Joseph Schumpeter an der Harvard University tätig war und als einer der begabtesten Wissenschaftler seiner Generation galt. Nachdem er während des Krieges als Analyst für die US-amerikanische Aufklärung arbeitete, entschloß er sich schließlich, seine akademische Karriere aufzugeben und sich fortan ganz der Herausgabe einer marxistischen Zeitschrift zu widmen – wohl auch, weil er sich nicht länger dem beständigen Anpassungsdruck aussetzen wollte, der im akademischen Milieu auf bekennende Marxisten ausgeübt wurde. Mit seinem ›Rückzug‹ auf die Zeitschrift verschwand Paul Sweezy weitgehend aus dem Blickfeld des mainstream unter den Wirtschaftswissenschaftlern. Dazu kolportiert John Bellamy Foster im Heft 4 (September 1999, S. 42) folgende bezeichnende Anekdote: Auf einer Party treffen sich ein Universitätsökonom und ein Ökonom aus dem Umfeld von *Monthly Review*, wobei letzterer beiläufig Paul Sweezy erwähnt. Der Akademiker überlegt kurz und

Arndt Hopfmann – Jg. 1956;  
Dr. oec., arbeitet als  
wissenschaftlicher  
Mitarbeiter in der Redaktion  
von »UTOPIE kreativ«.

›Increasingly, I became convinced that social science is really history. That's the subject matter of social science. You can't split it up into economics and politics and social problems. They're all intertwined. You have to concentrate on certain problems, certain questions. But to separate them out and make a distinct field

came to me to seem to make impossible a really scientific – in the sense of a search for genuine knowledge – approach to social phenomena. It has to be historical at bottom. Marxism is the only approach which makes possible such a coordinated, integrated view of the historical process, and historical materialism in that sense is the basis of all social science.«

Interview mit Paul Sweezy, in: *Monthly Review*, Heft 1/1999, S. 36.

»I had always felt that the people who start off as radicals and had every intention to remain radicals, when subjected to the actual pressures of the real world, find after a while that puts them in a really quite impossible position in many respects. So they follow the lead of where the opportunists take them, and pretty soon they adjust their ideas and their values, political values and preferences, to the real possibilities. If I hadn't had an independent income, I wouldn't be a bit surprised if that's the way I would have gone. I can't claim to be any kind of hero. The only reason I blame some people is because they turned around and joined the opposite side and sold their friends and associates down the river for the good of their careers.«

Interview mit Paul Sweezy, in: *Monthly Review*, Mai 1999, S. 41.

bemerkt bedauernd: »Ach ja, Paul Sweezy, es ist sehr schade, daß er so jung gestorben ist.«

Ein weiterer herausragender Kopf, der *Monthly Review* maßgeblich mit geprägt hat, war ohne Zweifel Paul A. Baran (1910 – 1964), der als wichtiger Vertreter einer modernen Imperialismustheorie gilt, die später von Raúl Prebisch, André Gunder Frank, Gunnar Myrdal und nicht zuletzt von Fernando Henrique Cardoso (heute neoliberal inspirierter brasilianischer Präsident) zur Dependenztheorie weiter entwickelt wurde. Das von Baran und Sweezy 1966 publizierte Buch »Monopoly Capital« gilt noch heute als anerkanntes Standardwerk einer modernen Kapitalismustheorie, in dem jene Positionen entfaltet werden, die bis in die Gegenwart den »theoretischen Grundkonsens« von *Monthly Review* ausmachen.

Harry Magdoff (\*1913) nahm nach dem Tod von Leo Huberman im Mai 1969 dessen Platz als Mitherausgeber der Zeitschrift ein. Der lange Zeit maoistisch orientierte Ökonom Magdoff wurde vor allem durch sein Buch »The Age of Imperialism« (1969) bekannt. Seither hat er – hauptsächlich zusammen mit Paul Sweezy – eine Reihe von Schriften veröffentlicht, die sich vor allem mit der Geschichte und aktuellen Entwicklungen in der US-amerikanischen Gesellschaft befaßt. Im März 1997 wurde schließlich die anerkannte linke Historikerin und Politologin Ellen Meiksins Wood (\*1942) Mitherausgeberin von *Monthly Review*. Nicht zuletzt auf ihren Einfluß mag es zurückzuführen sein, daß die zeitweise übergewichtige ökonomische Perspektive in der Zeitschrift inzwischen einer deutlich vielschichtigeren Problemsicht gewichen ist.

Die größere Themenvielfalt und das breitere Spektrum an Herangehensweisen haben allerdings bisher bemerkenswert wenig an der maßgeblich von Sweezy, Baran und Magdoff geprägten »Philosophie« von *Monthly Review* geändert. Dieses theoretische Gerüst basiert auf wenigen elementaren Aussagen. Die kapitalistische Gesellschaftsform ist demnach grundsätzlich *krisishaft*. In ihr wirkt eine stete *imperialistische Tendenz*, über die nationale Entwicklungsprobleme der mächtigsten Staaten(gruppen) externalisiert werden. Nationalstaatlichkeit und Imperialismus werden folglich als zwei unabdingbare Merkmale jeder kapitalistischen Gesellschaft angesehen. Als »normaler Funktionszustand« des kapitalistischen Systems auf seiner monopolkapitalistischen Entwicklungsstufe gilt (abgesehen von den begrenzten Wirkungen »außerökonomischer« Faktoren, wie Weltkriege und technische Revolutionen) die *Stagnation*. Eine Überwindung dieser Grundmerkmale innerhalb des Systems wird ausgeschlossen – »es gibt keinen Weg, diesen Kapitalismus in eine Kraft für das Gute in der Welt zu verwandeln« (Sweezy, Magdoff in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 12-1996). »Er muß folglich durch ein anderes Gesellschaftssystem ersetzt werden«; darin resümiert sich ihre nach wie vor radikale theoretische Position, mit der sich die Herausgeber von *Monthly Review* heute mehr den je von einer Mehrheit linker Denker und (Möchtegern)Strategen abheben, die längst dabei sind, ihren Frieden mit den Zuständen zu machen und ihren gesamten Ehrgeiz darauf verlegen, am liberalisierten Kapitalismus über »dritte Wege« durch die »neue Mitte« Sozialstaatsarabesken anzubringen.

Diese gesellschaftstheoretischen Grundannahmen haben nicht nur manche vehement vorgetragene Kritik – vor allem von ›Links‹ – und die Implosion des realen Staatssozialismus in Mittel- und Osteuropa unbeschadet überdauert, sie prägen auch unverkennbar die übergroße Mehrzahl der Beiträge im 51. Jahrgang der Zeitschrift.

Das Spektrum der behandelten Themen ist beachtlich und die dabei vorgestellte Kompetenz beeindruckend – aktuelle Themen, wie der NATO-Krieg gegen Serbien (Heft 2; Juni 1999), eine kritische Beurteilung der Wahlen in Israel (Heft 4, September 1999) und der APEC-Tagung in Auckland (Heft 7; Dezember 1999), stehen neben historischen Beiträgen zum Krieg zwischen den Philippinen und den USA (1898) oder zum Kampf gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti (beide im Heft 4) oder zur Rolle der CIA im Kalten Krieg (Heft 6, November 1999). Aber es geht keineswegs nur um ein breites Spektrum von aktuellen und historischen Fragen, die aus einer marxistischen Perspektive analysiert und interpretiert werden, sonder vor allem auch um die Pflege einer lebhaften Streitkultur insbesondere um Kernbestandteile marxistischer Theorie. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang die Kontroverse von John Bellamy Forster und David McNally (Heft 2, Juni 1999) und Robert Brenner (Heft 7, Dezember 1999) über das Verhältnis zwischen den Tendenzen der Profitratenentwicklung, der Existenz von Monopolen und der Rolle der Konkurrenz im gegenwärtigen Kapitalismus. Während Forster und McNally eher eine Tendenz zum Monopolprofit und zu steigenden Profitraten ausmachen (eine Sichtweise, die sich mit Grundaussagen von Baran und Sweezy in *Monopoly Capitalism* deckt), verfißt Brenner – mit sehr plausiblen Argumenten – die Position, daß die Zunahme der Zahl der Konkurrenten und der folglich hohe Wettbewerbsdruck auch zwischen Großunternehmen seit dem Ende der sechziger Jahre zu einem merklichen Fall der Profitrate geführt hätten, woraus die aktuellen Probleme von Überakkumulation und Überproduktion zu erklären seien. Bemerkenswerte Beiträge zur Analyse neuester Entwicklungen und ihrer theoretischen Verarbeitung finden sich vor allem im Heft 3 (Juli/August 1999), das einer Analyse des Kapitalismus am Ende des Jahrtausends gewidmet ist.

In diesem Heft bilden die Aufsätze von Ellen Meiksins Wood zur nach wie vor überragenden Bedeutung des Nationalstaats im Zeitalter des globalisierten Kapitalismus und von David McNally zu den historischen Entwicklungstendenzen in der kapitalistischen Staatenwelt am Ende des Jahrtausends quasi eine Klammer, innerhalb derer sich sieben weitere Beiträge in geradezu ›klassischer‹ Manier mit der Entwicklung des kapitalistischen Systems in verschiedenen Weltregionen (Afrika, Lateinamerika, Asien und Westeuropa) und in den geostrategisch wichtigen Ländern (USA, Japan und Rußland) befassen – bemerkenswert ist, daß Betrachtungen zum arabischen Raum und zu den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern gänzlich fehlen. In diesem Herangehen, das angesichts der allerorten beschworenen neuen Ganzheitlichkeit des globalisierten Kapitalismus einigermaßen ›altmodisch‹ wirkt, finden zwei Grundüberzeugungen ihren Ausdruck, die in gewisser Weise ebenfalls zur ›Philosophie‹ von *Monthly Review* gehören:

»One of the things that attracted me to *Monthly Review* from the beginning was its non-sectarian character. I think sectarianism was inbred in the history of socialism in the United States and elsewhere, and it was very harmful. Now, that doesn't mean that you just accept every idea and everything goes. But you don't have a strict line and say, ›you don't cross my line, or you're wrong‹. That's what appealed to me very strongly in *Monthly Review*.«

Interview mit Harry Magdoff, in: *Monthly Review*, Mai 1999, S. 64.

»Now, I'm not defending everything that happened. I'm not saying that disasters did not occur for one reason or another. But the approach, the thinking, the ideas are fundamental socialist ideals that apply to the third world and should be applied to the first world, too, which has not been uppermost in the thinking of the Communist Parties. In that sense, Mao's words are not a Bible, but the ideas are fundamentally important. His criticism of the Soviet book on economics was very important.«

Interview mit Harry Magdoff, in: *Monthly Review*, Mai 1999, S. 66.

»It's true. I've been writing about how recent fashions of the intellectual left are rooted in the golden age of capitalism and all that it produced. But what's characteristic about that postwar boom is that it was *atypical*. It's just that we happened to grow up in that atypical moment and regarded it as the capitalist norm, so that when it ended, and capitalism showed itself to be what it is, this was a cataclysmic moment in the consciousness of a whole generation.«

Interview mit Ellen Meiksins Wood, in: Monthly Review, Mai 1999, S. 85.

Demnach gibt es nicht *den* globalen Kapitalismus, sondern nur regional unterschiedliche kapitalistische Entwicklungsformen bzw. -varianten. Und es gibt kein ›Ende der Geschichte‹ – in einem Interview verweist Sweezy explizit darauf, daß für ihn (im Anschluß an Karl Marx) sozialwissenschaftliche Forschung im wesentlichen historisch geleitete Analyse sozialer Prozesse zu sein hat. Wie stark sich faktisch alle Autorinnen und Autoren diesem Prinzip verpflichtet fühlen, zeigt sich nicht zuletzt darin, daß sich in den Beiträgen zum Heft 3/1999 unisono ein entsprechender Hinweis findet. »Der erste Schritt zur Analyse von Kapitalismus und Imperialismus in Lateinamerika besteht darin, die in Mode gekommene euphemistische, unpräzise und vernebelnde Sprache zu überwinden und zu den entschieden präziseren und stringenteren Kategorien einer marxistischen Analyse zurückzukehren« (James Petras, Henry Veltmeyer, Heft 3/1999, S. 33).

Allerdings erweist sich dieses methodische Prinzip dort als wenig produktiv, wo die Darstellung in der Beschreibung des historischen Prozesses stecken bleibt und kaum bis zu theoriegeleiteten, verallgemeinernden Aussagen vorzudringen vermag – wie dies beispielhaft am Aufsatz von Greg Albo und Alan Zuege zum (west)europäischen Kapitalismus zwischen Euro und drittem Weg (Heft 3/1999, S. 100ff.) illustriert werden kann. Probleme ganz anderer Art ergeben sich, wenn die relativ abstrakten Marxschen Kategorien (wie zum Beispiel ›Mehrwert‹ und ›Mehrwertrate‹) mit Hilfe statischer Daten, die im Falle Rußlands zudem noch als höchst unsicher angesehen werden müssen, quasi umstandslos ›praktisch verifiziert‹ werden sollen. Daß derartige gewagte Übungen im (mehr oder weniger kreativen) Jonglieren mit fragwürdigem Zahlenmaterial tatsächlich einen Gebrauchswert haben, darf zumindest bezweifelt werden, zumal dann, wenn der Autor Stanislav Menshikov den ›russischen Kapitalismus‹ als spezifisch parasitär (mit einer grundlegenden Aversion gegen jegliche Form produktiver Aktivitäten) und ruinös charakterisiert (vgl. Heft 3/1999, S. 82).

Wie beeindruckend erklärungs mächtig das von Marx entwickelte analytische Instrumentarium auch heute noch ist, demonstriert neben William K. Tabb, der zur Entwicklung in Japan schreibt (Heft 3/1999; S. 71ff.), vor allem Prabhat Patnaik in seinem exzellenten Aufsatz zum Kapitalismus in Asien am Ende des Jahrtausends. Insbesondere seine Ausführungen über die Ursachen der jüngsten ›Asienkrise‹ und zur verhängnisvollen Rolle des Internationalen Währungsfonds bei der Abwälzung der Folgeprobleme internationaler Finanzspekulation auf die Bevölkerung der von drastischen Währungsabwertungen, massenhaften Firmenzusammenbrüchen und explodierender Arbeitslosigkeit heimgesuchten asiatischen Länder gehört zum Besten, was zu diesem Thema überhaupt aus marxistischer Warte geschrieben wurde (vgl. Heft 3/1999, insbesondere S. 60-62). Ähnlich überzeugend wird auch im Beitrag von Doug Henwood zur US-Wirtschaftslage im Jahr 1999 argumentiert (vgl. Heft 3, S. 120ff.), allerdings mit einem kleinen ›Schönheitsfehler‹, mit dem marxistische Analytiker seit jeher ringen (Jürgen Kuczynski wußte ein Lied davon zu singen). Jedermann weis, daß der auf Konsumentenkredite und Börsenspekulation

gegründete, seit etwa 20 Jahren anhaltende Boom der US-Wirtschaft nicht ewig fortgesetzt werden kann, aber wann und mit welchen Konsequenzen die sich immer schneller drehende Spirale von Überakkumulation und Überkonsumtion schließlich zusammenbricht, weiß niemand vorherzusagen – nur eines scheint sicher, auch wenn die US-Wirtschaft inzwischen Symptome aufweist, die in Mexiko 1994 oder in Thailand 1997 oder anderen ›normalen‹ Ländern dem Ausbruch der Krise unmittelbar vorhergingen, »die USA sind eben kein normales Land« (Heft 3/1999, S. 132).

Daß nationale Besonderheiten auch im weltweit vernetzten Finanzkapitalismus nach wie vor eine zentrale Rolle spielen, wird vor allem von Ellen Meiksins Wood vehement gegen alle Globalisierungseuphorie und die übliche Rede von der Verohnmächtigung nationalstaatlicher Politik verteidigt. Für sie ist die Globalisierung nicht nur eindeutig ein Phänomen, das sich zwischen nationalen Volkswirtschaften und Nationalstaaten entfaltet, für sie ist der nationalstaatlich eingehegte Raum auch noch immer das entscheidende Terrain des antikapitalistischen Widerstandes (vgl. Heft 3/1999, S. 9 und 11f.). Auf derselben Linie argumentiert schließlich auch David McNally, der sich um den Nachweis bemüht, daß in historischer Sicht auch im globalisierten Kapitalismus sich jene grundlegenden Defizite – Krisenhaftigkeit, Tendenz zur Stagnation, imperialistische Züge und historische Perspektivlosigkeit – reproduzieren. Die »Keynesianische Ära« nach dem Zweiten Weltkrieg, die mit der Entstehung von kapitalistischen ›Wohlfahrtsstaaten‹ einherging, erscheint so als historische Anomalie, die nunmehr nach dem Ende des Staatssozialismus wieder korrigiert wird – Kapitalismus wird wieder als das kenntlich, was er schon immer war, »stagnativ, widerlich und krisenhaft« (Heft 3/1999, S. 143). Schon deshalb erweist sich eine »marxistische Analyse des Kapitalismus im Zeitalter der Globalisierung notwendiger und fruchtbringender als jemals zuvor« (Heft 3/1999, S. 141).

Abschließend bleibt noch das Heft 1 des 51. Jahrgangs (Mai 1999) hervorzuheben, in dem Christopher Phelps mit großer Akribie einen zusammenfassenden Beitrag zur fünfzigjährigen Geschichte von *Monthly Review* sowie Interviews mit den derzeitigen Herausgebern – Paul Sweezy, Harry Magdoff und Ellen Meiksins Wood – präsentiert. Wohl dem Zeitschriftenprojekt, das eine solche beeindruckende Bilanz vorzulegen vermag.

»The simple answer ... is that as long as capitalism exists, socialism, which is its antithesis, is on the agenda. I have to believe that in this moment, when the contradictions of capitalism are making themselves manifest in a way that they haven't before, people will notice.«  
Interview mit Ellen Meiksins Wood, in: *Monthly Review*, Mai 1999, S. 91.



# WOLFGANG SABATH

## Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

In Deutschland wurde im Berichtszeitraum nach wie vor – allerdings mit stark nachlassender Intensität – über den CDU-Spendenskandal debattiert sowie – regional unterschiedlich – über Hunde, Hundehalter und kommunale beziehungsweise länderspezifische Hundeverordnungen. Und über Angela Merkel.

Was den Spendenskandal angeht, funktionierte auch in den letzten Wochen in einer bestimmten Frage weiterhin eine Art große Koalition zwischen allen wichtigen deutschen Parteien: Aus nicht einer von ihnen kam die Frage – nicht mal rethorisch –, ob das derzeitige Parteiensystem wirklich schon die letzte Antwort sein müsse. Nicht eine Partei fand den Mumm, sich selbst in Frage zu stellen. Obwohl doch der 10. Jahrestag der Wahlen in der DDR (18. März 1990) genug Gelegenheiten geboten hätte, in die Zukunft zu träumen. Aber träumen ist derzeit in Deutschland obsolet.

In Würzburg fand der 22. Deutsche Tierärztetag statt, sein Hauptthema: »Der gefährliche Hund«. In der »Süddeutschen Zeitung« lasen wir nun, daß die 300 Tierärzte auf besagtem Kongreß zu dem Ergebnis gekommen seien, daß »die Menschen glauben, daß sie ein Hundeproblem haben, dabei haben die Hunde ein Menschenproblem.« Ach so. Frau Cornelia Rossi-Broy habe, so steht es in dem Bericht, darauf hingewiesen, daß – statistisch betrachtet – nicht der Rottweiler oder Pitbull am stärksten auffielen, sondern der Deutsche Schäferhund. Das ist mir egal, doch bemerkenswert ist immerhin, daß die Hauptversammlung der Bundestierärztekammer forderte, eine Beurteilung der Gefährlichkeit von Hunden habe nach »rasse-neutralen Kriterien« zu erfolgen; sie soll – die Beurteilung, nicht die Gefährlichkeit – von qualifizierten Tierärzten erbracht werden.



Das alles interessiert Sie nicht? Mich auch nicht. Es sei denn, wir unterhielten uns mal kurz über Methoden, mit denen Ärzte in Deutschland ihre Honorare aufbessern. Denn das so ein »qualifizierter Tierarzt« ein Hunde-Zertifikat für'n Appel und 'nen Ei ausstellt, glaubt ja nicht mal der Deutsche Schäferhund. Und das soll ein schlaues Vieh sein.

Jetzt zu Angela Merkel. Die CDU glaubt doch tatsächlich, mit der Wahl der 45jährigen einen Modernisierungsschub auszulösen. Und fast alle Kommentatoren glauben es mit. Eine spezielle Sicht in dieser Angelegenheit lieferte Roger Boeyes. Der ist Korrespondent der »Times« und schreibt gelegentlich auch Gastkommentare im Berliner »Tagesspiegel«. Zwar habe ich schon in einem anderen Blatte auf Boeyes hingewiesen, möchte aber dennoch auch hier noch einmal darauf aufmerksam machen; Sie sehen, ich baue Ihrer eventuellen Kritik vor, gebe aber zu bedenken, daß Sie daran auch meine moralischen Qualitäten als Journalist ermesen können: Ich habe mich noch immer nicht an die »im Westen« übliche »Zweitverwertung« von Artikeln gewöhnt ... Ende der umständlichen Vorrede; der Korrespondent gastkommentierte über Angela Merkel: »Sie kann sich entweder wie ein Mann verhalten (von Margaret Thatcher hieß es, sie sei der einzige Mann in ihrem Kabinett), oder wie eine geschlechtslose Heilige. Bislang hat sie sich mit ihrer Jeanne d'Arc-Frisur für letztere entschieden. Allerdings hat Schwester Theresa nie eine Wahl gewonnen. Ich würde Frau Merkel empfehlen, Thatchers Weg zu gehen. Sie sollte als erstes ihre männlichen Kollegen als Hunde behandeln. Thatcher hat diesbezüglich mit britischen Politikern gute Erfahrungen gemacht: Die mögen das. Ich bin mir sicher, auch die CDU wird das tun.« Ende der Zweitverwertung. Und jetzt stellen wir uns alle Pastor Hintze als Hündchen vor.

Ehrlich, Sie haben doch auch schon bei »Big Brother« vorbeigeschaut. Waren Sie auch so enttäuscht wie ich? Da waren ja die unzähligen Stunden, die meine asthmakranke Oma selig einst nächtens und frühmorgens schweratmend hinter den Geranienkästen ihres Fensters verbrachte (ihr entging keiner und keine!), eine hochexplosive Angelegenheit. Kurzum: »Big Brother« – langweilig, langweiliger, am langweiligsten. Neulich aber soll »es« passiert sein: Ein Madel soll in die Kojе eines Mitspielers gekrochen sein. Ja, das war alles. Und mehr wird wohl auch nicht passieren. So gesehen ist an der RTL-II-*Voeyor*-Schau eigentlich nur interessant, wie man auch pure Langeweile durch ein stabsmäßiges Herangehen verkaufen kann.

Zu den politischen Glanzpunkten linker Journalistik gehörte im Berichtszeitraum ein Interview mit dem sogenannten Kommunisten – für Leser, die es nicht merken wollen: Ich habe die Verbalinjurie mit Absicht eingebaut! – Sjuganow im »Neuen Deutschland«. Der Interviewer Krenz d.J. brachte es tatsächlich fertig, die großrussischen Sprechblasen des KP-Vorsitzenden nicht zu hinterfragen. Kein Wort zu Grosny – das müssen ein Interviewer und eine Zeitung erst einmal fertigbringen, ein Interview mit links gemacht. Wie heißt doch der Spruch auf einem ND-Werbekalender: »Mit LINKS auch 2000 ... « – war das so gemeint?

Rose-Luise Winkler (Hrsg):  
 U istokov formirovanija  
 sociologii nauki  
 (Rossija i Sovetskij Sojuz –  
 pervaja tret' XX v.) Chrestomatija,  
 Izdatel'stvo Tjumenskogo  
 gosudarstvennogo universiteta  
 Tjumen' 1998, 260 S.

Als in den 60er Jahren in der UdSSR – in Reaktion auf die zunehmende Wissenschaftsintensität der globalen Systemauseinanderetzung ebenso wie in kritischer Anknüpfung an Schriften westeuropäischer und amerikanischer Autoren, (J.D. Bernal, Th.S. Kuhn, R.K. Merton, D.J. de Solla Price u. a.) – unter der Bezeichnung »naukovedenije« die komplexe Untersuchung der Wissenschaft als eines spezifischen Bereiches gesellschaftlicher Aktivität institutionalisiert wurde, war fast völlig unbekannt, daß es in den 20er und frühen 30er Jahren in der sowjetischen Wissenschaft bereits ähnliche Bestrebungen gegeben hatte. Besondere Überraschung löste die Entdeckung aus, daß schon 1926 der russische Wissenschaftsphilosoph I.A. Boričevskij nicht nur den Terminus »naukovedenije« in Vorschlag gebracht, sondern auch ein ganzes Forschungsprogramm entwickelt und die Gründung eines entsprechenden Instituts empfohlen hatte. Nach und nach stieß man auf immer mehr Fragmente einer vielgestaltigen Tradition, die durch die Dreifachwirkung der stalinistischen Erstarrung des geistigen Lebens, des politischen und physischen Terrors der Stalin-Clique und der hitlerfaschistischen Aggression vollkommen verschüttet war.

Die von R.-L. Winkler besorgte und mit einer kompakten und kenntnisreichen Einführung versehene Edition ist die bisher vollständigste Sammlung solcher frühen Texte. Sie umfaßt nur einen Ausschnitt des bereits wiederentdeckten Literaturmassivs (teilweise handelt es sich um Aufsätze aus Zeitschriften, die selbst im heutigen Rußland Raritäten darstellen und im Ausland überhaupt nicht greifbar sind) und sehr wahrscheinlich nur einen Bruchteil aller einschlägigen Arbeiten und Programme, die damals verfaßt worden sind. Hier bestehen weiterhin umfangreiche For-

schungsdesiderate, doch das präsentierte Material gestattet bereits zwei sichere Schlußfolgerungen. Erstens gehörten die im sowjetischen Milieu entwickelten Ansätze zu einer systematischen Wissenschaftsforschung im zeitgenössischen Vergleich objektiv (unabhängig von ihrer Rezeption in der westlichen Welt, die – mit zwei bedeutsamen Ausnahmen – nicht stattgefunden hat) während der 20er und frühen 30er Jahre zur internationalen Avantgarde. Zum zweiten repräsentierten diese mannigfachen Ansätze, deren kognitive Kompatibilität untereinander eine offene Frage ist, insgesamt eine eigenständige Variante der entstehenden Wissenschaftsforschung, die sich von den zeitgleich in Westeuropa vertretenen Konzepten durch eine ausgeprägte praktisch-operative Färbung unterschied; Planung und Organisation der Forschung, Erschließung von Ressourcen für die Wissenschaft (darunter insbesondere die Diagnose, Selektion und Förderung von Talenten) und der rationelle Umgang mit solchen Potentialen bildeten den Zielkontext dieser Untersuchungen, die indes in der Regel keineswegs praktizistisch, sondern mit einem weiten theoretischen und historischen Horizont angelegt waren. In diesem Vorgehen war ein starkes soziologisches Moment enthalten. Wenn man allerdings, wie der Titel des Buches nahelegt, das gesamte Material unter »Wissenschaftssoziologie« subsumiert, dann setzt das freilich eine außerordentlich breite – in der russischen Denktradition freilich nicht unübliche – Auffassung von Soziologie voraus.

Winkler hat den größeren Teil der hier vorgestellten Texte bereits 1992 an der Universität Tjumen' veröffentlicht. Die neue Fassung zeichnet sich gegenüber der vorhergehenden, die eher eine ad-hoc-Präsentation war, durch sorgfältige editorische Durcharbeitung, eine ausgefeiltere Behandlung der historischen Zusammenhänge und durch reichhaltigeres biographisches Material über 9 der 11 vorgestellten Autoren (nur über I.S. Tajclin und I.S. Samochvalov konnte so gut wie nichts in Erfahrung gebracht werden) aus. Die Lebensläufe konnten zum Teil nur sehr mühsam rekonstruiert werden, aber ihre Kenntnis ist vonnöten, um die Texte angemessen beurteilen zu können. Aus ihrer Zusammenschau ergibt sich, daß das Projekt »naukovedenije« in

der frühen Sowjetunion ein Generationen, Disziplinen, Denkstile und Weltanschauungen übergreifendes Unternehmen war. Den Ideenpool dieses Projekts speisten Naturwissenschaftler, Geistes- und Sozialwissenschaftler, Philosophen und Praktiker, zu ihm trugen Gelehrte alter Schule wie V.I. Vernadskij und S.F. Oldenburg, die sich Zeit ihres Lebens nicht als Marxisten und Kommunisten betrachteten, ebenso bei wie engagierte Funktionäre der Kommunistischen Partei, unter ihnen S.G. Strumilin und N.I. Bucharin, an ihm war der ideenreiche und assoziativ veranlagte Wissenschaftshistoriker T.I. Rajnov ebenso beteiligt wie der streng systematisch vorgehende Zoologe, Genetiker und Eugeniker Ju.A. Filipèenko, der in seinen empirischen Untersuchungen demographische und soziologische Methoden und Ansätze angewendet hat. Mindestens drei der hier versammelten Autoren – Bucharin, B.M. Gessen und K.R. Megrelidze – fielen dem Stalinschen Terror zum Opfer; alle drei waren überzeugte und politisch überdurchschnittlich aktive Kommunisten. Die größere Vollständigkeit der biographischen Daten macht auch deutlich, daß Gessen (Hessen), dessen berühmter Vortrag über die sozialen und ökonomischen Wurzeln der »Principia« von Isaac Newton auf dem II. Internationalen Kongreß für Wissenschaftsgeschichte in London 1931 auf die Herausbildung mehrerer Richtungen der Wissenschaftsforschung im Westen wie ein kreativer Schock gewirkt hatte, kein grüblerischer Einzelgänger war, sondern mitten im wissenschaftlichen Leben der russischen Hauptstadt stand und eine größere Zahl von Ämtern und Funktionen auf sich vereinigte. Ein Teil der Autoren des Bandes arbeitete in der 1923 geschaffenen Sektion für Methodologie in der Komakademie bzw. in der 1924 gebildeten Gruppe für Geschichte und Entwicklung der Naturwissenschaften am Institut der Roten Professur mit; dieser Umstand gebietet Distanz zu oberflächlichen Pauschalurteilen über solche parteinahen Institutionen in der frühen Sowjetunion. Beachtenswert ist schließlich, daß (mindestens) 8 der 11 Autoren aus eigener Erfahrung (Studien, Gastprofessuren, aber auch politische Emigration in der Zeit des Zarismus) westeuropäische bzw. amerikanische Verhältnisse gut kannten.

Die Texte gehören unabdingbar zur Weltgeschichte der Wissenschaftsreflexion im 20. Jahrhundert. Da die Fähigkeit, russische Publikationen in der Originalsprache zu rezipieren, in Deutschland rapide zurückgeht, wäre eine sorgfältige – nicht nur den faktischen Gehalt, sondern auch den zeitgebundenen Stil der Arbeiten korrekt wiedergebende – Übersetzung wünschenswert, um dieses unikale Stück europäischer Geistesgeschichte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

HUBERT LAITKO

**Ilse Spahn, Hubert Spahn,  
Frank Spahn:  
Der Gordische Knoten.  
Chaos und Chaostheorie –  
versperren sie uns den Blick  
in die Zukunft?  
GNN Verlag Schkeuditz 1999,  
301 S. (24,80 DM)**

Ein theoretischer Physiker, ein Publizist und eine Meteorologin wagen sich an ihn heran, an den modernen Gordischen Knoten, den das Gesamtsystem Sonne, Erde, Natur und Gesellschaft bilden. Nicht um ihn zu lösen, sondern um seine scheinbar endlosen, unentwirrbaren Verflechtungen klarer zu sehen als bisher und so zu versuchen, zu seiner Lösung beizutragen. Der Versuch scheint gelungen.

Im ersten Teil »Vorhersehbarkeit und Chaos« stellt Frank Spahn Grundzüge der nichtlinearen Dynamik allgemeinverständlich und anschaulich so dar, daß die grundlegenden Wirkungszusammenhänge für den Zustand und die Entwicklung dieses Gesamtsystems auch für theoretisch weniger Beschlagene einsichtig werden. Dabei wird stets der zentrale Bezugspunkt des Buches im Auge behalten: Die heutige Lage der Menschheit und die Bedingungen und Möglichkeiten ihres weiteren Weges. Überzeugend vor allem die Beweisführung für seine grundlegende These: Der Mensch hat bereits die Grenzen des langfristigen für die Natur Zuträglichen überschritten, so daß daraus »eine reale Möglichkeit des Aussterbens unserer Gattung werden kann« (S. 39). Im Anhang »Nichtlineare Dynamik – mathematische Beschreibung« verschafft Frank

Spahn dann dem fachlich Vorgebildeten Einblick in die analytischen Modellmethoden zum Aufdecken von Prozeßverläufen in nichtlinearen Natursystemen und in ihre Anwendbarkeit auf gesellschaftliche Vorgänge.

Im zweiten Teil untersucht Hubert Spahn »Möglichkeiten und Grenzen von Zukunftsprognosen für die Menschheit«. Er erhellt welthistorisch neue Entwicklungen in ihrer Tragweite für die Bedrohung der Stabilität des Gesamtsystems Erde-Natur-Gesellschaft und analysiert, warum viele Probleme sich verschärfen und aus welchen Gründen es für die grundlegenden Menschheitsfragen nur noch globale und zugleich komplexe Lösungen geben kann. Erörtert werden Zusammenhänge zwischen existentiellen Menschheitsproblemen und dem Wirken von Naturgesetzen.

Im Unterschied zu zahlreichen Publikationen, in denen die Gefahr der Selbstvernichtung auf beschreibende Weise besprochen wird, bietet die Arbeit von Hubert Spahn konkrete Benennung jener Kräfte und Prozesse, die diese Gefährdungen herbeiführen. Mit dieser Blickrichtung untersucht er die Entwicklung der Produktivkräfte, der Arbeitswelt, der Globalisierung und ihrer Verflechtungen ebenso wie deren gesellschaftlich-historische und evolutionär-genetische Voraussetzungen. Einleuchtend stellt der Autor dar, warum weder die Unvorhersagbarkeit der Zukunft noch die Unmöglichkeit dessen, daß sich die Menschheit nach einem vorgefaßten Gesellschaftsmodell entwickelt, den Menschen daran hindern, seine Existenzbedingungen immer exakter zu erkennen und Wege in eine menschlichere Zukunft zu finden.

Als wesentlich arbeitet der Autor die Widersprüche zwischen dem Charakter und der Entwicklung des heutigen Kapitalismus einerseits und den grundlegenden Lebensinteressen der Menschen andererseits heraus. Obgleich sich dieser Kapitalismus aber als »unfähig, die Welt zu verbessern« erweise (S. 114), und obgleich sich die relativ schwachen sozial-ökologischen Gegenkräfte einer enormen Übermacht der Kapitalherrschaft gegenüber sähen, müsse es dennoch darum gehen, jetzt und an vielen Orten und auf möglichst vielen Gebieten zugleich an Korrekturen und Reformen dieses Systems zu arbeiten. Dabei räumt H.S. dem interdisziplinären

Zusammenwirken der Wissenschaften für die Erarbeitung theoretischer Grundlagen für zukunftsfähige Gesellschaftsstrukturen – für »ein Spektrum von Zukunftsvarianten« (S. 120) – und deren ständiger Weiterentwicklung einen hohen Stellenwert ein. Weil Hubert Spahn der Komplexität und Dynamik seines Gegenstandes durch die Untersuchung verschiedener Gesellschaftsbereiche in ihrer Wechselwirkung und Veränderung gerecht wird, sind die beiden Zentralgedanken seiner Arbeit gut begründet und daher – obwohl sie so oft gehört erscheinen – doppelt bedenkenswert: »Die Menschheit steht in den kommenden Jahrzehnten an einem Scheideweg« (S. 179); und: »Hat die Menschheit die Chance, einen Weg zu finden? Zweifellos« (S. 180).

Im dritten Teil des Buches setzt sich Ilse Spahn mit der Frage auseinander, wieso das heutige für die Agrarproduktion günstige Klimasystem der Erde durch anthropogene Belastungen in kurzen Zeiträumen und in hohem Maße aus dem seit einigen tausend Jahren vorhandenen Bereich der Stabilität gedrängt werden kann. Dabei stützt sie sich zum einen auf eine übersichtliche Darstellung der Entwicklung und der Struktur des Klimasystems der Erde und der Art und Weise des Zusammenwirkens seiner Untersysteme sowie zum anderen auf eine Analyse des Ausmaßes und der globalen Auswirkungen der anthropogenen Schädigung der Natur und der von diesen Schädigungen bereits jetzt oder in sehr naher Zukunft ausgehenden Folgen für die Stabilität des Erdklimas. Nachdrücklich warnt sie davor, die Erkenntnis zu mißachten, »daß es bei Klimaprozessen kritische Bereiche, kritische Zeiten und kritische Grenzbereiche gibt, bei deren Überschreiten die Probleme unlösbar werden« (S. 225). Und kritisch macht sie darauf aufmerksam: Die bisherigen Klimakonventionen und der Erdgipfel 1992 in Rio de Janeiro haben ihre Ziele bei weitem nicht erreicht, das heißt, »es gibt bis heute, 1998/99, keinen ökologischen Umbau der Industriegesellschaften« (S. 231). Ihre Konsequenz für Deutschland: Die Umweltziele, zu denen sich die Bundesrepublik verpflichtet hat, können nur erreicht werden, wenn »wir einen grundlegenden Wandel in der Wirtschaftsweise und im Lebensstil vollziehen« (S. 232). Daß dafür vielfältige Möglichkeiten bestehen, macht die

Autorin unter anderem an solchen Themen wie Energietechnologie, Energiepolitik, Verkehrssystem und Regionalentwicklung anschaulich – stets unter der Voraussetzung, daß politischer Gestaltungswille, kompetente gesellschaftliche Subjekte und komplexes Vorgehen ineinander greifen.

Die drei Teile des Buches fügen sich zu einem Ganzen, weil die Autoren die Fähigkeit zu umfassender natur- und gesellschaftswissenschaftlicher Analyse mit humanistischem Verantwortungsbewußtsein und klarer Gedankenführung und Sprachgestaltung zu vereinen vermögen. Das Buch ist in seiner differenzierenden Argumentation für die Anerkennung der Offenheit menschlicher Entwicklung und seiner ebenso differenzierenden Benennung des wahrhaft riesigen Risiko-Potentials im Wirken der heutigen kapitalistisch verfaßten Gesellschaft keine Verabschiedung vom Fortschrittsoptimismus, wohl aber von einem linear-mechanistischen Fortschrittsdenken. Vor allem deswegen ist es ein Beitrag für ein noch bewußteres Handeln hin zu einer sozial-ökologischen Wende – in der Denkweise Brechts: Wie sollte der aufzuhalten sein, der seine Lage erkannt hat?

An diesem Punkt ist freilich auch Kritik angebracht. Die heutige Lage der Menschheit bedarf noch tieferer Auslotung, und zwar in zwei Richtungen. Eine ist die Zeitfrage, die oft mit den bekannten Formeln »das müßte allerdings bald geschehen«, »vor Erreichen des point of no return«, »sonst ist es zu spät« abgehandelt wird. Hier ist eingehendere Erörterung wünschenswert. Und die zweite: Wir sind gewiß, daß für eine rettende Wende die Zeit immer knapper wird, können aber den uns noch verbleibenden Zeitraum nicht genau bestimmen. In diesem Widerspruch ist das Problem der Dialektik von Gewißheit und Ungewißheit enthalten, das Bedeutung für die Methodologie des Erkennens und für die Motivierung zum Handeln oder Nichthandeln der Individuen wie der gesellschaftlichen Subjekte hat. Wenn Hubert Spahn die Ansicht vertritt, »in der Zukunft nicht nach Gewißheiten, sondern (Hervorhebung H.M.) nach Möglichkeiten zu suchen« (S. 97), dann nutzt das meines Erachtens der notwendigen Erhellung dieser Dialektik nicht. Es ist auch zu bedenken, daß das Leugnen oder Herunterspielen

der Existenzgefährdung der Menschheit (eben weil angeblich ungewiß) durch die heute dominierende kapitalistische Gesellschaftsverfaßtheit eindeutig dem Machterhalt der Herrschenden dieses Gesellschaftssystems dient. Im Interesse der Förderung von individueller und gesellschaftlicher Bewußtheit über unsere reale Lage ist es notwendig, die bekannten Gewißheiten tiefer und wirksamer zu begründen und auch nach neuen Gewißheiten zu suchen – allein der Wahrheit und wissenschaftlichen Beweisführung verpflichtet. Fazit: In dreifachem Sinne ein gelungenes Buch.

HANS MARNETTE

**Heinrich Senfft:**

**Die sogenannte Wiedervereinigung,**  
Rowohlt Verlag Berlin 1999,  
208 S. (34,00 DM)

Der Autor, Rechtsanwalt und Publizist aus Hamburg, der Jura, Philosophie und Geschichte studiert hat, ist in der Lage, viele Gründe anzuführen, warum er der Wiedervereinigung von 1990 bis heute nur das Prädikat »sogenannte« zubilligt. Anhand der Haltung der die neuen Länder dominierenden Westdeutschen zur Idee des Antifaschismus, zum Geheimdienst der DDR, zum ostdeutschen »Unrechtsstaat«, zur PDS, zur wirtschaftlichen »Einpassung«, zur Entfernung der Ostelite aus ihren Positionen und anderen kontroversen Themen weist der Autor nach, daß von seiten der Altbundesrepublik kein ernsthafter Versuch unternommen wurde, auf die Geschichte und die anders gearteten Strukturen und Mentalitäten im Osten zu einer Zeit konstruktiv zu reagieren, als die Mehrzahl der Menschen im Osten Demokratie und Marktwirtschaft des Westens noch aufgeschlossen gegenüberstand. Senfft zeigt Verständnis für die Abwehrhaltung der Ostdeutschen: »Wenn der Westen den Osten weiter so verwestlichen will wie in den Jahren seit 1990, ... dann ist das kein motzender Trotz, ostleidiger Jammer, Ressentiments und Nostalgie, sondern das Aufbegehren der Kleinen gegen die westliche Dampfwalze« (S. 139).

Nach Auffassung des Autors »war das, was offiziell immer noch Wiedervereinigung heißt, in Wahrheit nur der Anschluß nach



Artikel 23 des Grundgesetzes, die bedingungslose Übernahme eines Landes, dessen Bewohner nicht mehr gefragt wurden.« (S. 9) Schon früher, in den fünfziger Jahren, hätte man in der Bundesrepublik die Wiedervereinigung als »Anschluß der Ostzone, der Pankower Sowjetrepublik« verfochten. »Die Westdeutschen,« so der Autor, »sind also 1989/90 zwar nicht verbal, in der Sache dafür aber um so brutaler zur Anschlußpolitik zurückgekehrt« (S. 18).

Als ideologische Basis der Machtpolitik des Westens gegenüber dem Osten bezeichnet Senfft den Antikommunismus, dessen Wurzeln er zurückverfolgt. »Heute nachgerade grotesk anmutende Kommunistenverfolgungen prägten die fünfziger und die ersten sechziger Jahre der Bundesrepublik.« (S. 64). Als die Bundesrepublik in die Jahre kam, wurde das anders; aber »als dann 1989 die Mauer fiel, erlebte die Totalitarismustheorie eine ungeahnte Renaissance« (S. 55). Sehr rasch wurden DDR und Nazideutschland, »rote und braune Diktatur«, nicht nur (wieder) miteinander verglichen, sondern auch gleichgesetzt. Senfft führt das darauf zurück, daß auch nachdem die Kommunisten im Osten Deutschlands gestürzt waren, »die Kommunistenangst geblieben ist, ja, seit 1989 ist sie sogar wieder größer geworden. Der Kalte Krieg scheint zurückgekehrt zu sein und neuen Auftrieb erhalten zu haben. Das Entsetzen darüber, daß die PDS seit 1990 ununterbrochen im Bundestag sitzt, war für das aufgeregte und durch die Existenz von PDS-Abgeordneten gefährdete Vaterland Grund genug, wenigstens die Stasi-Akten weiter als Waffe zu gebrauchen ...« (S. 74).

Der Anwalt und Publizist Senfft widmet sich im Detail insbesondere dem Verlauf der Stasi-Debatte (von Christa Wolf bis Gregor Gysi) sowie den Stationen der juristischen Aufarbeitung der DDR (von Honecker bis zu den Mauerschützen und den Richtern der Waldheimprozesse). Solange Politiker, Juristen und Publizisten – in Siegerpose und Kalte-Krieger-Manier das durch den Rechtsstaat gesetzte Maß aus eigener antikommunistischer Überzeugung oder einem entsprechenden öffentlichen Druck nachgebend – das durch den Rechtsstaat gesetzte Maß überschreiten, werde aus dem Anschluß auf keinen

Fall eine Wiedervereinigung. So lautet das Fazit von Senffts bemerkenswerter Analyse des jüngsten deutschen Vereinigungsprozesses.

JÖRG ROESLER

**Eberhard Czichon, Heinz Marohn:  
Das Geschenk. Die DDR im  
Perestroika-Ausverkauf,  
PapyRossa Verlag Köln 1999,  
547 S. (48,00 DM)**

Anläßlich der 50. Wiederkehr des Jahrestags der Gründung der zwei deutschen Staaten und des 10. Jahrestages der nach wie vor viel umstrittenen und schon mit zahlreichen Mythen umwobenen »Wende«, die 1990 in den Beitritt oder Anschluß des einen an den anderen mündete, kam es zu einer wahren Flut von Buchpublikationen wie verschiedensten Darstellungen in den Medien. Viele Eintagsfliegen, die späterhin kaum auf das Interesse jener stoßen werden, die sich um die Aufhellung der Ereignisse selbst, ihrer Ursachen wie der Motive der Akteure und die Gewichtung ihrer Rolle bemühen werden. Das Buch von Czichon und Marohn bildet zweifellos eine Ausnahme. Es stützt sich auf eine umfangreiche Sichtung verschiedener Quellen. Zu ihnen gehören archivalische – leider aus bekannten Gründen nur aus Beständen der DDR, da die der BRD nach wie vor nicht zugänglich sind – ,wie in Deutschland wenig bekannte Wertungen ausländischer Beobachter bzw. Zeugnisse von Staatsmännern und Politologen, die in Deutschland nicht zur Kenntnis genommen wurden. Noch aufschlußreicher sind wohl die Befragungen von fünfzig Zeitzeugen, die durch ihre Handlungen oder in Ausübung ihrer Funktionen die Ereignisse von 1989/90 aktiv begleiteten oder sogar bewußt oder ungewollt mit verursachten. Natürlich sind es subjektiv gefärbte Berichte, dazu Wertungen, die mit einem Abstand gegeben wurden, als sich vieles, wenn nicht fast alles als anders in der Folge darstellte, als die Ereignisse selbst zunächst wahrgenommen wurden.

Trotzdem sollte hervorgehoben werden, daß es sich bei der als Report bezeichneten Studie um eine recht fundierte handelt, der eine sorgfältige und aufwendige Arbeit der Autoren zu Grunde liegt. In dieser Hinsicht dürfte sie



auch später eine Fundgrube für alle sein, die sich einer Analyse und Darstellung der Zäsur widmen werden, die in der deutschen Geschichte und nicht nur in ihr zwischen dem neunten und zehnten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts eingetreten ist.

Einen weiteren Vorzug sehe ich darin, daß der Versuch unternommen wird, das Wechselverhältnis zwischen dem Wirken objektiver und subjektiver Faktoren, innerer und äußerer Ursachen und Einflüsse aufzudecken. Die Studie fördert die Einsicht, daß der Beginn der Wende mit dem dann schnellen und gewaltlosen Zusammenbruch des bis dahin auch international noch als recht stabil angesehenen Staates DDR, seiner machtpolitischen Grundlagen, auch der SED als Rückgrat wie der weitverzweigten »Transmissionen« in allen Bereichen, letztlich von Kräften herbeigeführt wurde, die eine Reformierung des deformierten Sozialismus, nicht nur seiner Erhaltung als antikapitalistische Alternative auf deutschem Boden, sondern seine Stärkung wollten.

Das Buch enthält viele Nachweise, daß von Kräften innerhalb der SED mehr und effektiver zur Wende beigetragen wurde als von den Bürgerbewegungen, vor allem auch jenen Kräften, die heute als Dominanten herausgestellt werden. Beide hatten dabei ähnliche Vorstellungen von den Deformationen, Widersprüchen und anderen Schwachstellen des »Sozialismus in den Farben der DDR«, die es zu überwinden galt. Aber beide bewiesen dann auch eine Konzeptionslosigkeit, wie man sie eliminieren und durch was man sie ersetzen sollte. Einen gravierenden Unterschied gab es jedoch. Während die einen den visionären Ansatz der ersten Etappe der Perestrojka unterstützten, die weitere Konzeptionslosigkeit Gorbatschows in ihrer Gefährlichkeit nicht erkannten, wohl auch nicht so leicht erkennen konnten, standen hinter den anderen Kräfte, vornehmlich aus der BRD, die sie geschickt in eine ihnen genehme Richtung lenkten. Und sie folgten willig.

Natürlich geschah das alles unter den Bedingungen der Herausbildung einer allumfassenden Krise in der DDR. Die »Oberen« konnten nicht mehr, die »Unteren« wollten nicht mehr. Beides, vor allem der rasant zunehmende Druck von unten gaben den Ausschlag. Der Report von Czichon und Marohn

vermittelt manche neue Einsichten zu all dem, auch deckt er Zusammenhänge auf, handelte es sich doch um komplexe Erscheinungen, die Politologen und Historiker, aber auch viele andere – Anhänger wie Gegner des Sozialismus – noch lange beschäftigen werden.

Das Schwergewicht liegt bei den Autoren auf der Erhellung des subjektiven Faktors. Schon das ist ein deutlicher Mangel, wenn auch hervorzuheben ist, daß in der Geschichte, auch bei Einzelaktionen, nie ein Automatismus wirkt, daher es auch keine vorprogrammierten unabwendlichen Prozesse gibt. Trotzdem dürfte gerade für die Deutung der Ereignisse von 1989/90 ein Hang zu einer Verschwörerstheorie in die Irre führen. Er aber durchzieht das Buch.

Trotz vielfacher Wiederholungen, meist willkürlich ausgewählt oder sogar eigenwillig präparierter »Belege« enthält das Buch keinen Beweis dafür, daß durch die Sowjetunion, speziell durch Gorbatschow ein schon vor 1989 und dann in diesem Jahr noch forciertes »Ausverkauf« der DDR, ihre gewollte Übergabe als »Geschenk« an die Bundesrepublik und Kohl stattfand.

Gorbatschow trug mit seiner ganzen Politik, darunter seiner Konzeptionslosigkeit und anderen Unfähigkeiten als Staatsmann erheblich zu der Zäsur von 1989/90 bei, wie sie konkret eingetreten ist. Doch wäre es falsch, ihm eine Alleinschuld oder selbst den maßgeblichen Anteil zuzuweisen.

Grundsätzlich halte ich nichts davon, die Schuld immer bei anderen zu suchen. Zudem gibt die angeführte »Beweislage« in dem Buch nichts her. Auch Behauptungen von einer Doppelzüngigkeit sind nicht überzeugend. Spätere Erklärungen, mit denen nur die eigentliche Entwicklung als Wendehälse drapiert werden soll, können auch nicht die Wirkung von Entscheidungen oder anderen Dokumenten ausbügeln, die zum jeweiligen Zeitpunkt die Entwicklung mitbestimmten.

So bleibt zu vermerken: das Buch enthält trotz der genannten Vorzüge einen Grundmangel, der letztlich schwer wiegt. Man könnte es auch als den Versuch bezeichnen, einer neuen Dolchstoßlegende den Boden zu bereiten. Das wäre aber ein sehr gefährliches Vorhaben.

STEFAN DOERNBERG

# »Rosa« in der Rosa Luxemburg Stiftung. Florian Havemann zu Gast

Am 5. März, dem Geburtstag Rosa Luxemburgs, stellte Florian Havemann auf einer Veranstaltung in der Stiftung sein jüngstes Theaterstück »ROSA« vor. Nach einer Lesung in den Hamburger Kammerspielen las er zum erstenmal vor Publikum in Berlin – und faszinierte seine Zuhörer.

Florian Havemann ist ein Suchender, er zieht sein Publikum mit. Sein Stück ist unausgesprochen eine Frage an uns, an alle, die noch immer Sozialisten bleiben wollen. »ROSA«, ein Stück in 12 Bildern, beginnt an dem Tag, an dem die Mauer fiel.

## »1. SZENE

Vorhang geschlossen

Ich gehe zu dem Staubsauger

ICH: Erinnern Sie sich noch?

Ja – wer erinnert sich denn noch?

An den November 89

1989

An das Wochenende

Direkt nach dem Fall der Mauer

Florian Havemann, Sohn des DDR-Regimekritikers Robert Havemann, ist 1952 in Ostberlin geboren. Als 16jähriger kam er 1968 wegen des Protestes gegen den Einmarsch von Staaten des Warschauer Vertrages in die CSSR ins Gefängnis. 1971 floh er in den Westen.

Er arbeitete als Elektriker, Beleuchter, Hausmeister, Reinigungskraft. Er studierte Bühnenbild und wurde Autor, Maler, Komponist.

1986 gründete er eine Theater- und Musikgruppe. 1999 wurde Florian Havemann Verfassungsrichter im Land Branden-

Die Straßen voller Menschen, Schlangen  
 Hundert Meter lang an den Bankschaltern  
 Kurios  
 Ausgezahlt 100 Mark  
 Begrüßungsgeld  
 Noch nach der alten Regel des  
 Kalten Krieges, der doch eben grad  
 Beendet war  
 Und das Wetter wunderbar, strahlende Sonne  
 Kalter blauer  
 Himmel  
 Und alle Welt auf den Beinen, die  
 Straßen voll, die Busse  
 Voll, in die U-Bahn  
 Gar nicht  
 Hineinzukommen, ich  
 Hatte Mühe  
 Überhaupt bis  
 Zu meiner Arbeit  
 Durchzukommen – ich  
 Hatte eine Arbeit, immerhin, diesen  
 Elenden Putzjob in einem Ingenieur-Büro  
 Ich  
 Ich bin Florian Havemann, ich  
 Bin das poetisch  
 Übertriebene Ich hier  
 Des Autors.«

In der besonderen politischen Situation von damals treibt es den Autor, ein Stück über Rosa Luxemburg zu schreiben, »denn das ist doch die Revolution, von der sie immer geträumt hat: die spontane Massenaktion, der niemand sich entgegenstellen kann – nur daß diese Revolution jetzt der Abschaffung des Sozialismus gilt ...«

Seine dramaturgische Idee ist ungewöhnlich. Er konfrontiert Rosa Luxemburg mit dem Fortgang der Geschichte *nach* ihrer Ermordung. Havemann fragt sich und uns, wie sich Rosa Luxemburg würde verhalten haben zu Stalin, zu Hitler, zu Thälmann, Honecker oder Bohley ...

Die Personen der Handlung sind die Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts, das er vor unseren Augen Revue passieren läßt. Florian Havemann ist von dem Glauben beseelt, »es könne doch Sinn haben, sich ein Bild von einer Vergangenheit zu machen, die in ihrem ganzen Irrwitz erst jetzt wirklich wirkt und Eindruck macht«.

Die Lesung mit anschließendem Streitgespräch war der gelungene Auftakt für eine Reihe von Veranstaltungen, mit denen die Rosa-Luxemburg-Stiftung sich Themen aus Kunst und Kultur widmen wird.

Der *Stroemfeld Verlag/Roter Stern*, Frankfurt am Main, hat Interesse an der Drucklegung des Stücks bekundet.

SABINE KATINS

## Vorstellung des Buches »Bildende Kunst in der DDR« von Hermann Raum

Meine Damen und Herren, die Stiftung ist froh, dass sie heute ein von ihr gefördertes Projekt vorstellen und zur Diskussion stellen kann. Es ist das Buch »Bildende Kunst in der DDR. Werke – Tendenzen – Bleibendes«. Autor ist Professor Hermann Raum. Das schwierige Werk der Gestaltung wurde von Professor Rudolf Grüttner übernommen. Das Buch wurde bei Edition Ost verlegt. Heute wir dieses Buch vorgestellt und zugleich zur Diskussion gestellt. Dem werde ich nicht vorgreifen. Gestatten Sie mir aber zwei Vorbemerkungen persönlicher Natur.

*Erstens:* Als sich die Stiftung entschloss, dieses Buch zu fördern, gab es dafür einen vornehmlichen Grund: Dieses Buch, so scheint mir, lässt die Werke der Künstler der DDR zur Sprache kommen. Es gibt ihnen die Würde von Kunstwerken, die ihnen in mancher anderen Darstellung oder auch Ausstellung versagt wird. Dies aber ist für mich entscheidend. Es verwundert mich, wenn heute in fast pervers zu nennenden Nachvollzug der DDR Kunst auf ihre politischen Entstehungsbedingungen reduziert wird. Dies ist eine Entwürdigung von Kunst und Künstlern – damals wie heute.

Als ich dieses Buch zur Hand nahm in seinen Entwürfen, da schien jedes einzelne Bild und jede einzelne Skulptur zu mir zu sprechen, wurden Beziehungen hergestellt innerhalb des Raumes von Kunst, Beziehungen, die die gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht verleugnen, sich aber darin auch nicht erschöpfen. Mein persönlicher Eindruck ist: Hermann Raum und dem Gestalter Rudolf Grüttner gelingt es, die Welt der bildenden Kunst der DDR in ihrer Authentizität aus der Vergessenheit zu reißen und zu bewahren. Sollte sich dieses Urteil in der öffentlichen Auseinandersetzung um dieses Buch bewahrheiten, sollten neuen jungen Generationen ein Einblick in diese Welt ermöglicht werden und sollte Staunen über diese Welt der Kunst der DDR möglich sein, dann wäre im Sinne der Stiftung viel erreicht.

Man mag durch die Nähe zum Zusammenbruch der DDR verführt dazu geneigt sein zu fragen, ob Hermann Raum mit der Kunst der DDR nicht zu »nobel« verfährt, ob ihn die Begeisterung für diese Kunst nicht dazu verführt, den Blick allein auf die Leistungen, auf die »gute Kunst«, auf das dauerhaft Bleibende richten zu wollen. Aber welcher Zeitgenosse würde etwas anderes erwarten, wenn er einen Band über die Bilden-

Das Buch »Bildende Kunst in der DDR« ist soeben im Verlag edition ost erschienen.

Der Autor ist der Kunsthistoriker Hermann Raum, die Gestaltung dieses reich ausgestatteten Bildbandes stammt von Rudolf Grüttner, einem der führenden deutschen Gestalter.

Die Rosa-Luxemburg-Stif-

de Kunst der Renaissance aufschlägt. Ich zumindest bin dankbar, über diese Verführung.

*Zweitens:* Einer der eingeladenen Gäste der Podiumsdiskussion hat abgesagt – Professor Helmut Bonk. Gestatten Sie mir, aus meinem Brief zu zitieren, den ich an ihn aus diesem Anlass schrieb:

»Die von uns geplante Veranstaltung soll keinesfalls die Machtstrukturen der DDR beschönigen, aber sie soll jenen gerecht werden, die sich mit diesen Strukturen, mit Repressionen, mit Entmündigung, mit der Verkehrung von humanistischen Vorstellungen in ihr Gegenteil, aber auch mit den ›ganz normalen‹ Perversionen moderner Gesellschaften produktiv auseinandersetzen, d. h. auch jenen gerecht werden, die zu dem Schluss kamen, dass sie in diesem Lande nicht produktiv sein konnten, sich in ihrem Künstler- und Mensch-Sein, wie Sie es formulieren, derart beschädigt sahen, dass sie es verließen. Es ehrt nicht die Diktatoren, sondern die Unterdrückten, wenn diese auch in einer Diktatur (bezahlt oft durch einen hohen Preis) produktiv sind. Und um dieser Ehre willen für Künstler der DDR haben wir das Buch von Hermann Raum gefördert ...«

MICHAEL BRIE, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Prof. Hermann Raum  
während seines Vortrages  
bei der Buchvorstellung  
am  
10. März 2000 in der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung.  
An der anschließenden  
Diskussion beteiligten sich  
der Bildhauer Rolf Bibl, die  
Journalistin Kerstin  
Decker  
(»Der Tagesspiegel, Berlin), die Kunstwissenschaftler Peter  
H. Feist und Jörg Semrau.  
Die Moderation hatte Kristina Bauer-Volke übernommen.

# Als die Vergangenheit noch Gegenwart war ... Ein bildender Diskurs zur Geschichte an der Rosa Luxemburg Stiftung

Bisher wurden drei Veranstaltungen durchgeführt:

Englische Botschafter, Snobs, Militätattachés und Bolschewisten ...

Briefe von Harro Schulze-Boysen

Am Dienstag, dem 8. Februar 2000, stellten Dr. Hans Coppi und Geerte Andresen (Hg.) ihren Band mit Briefen Schulze-Boyens (»Grenzgänger im Widerstand«) vor.

Mit Zeit und Geschichte leben.

Oder: Wie zuverlässig sind Erinnerungen?

Am Mittwoch, dem 15. März 2000, führten Dr. Norbert Podewin und Dr. Detlef Nakath ein Streitgespräch über Sach- und Zeitzeugen, Dokumente und Legenden bei der Aufarbeitung von historischen Tatsachen. Beide Veranstaltungen moderierte Dr. Irene Runge.

Rabin, Gromyko, Barak. Israels historischer Weg zum Frieden

Am Sonntag, dem 2. April 2000, sprach Professor Theodor Bergmann (Stuttgart) zu diesem Thema.

*Veranstaltungsreihe von Jüdischem Kulturverein Berlin e.V. und Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.*

Diese gemeinsame zeitgeschichtliche Reihe stellt sich durch ausgesuchte Veranstaltungen der großen Nachfrage auch und gerade jüngerer Wissenschaftler, Studenten und geschichtspolitisch Interessierter. Die Debatten der Gegenwart werden in ihrem historischen Kontext diskutiert. Das Publikum ist Partner. Der Gesprächskreis ist öffentlich. Die Teilnehmerzahl liegt jeweils zwischen 50 und 60 Personen

*Leo Stern. Manfred Stern (General Emilio Klebèr).*

*Brüder. Juden, Kommunisten*

*Zwei Schicksale zwischen Spanienkrieg, Gulag und DDR.*

Es spricht Dr. Mario Keßler (Berlin).

In der Nähe von Tschernowitz geboren, lebt Manfred seit der Oktoberrevolution in Russland und China, Leo emigriert 1935 in die Sowjetunion. Ihre Lebenswege sind die von »Soldaten der Weltrevolution«.

*Mittwoch, 24. Mai 2000, 19 Uhr*

*Kibbus auf der Streicher-Hof.*

*Jüdische DP Camps in Mittelfranken*

Es spricht Jim T. Tobias.

Die Geschichte des Landguts des berüchtigten Julius Streicher (Herausgeber von »Der Stürmer«, 1946 in Nürnberg gehenkt), das jüdischen Häftlingen nach ihrer Befreiung als Kibbuz übergeben wurde, auf dem sie sich für ihr Leben in Palästina vorbereiteten. Der Journalist Jim T. Tobias hat akribisch dieser Geschichte nachgespürt, ein Filmdokument erstellt und mit Menschen gesprochen, die seinerzeit auf jenem Landgut ausgebildet wurden und lebten.

Regelmäßig findet seit März ein Akademischer Abend unter Leitung von Prof. Dr. Rolf Richter statt. Bedeutende Persönlichkeiten des öffentlichen und wissenschaftlichen Lebens werden vorgestellt und referieren. Der Abend wird musikalisch am Klavier begleitet.

Dr. IRENE RUNGE, Prof. Dr. ROLF RICHTER  
Bereich Politische Bildung









# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

## kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,  
wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte sollten auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir, Tabulatoren zu verwenden. Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000

Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

### Impressum

Redaktion:  
WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,  
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, ULLA PLENER,  
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.)  
Herausgegeben im Auftrag der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.  
durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V.  
Gründungsvorsitzende:  
GUNTHER KOHLMHEY † und HELMUT STEINER  
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,  
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin  
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL  
Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF  
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 57)  
Druck: BärenDruck GmbH,  
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin  
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,  
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)  
Einzelverkaufspreis: DM 10  
Jahresabonnement (incl. Versand):  
DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)  
Förderabonnement (incl. Versand): DM 144

### Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 62:	je	2 DM
Heft 63 bis 98	je	5 DM